

Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Blücherstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksrecht“, Vorne Straußenstraße 6 und Friedrich-Wilhelm-Str. 105, Rathhausstraße 153, sowie durch alle Auswärtigen zu beziehen. Einzelheft 1 Pf., das letzte Heft 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer wägen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition: Blücherstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21736
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je 20 Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Verleumdungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen des Text 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer wägen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition: Blücherstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Der parteiische Sparkommissar

Im den Wehretat kümmert er sich nicht, desto mehr um den Sozialetat

Berlin, 1. Juni. (Eig. Bericht.) Der Hauptauschuss des Reichstags beschäftigte sich am Sonntagabend mit dem Haushalt des Rechnungshofes und des Sparkommissars.

Herr Heimg (Soz.) hob hervor, daß die Tätigkeit des Rechnungshofes in den letzten Jahren eine total andere geworden sei. Dem Rechnungshof und dem Sparkommissar für seine Tätigkeit so viel Anerkennung und Lob gesendet worden, daß er dem im Augenblick kaum noch etwas hinzuzufügen habe. Er möchte jedoch einige Dinge erwähnen, die noch geändert werden könnten. Die Durchführung des Wehretats erfolge kaum mit der Intensität, die bei anderen Verwaltungen erfreulicherweise zu beobachten wäre. Daß die Haushaltsrechnungen jetzt viel schneller vorgelegt würden, sei dankbar begrüßen. Das erste Rechnungsjahr sei, daß sie regelmäßig im Monate nach Schluß des Rechnungsjahres vorliegen. Die Funktionen des Sparkommissars seien sicherlich nicht einfach und sei daher um so notwendiger, daß er keine Werturteile abgibt, sondern nur sachliche Ergebnisse darlege. In der Reichsregierung über das Finanzprogramm der Reichsregierung seien leider zum ersten Male Werturteile enthalten gewesen, und zwar gerade beim Sozialetat. Diese Urteile seien durch die Durchführung sofort überholt und hätten sich als falsch erwiesen. Die Durchprüfungen würden wenig nützen, wenn die Ergebnisse den gegebenen Körperlichkeiten bekanntgegeben werden. Er bitte daher um Annahme der dem Haushaltsauschuss vom Reichstag überwiesenen Entschließung Heimgmann und Heimgmann nach der gutachtlichen Äußerungen über Fragen der Beschäftigung, Vereinfachung und Verbilligung der Reichsverwaltung, die der Sparkommissar auf die Reichsregierung über von sich aus abgibt, mit der die Stellungnahme der Reichsregierung dem Reichstag und dem Reichrat zuzuleiten sei.

Herr Dr. Heimg (Soz.) führte aus, daß, soweit er gehört habe, für die Durchführung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ein besonderer Kommissar in der Person des Ministerialdirektors a. D. Bail beauftragt worden sei. Herr Bail beziehe als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Schigau A.-G. aus öffentlichen Mitteln 25 000 M. monatlich, dafür ruhe seine Beamtenspende für die Zeit dieser Tätigkeit. Für die Durchführung der Organisation der Reichsanstalt solle der Sparkommissar vertraglich dem betreffenden Herrn Bezüge zufließen lassen haben, die seine Bezüge auf 43 000 M.

pro Jahr steigern. Die Deffizitlast erwarte mit Recht gerade vom Sparkommissar größte Sparlichkeit auch innerhalb seines eigenen Ressorts. Er bitte daher um Angabe, ob die ihm gemachten Mitteilungen richtig sind.

Reichsminister Dr. Saemisch erwidert, daß die Verhältnisse in diesem Falle rechtlich ganz klar seien. Ministerialdirektor Bail befinde sich im Ruhestande und habe Anspruch auf Pension. Für seine Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender seien ihm 25 000 M. jährlich zugesichert. Pension beziehe er wegen dieser Bezüge nicht. Herr Bail sei ihm von früher her als ein gerade wirtschaftlich besonders tüchtiger und erfahrener Mann bekannt. Für seine Betrauung mit der Durchführung der Reichsanstalt hätte es zwei Möglichkeiten gegeben. Entweder die Übernahme als Beamter, die nicht in Frage gekommen sei, oder eine besondere Geldentschädigung. Als solche habe er 4000 M. pro Quartal für die schwierige Untersuchung für richtig befunden. Da die Arbeit in einem Quartal nicht zu bewältigen gewesen sei, seien noch die Gebühren für ein zweites Quartal hinzugekommen. Er glaube nicht, daß damit eine Heberzahlung stattgefunden habe und könne versichern, daß der Appell an die Sparlichkeit in seinem eigenen Ressort bei ihm den größten Widerhall finde.

Auf die übrigen Bemerkungen der verschiedenen Redner eingehend, erklärte der Sparkommissar, daß das Ziel die Verschmelzung des Rechnungshofes mit dem Sparkommissariat sein müsse. Zunächst sei diese Verschmelzung aber nicht durchzuführen, denn die Tätigkeit des Rechnungshofes sei aufgebaut auf der Grundlage der Rechnungsprüfung, die des Sparkommissars auf der lebenden Verwaltung. Die gewünschte Heberpflicht über die Zahl der von ihm erstatteten Gutachten und vorgenommenen Prüfungen würde er in jedem Augenblicke vorlegen können. Daß die Prüfungen des Rechnungshofes in allen einzelnen Abteilungen nicht einheitlich seien, gebe er zu. Aber man dürfe nicht vergessen, daß eben alles noch im Werden sei. Den Beschwerden, daß der Rechnungshof keine Befugnisse dadurch überschreite, daß er sich um Dinge kümmere, die ihn nicht angehen, und sich in politische Entscheidungen hineinmische, müsse er jede Berechtigung absprechen. Die einzelnen Ressorts seien wohl öfters in dieser Hinsicht zu empfindlich. Auch bei der geringsten Prüfung des Sozialetats seien keine positiven Änderungsvorschläge gemacht worden, sondern nur in der denkbar vorichtigsten Weise einige Anregungen gegeben worden, die aber gar nicht mehr aktuell seien. Die Durchprüfungen von Ländern und Kommunen halte er für sehr wünschenswert.

einer Beziehung und zwar an der antisemitischen Verzerrung des Dokuments etwas auszuweichen. Die Urteilsbegündung benutzt die Argumente des Nationalsozialisten Dr. Göbbels in einer Weise, daß man annehmen muß, es identifiziere sich teilweise mit ihm. Worte wie „durchaus einwandfrei“, „nicht zu beanstanden“ und ähnliche Formulierungen laufen fast auf eine Glorifizierung des Angeklagten hinaus. Einmal unterläuft dem Vorsitzenden ein Caput, er spricht von einer „jüdischen Presse“. Die intensive Beschäftigung mit dem Delikt des Herrn Göbbels scheint diesen Richter infiziert zu haben. Die ungewöhnlich milde Strafe, gegen die der Staatsanwalt Berufung einlegen wird, klingt fast wie ein Freibrief für ähnliche journalistische Erzeugnisse. Denn nach diesem Urteil, das in Grunde auf einen verlaufeneren Freispruch hinausläuft, scheint nunmehr auch Hindenburg vogelfrei zu sein.

A. K. Wir können diesen Ausgang der Verhandlung gegen den nationalsozialistischen Heher nicht nur mit Entrüstung aufnehmen, sondern, wir können uns nicht helfen, der Fall amüsiert uns auch. Die Entrüstung über dieses Parteiturteil eines politisch voreingenommenen und bis zur Unfähigkeit, überhaupt zu urteilen, durch politische Leidenschaft geblendeten Gerichts, noch besonders auszudrücken, lohnt bei der Häufigkeit der Fälle in Deutschland kaum noch. Dieser Fall ist ja nicht ein Einzelfall, sondern nur ein Beispiel für die politische Parteilichkeit der deutschen Justiz unter vielen. Aber es ist doch amüsiert, daß es nun auch der Heros der Kreise, die stets das Vorhandensein der Vertrauenskrise der Justiz mit Empfange gelehnet haben, die mit mehr Freiheit als Ehrlichkeit und Sachlichkeit der vernichtenden Justizkritik der Sozialdemokratie entgegengetreten sind, ohne freilich den von der Sozialdemokratie angeführten erdrückenden Tatsachen etwas Sachliches entgegenhalten zu können, auch an sich selbst erleben muß, daß seine Ehre ungeschützt bleibt, daß ein deutsches Gericht ihn in honorierter politischer Engstirnigkeit und parteipolitischer Gehässigkeit den Ehrenschuß verweigert, daß nur auch der Heros aller sogenannten nationalen Deutschen sich neben Gert gestellt sieht, daß auch er, wie schon früher der bürgerliche Reichsminister Dr. Marx, zu der Erkenntnis kommen muß, daß derjenige, der es gewillt nationalsozialistischen Hehern und Stärkern in Deutschland nicht recht macht, vor deutschen Gerichten keinen Schutz findet für seine gekränkte Ehre. Da sitzen nun alle die heuchlerischen Abgeordneten, Presseleute, Richter und Staatsanwälte, die stets mit vor Entrüstung bebender Stimme das Vorhandensein einer politischen Parteilichkeit in Deutschland gelehnet haben, mit tief betroffenen Mienen und müssen sehen, daß die Vertrauenskrise der Justiz doch vorhanden und sogar allzu begründet ist. Das ist für uns ein glückliches Ereignis, denn nichts leicht wird es doch einige heilsame Wirkungen haben. Es erfüllt uns doch gerade dieser Urteilspruch, so sehr wir uns seiner als Deutsche sowohl, als auch als Verehrer der Idee der Gerechtigkeit aufs tiefste schämen, mit Hoffnung für die Zukunft. Hier hat sich die Parteilichkeit selbst überschlagen und sie hat sich dadurch selbst die schwerste Niederlage beigebracht. Vielleicht werden nun doch auch die Ruhigen, Vernünftigen und Ehrlichen unter den deutschen Richtern einsehen, daß es so nicht weitergehen kann, daß die deutsche Justiz gekündigt ist, gekündigt durch Vertreter der Justiz selbst.

Die Aufwärtsentwicklung der SPD.

Die Aufwärtsentwicklung der Sozialdemokratischen Partei hielt trotz der großen Arbeitslosigkeit auch im ersten Quartal dieses Jahres in erfreulicher Weise an. In der Werbeweche des vergangenen Jahres war die Mitgliederzahl auf über eine Million gestiegen. Im 1. Quartal 1930 gewann die Sozialdemokratie weitere 16342 Mitglieder; sie zählte am 31. März 1930 119 organisierte Männer und Frauen. Berlin hat an dieser Aufwärtsentwicklung mit 2433 Zunahmen den stärksten Anteil.

Der Sozialdemokratie gehören zurzeit an 811 198 männliche und 221 011 weibliche Mitglieder. Die räumliche Ausbreitung der Partei zeigt sich auch in der stetigen Zunahme der Ortsvereine; deren Zahl um 192 stieg und damit insgesamt 9736 an. Quartalschluß betrug.

Die wege Agitation in den zurzeit stattfindenden Frauenwerbungen läßt für die Zukunft insbesondere einen erheblichen Zuwachs an weiblichen Mitgliedern erwarten.

Weitere Untersuchungen in Neuböfen notwendig

Auslassung der deutsch-polnischen Untersuchungskommission. Die deutsche, deutsch-polnische Kommission zur Untersuchung des Grenzschiffes in Neuböfen gibt folgendes bekannt: Nachdem die Untersuchungen des Grenzschiffes in Neuböfen eingeleitet wurden, hat die deutsch-polnische Kommission heute eine Reihe von Fragen zu klären übernommen. In der nächsten Zeit werden die Untersuchungen, die aus Berlin und Warschau herangezogen werden müssen, beschleunigt werden. Dies ergab die Notwendigkeit, die Untersuchungen der Kommission am Dienstag, den 4. Juni, mittags 12 Uhr, zu vertagen.

„Lebt Hindenburg noch?“

Göbbels spielt sich auf - Die Beleidigungsklage des Reichspräsidenten Ein skandalöses Urteil

Der Berliner Gauleiter der nationalsozialistischen Arbeiterpartei und Herausgeber des Wochenblattes „Der Angriff“, Josef Göbbels, wurde am Sonntagabend vor dem Erweiterten Schöffengericht Berlin-Charlottenburg wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Hindenburg zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf neun Monate Gefängnis.

Im „Angriff“ des Herrn Göbbels war Ende Dezember ein Artikel unter der Überschrift „Lebt Hindenburg noch?“ erschienen, in dem Hindenburg vorgeworfen wurde, daß er bei der Entscheidung über die Stellungnahme zum Youngplan seinen jüdischen marxistischen Einflüßern zum Opfer gefallen sei. In demselben Nummer des Blattes fand sich eine Karikatur, die Hindenburg als Kackwanne zeigte. Zu seiner Rechten und Linken hoden Krangen, Ballonmützen trugen, während sich seine Hände auf einen Sack mit Geld, der durch eine wilde antisemitische Fraue verziert war, diese geschmackvolle Karikatur war inkriminiert worden.

Schon am frühen Vormittag sammelt sich vor dem Gerichtssaal eine größere Schar Nationalsozialisten, zum Teil in Uniform, die dem Prozeß ihres „Führers“ beiwohnen beabsichtigen. Die Verhandlung beginnt mit dem Vorlesen des Urteils, worauf die Nationalsozialisten nach erprobter Kampfmanier für zum Zuschauerraum aufbrechen, wobei sie den amtierenden Reichspräsidenten mit vereinter Kraft zur Seite weisen. Die Verhandlung beginnt mit dem Vorlesen des Urteils, worauf die Nationalsozialisten nach erprobter Kampfmanier für zum Zuschauerraum aufbrechen, wobei sie den amtierenden Reichspräsidenten mit vereinter Kraft zur Seite weisen.

Die Verhandlung beginnt mit dem Vorlesen des Urteils, worauf die Nationalsozialisten nach erprobter Kampfmanier für zum Zuschauerraum aufbrechen, wobei sie den amtierenden Reichspräsidenten mit vereinter Kraft zur Seite weisen.

Die Verhandlung beginnt mit dem Vorlesen des Urteils, worauf die Nationalsozialisten nach erprobter Kampfmanier für zum Zuschauerraum aufbrechen, wobei sie den amtierenden Reichspräsidenten mit vereinter Kraft zur Seite weisen.

Die Verhandlung beginnt mit dem Vorlesen des Urteils, worauf die Nationalsozialisten nach erprobter Kampfmanier für zum Zuschauerraum aufbrechen, wobei sie den amtierenden Reichspräsidenten mit vereinter Kraft zur Seite weisen.

Die Verhandlung beginnt mit dem Vorlesen des Urteils, worauf die Nationalsozialisten nach erprobter Kampfmanier für zum Zuschauerraum aufbrechen, wobei sie den amtierenden Reichspräsidenten mit vereinter Kraft zur Seite weisen.

§ 218

und die offizielle Verzechtung
Von Karl Crebó

Die berufene Vertretung der deutschen Ärzteschaft, nämlich der Geschäftsausschuss des Deutschen Ärztevereins-Bundes, hat es für richtig gehalten, erneut zu dem Kampfe gegen den § 218 Stellung zu nehmen.

Dieser Geschäftsausschuss glaubt erneut betonen zu sollen, daß sich an der Auffassung des weit überwiegenden Teiles der Ärzteschaft seit dem Verzicht in Leipzig nichts geändert hat. Es wurde dann weiter folgende Entschloßung angenommen: „Gegenüber der verstärkten Agitation für die Freigabe der Abtreibung, wie sie mit vielfach irreführenden Mitteln in Versammlungen, in der Presse, im Film und neuerdings auch auf der Bühne betrieben wird, hält es der Geschäftsausschuss des Deutschen Ärztevereins-Bundes erneut für seine Pflicht, nachdrücklich zu betonen, daß für den Arzt in erster Linie die Erhaltung auch des künftigen Lebens berufliches Gebot ist. Eine Unterbrechung der Schwangerschaft, die immer mit gewissen Schädigungen, häufig mit Lebensgefahr für die Schwangere verknüpft ist, kommt für die Ärzte nur in Betracht wegen erster Gebote für Gesundheit und Leben der Schwangeren. Die Anerkennung der sogenannten „sozialen Indikation“ wäre bei der Verschonung und Dehnbarkeit dieses Begriffs praktisch gleichbedeutend mit der Freigabe der Abtreibung, vor der aus oft betonten ärztlichen, sittlichen und bevölkerungstheoretischen Gründen aufs Entschiedenste gewarnt werden muß.“

Wohl aber ist vom ärztlichen Standpunkt aus immer wieder eine erhebliche Verstärkung aller staatlichen und fürsorgerischen Maßnahmen zu verlangen, die geeignet sind, den „Willen zum Tode“ zu fördern.“

Wir, die wir die Aufhebung des § 218 bzw. für seine Angleichung an die Forderung der Situation kämpfen, wundern uns absolut nicht, daß der Geschäftsausschuss seine Stellung zum § 218 unverändert beibehält. Wir protestieren aber nachdrücklich dagegen, daß vom Geschäftsausschuss behauptet wird, er spiegelt mit seinen Bekanntmachungen die Auffassung des weit überwiegenden Teiles der Ärzteschaft wieder. Gerade das Gegenteil ist der Fall! Es hat sich in der Ärzteschaft eine grundlegende Veränderung der Einstellung gezeigt. Dieses spiegelt sich nicht nur in unzähligen Zuschriften und mündlichen Belandungen einzelner Ärzte wieder, sondern sogar prominente Mitglieder der Landesorganisationen haben in den letzten Monaten mit erschütternder Deutlichkeit und, was wir gern zugeben wollen, großem Mut — öffentlich bekundet, daß es nicht so weiter gehen könne. Wir zitieren Dr. med. et jur. Sievers, Syndikus der Ärztekammer Hannover („Ärztliches Mitteilungsblatt aus und für Niedersachsen“ vom 25. November 1929):

„Hand aufs Herz, Kollegen! Berneht Ihr wirklich eine soziale Indikation? Wer von Euch hat nicht bereits unter dem § 218 gelitten, und wer von Euch will den ersten Stein auf den Weg stellen, der sich der Not nicht verschloß, sondern Eigennutz und Geldgier vor auszuwählen ließ? Sind wir wahrhafte Helfer in allen Nöten des Lebens und der Seele — unser heiligster Beruf — wenn wir dulden, daß jährlich 20 000 Frauen unseres Volkes ihr Leben lassen müssen, weil sie geschwätzigen Abtreiber, Fälscher, in die Hände fielen? So tue ich Euch zu, deutsche Ärzte, beschäftigt Euch erneut mit dieser Frage und versucht einmal ehrlich und offen, dieses Problem einer zeitgemäßen Lösung entgegenzuführen, die unserem deutschen Volke, den notleidenden Frauen und Mädchen gerecht wird.“

Ferner zitieren wir die Äußerung des Hamburger Medizinalrates Schmidt-Pfeiffer in der Sitzung der Liga für Menschenrechte am 17. Mai 1930 in Hamburg, daß die Ärzteschaft sich dem Kampfe der Deutschen Liga für Menschenrechte für Abänderung des betreffenden Paragraphen nicht verweigern werde; ferner aus dem Aufsatze des Mitgliedes der Braunschweigischen Ärztesammer, Dr. Löwenthal („Deutsches Ärzteblatt“ vom 21. März 1930): „Wir Ärzte haben allen Anlaß, zu den beiden Dramen („§ 218“, „Chankai“) Stellung zu nehmen, die von Ärzten mit dem Endziel einer Abänderung des § 218 geschrieben sind und in denen auch der Arzt handelnd auftritt.“

Wir wissen schon, der Geschäftsausschuss ist natürlich die legal-gewählte Vertretung des Deutschen Ärztevereins-Bundes. Das ist nicht zu bestreiten. Woher aber nimmt sich dieser Geschäftsausschuss das Recht, zu behaupten, zu wissen, wie heute die Auffassung in der deutschen Ärzteschaft in der Frage des § 218 ist? Es ist doch jedem, der nachdenken kann, klar, daß das Aufwachen zahlreicher Ärzte, das wir feststellen konnten, nicht ohne Grund erfolgt ist? Die sich täglich steigende Not des Proletariats, die Massenverelendung in Verbindung mit einer zielbewußten Agitation der Gegner des Paragraphen hat aufwendend gewirkt!

Der praktische Arzt wird es niemals verstehen und mitmachen, das Wohl und Wehe der Familienmitglieder aufzuopfern oder auch nur ernsthaft zu gefährden, um die in der Welt zu erhalten. Die Wertfaktoren in den beiden Dramen sind zu ungleich, als daß man zögern könnte. Darum muß es dem im Leben stehenden Arzt unverstänlich bleiben, wenn der Geschäftsausschuss betont, „daß für den Arzt“ in erster Linie „die Erhaltung“ auch „des künftigen Lebens berufliches Gebot“ sei.“

Eine ungeheure Weltfremdheit erbliden wir in der Feststellung des Geschäftsausschusses, daß die Unterbrechung der Schwangerschaft immer mit gewissen Schädigungen, häufig mit Lebensgefahr für die Schwangere verknüpft ist.

Dem seien wir folgende Feststellung entgegen: Wir geben zu, daß jede Schwangerschaftsunterbrechung eine, wenn auch minimale Gefahr bedeutet. (Wohlbedeutet: die Unterbrechung durch den gut geschulten Arzt.) Diese geringe Gefahr besteht aber bei allen Operationen von menschlich-ärztlicher Hand und kann und muß mit in Kauf genommen werden. Jedenfalls ist eine beratige Schwangerschaftsunterbrechung ganz bedeutend gefährlicher als eine Reihe von staatlich gebilligten, ja sogar staatlich erzwungenen ärztlichen Maßnahmen. „Häufig mit Lebensgefahr“, wie der Geschäftsausschuss behauptet, ist objektiv völlig falsch.

Der § 218 treibt die abtreibebefähigte Frau in immer steigendem Maße in die Arme der Fälscher. Dadurch wird erst die Unterbrechung der Schwangerschaft zu einer ersten Gefahr für die abtreibende Frau, schwer zu erkranken und in sehr zahlreichen Fällen zu sterben.

Der Geschäftsausschuss irrt dabei, wenn er feststellen sucht, die soziale Indikation müsse abgelehnt werden, weil zu verschonung und Dehnbarkeit. Davon kann gar keine Rede sein. Im Gegenteil: es gibt nichts Verschonungeres und Verschämteres als die ärztliche Indikation. Beweis: Der Universitätsprofessor Winter bekennt von mehreren Fällen, in denen er habe Frauen sterben lassen, weil ihm gewisse Gefahren nicht bemerkt habe. Das ist nicht nur ein Verstoß gegen die menschlichen und barmherzigen Gesetze, sondern auch ein Verstoß gegen die ärztliche Indikation. Die Indikation ist nicht nur ein Verstoß gegen die ärztliche Indikation, sie ist auch ein Verstoß gegen die menschlichen und barmherzigen Gesetze. Die Indikation ist nicht nur ein Verstoß gegen die ärztliche Indikation, sie ist auch ein Verstoß gegen die menschlichen und barmherzigen Gesetze.

zu erwartende Kind nicht genügend Wohnraum oder Brot haben, bei denen soll unterbrochen werden. Ein Ineinandergreifen dieser beiden Indikationen kommt natürlich oft vor.

Zum Schluß: Der Geschäftsausschuss des Ärztebundes wagt es erneut vor der Freigabe der Abtreibung, „aus oft betonten ärztlichen, sittlichen und bevölkerungstheoretischen Gründen“.

Aber das Bevölkerungstheoretische! Wir halten dem Geschäftsausschuss ganz nachfolgendes vor: Wodurch wird der Fortbestand unseres Volkes denn eigentlich gefährdet? Durch den Rückgang der Geburten. Schön. Und woher kommt dieser Rückgang der Geburten? Durch die vielen Abtreibungen“, sagt ihr. Grundfalsch, meine Herren! Ihr legt anscheinend voraus, daß heute alle diese Frauen, die sich einmal oder auch mehrmals abtreiben lassen, grundsätzlich keine Kinder mehr kriegen wollen. Dieser Trugschluss ist der Kernpunkt der Angelegenheit.

Von der Verschonung und Dehnbarkeit der sozialen Indikation kann bei der Behandlung wohlhabender Patienten bestimmt keine Rede sein; denn sie existiert dort einfach nicht, sondern um so mehr von der Verschonung und Dehnbarkeit der sozialen Indikation, die lauschkartig gelehrt wird. Gerade die ärztliche Indikation ist die einzige, die von der offiziellen Ärzteschaft anerkannt wird. Das können wir nicht mitmachen, und weil wir neben unserem Volke auch unseren Beruf und Stand lieben, geben wir immer wieder zu bedenken: Prüft einmal die wirkliche Stimmung in der deutschen Ärzteschaft, deren Auffassung ihr so genau zu kennen glaubt. Macht eine ganz unbefangene, geheime Abstimmung in den Ärztesvereinen! Aber auch wirklich ganz geheim! Ich glaube, ihr würdet euer blaues Wunder erleben!

Ein Film gegen den § 218

Noch immer geht in Deutschland die Bühne dem Film an Wagemut voran. „Cyanfali“ von Friedrich Wolf ist erst verfilmt worden, nachdem es als Bühnenstück Sensation gemacht hat. Der Verfasser, praktischer Arzt in Stuttgart, konnte am Tage der Berliner Aufführung, die bezeichnenderweise nicht in den üblichen Aufführungstheater des Westens, sondern im Scheunendiertel, in nächster Nachbarschaft der „Volksbühne“, stattfand, ein paar pikante Einzelheiten aus der Geschichte seines Dramas mitteilen. Zuvor wies Magnus Hirschfeld die Einwände der Anhänger des Paragrafen, die bevölkerungspolitischen, ethischen und medizinischen, die „von Moses bis Mussolini“ vorgebracht worden sind, zurück. Die Reaktionen wollen das menschliche Leben respektiert wissen — aber wo war dieser Respekt“ während des Krieges? Ueberhaupt: man soll diese Prüge angeht: der Tatsache, daß etwa eine Million Abtreibungen jährlich in Deutschland erfolgen, von denen 10 000 für die Mütter tödlich verlaufen und 30 000 dauernde Gesundheitsschädigungen zur Folge haben!

Und mit welchen Waffen kämpfen die Sittlichkeitswächter gegen die wahren Menschenfreunde! In Danzig wurde eine Bierische auf die Bühne geworfen, die die Hauptdarstellerin beinahe verlegt hätte; außerdem arbeitete man nach bewährten völkischen Methoden mit Stinkbomben und Gasgas. In Basel wurde der Bühneneingang nach der Vorstellung von einer wilden Meute belagert, die schrie: „Wir wollen die Hure rollen!“ Und der Münchener „Staatsanzeiger“ empfahl die Wiederholung dieser Methoden gegen den „Berliner Arzt“. Der „Bayerische Kurier“ operierte mit Argumenten wie „Schidt Gott ein Häse, so schidt er auch ein Gräse“, und erzwirkte schließlich das Verbot der Aufführung durch die Polizeidirektion der bayerischen „Ordnungsjelle“. Der Magistrat der polnischen Stadt Lodz, wo es ebenfalls zu einem Theaterandal kam, stellte an Wolf drei hochnotpeinliche Fragen: 1. „Sind Sie Sozialdemokrat?“ 2. „Haben Sie schon selber Abtreibungen vorgenommen?“ und 3. „Haben Sie schon im Zuchthaus gesessen?“

Der Film selber hält sich eng an die Ereignisse des Dramas. Er ist künstlerisch nicht unansehnlich, weil er das Tonfilmprinzip nicht durchführt, sondern sich die Rede auf ein paar späte Höhepunkte auspart. Man hätte ihn entweder stumm oder redend durchführen müssen. Auch wird die Anlehnung an das hässliche Wert von Viel Justi, „Mutter Krausens Fahrt ins Glück“, sehr deutlich. Das hindert aber nicht, daß in eindrudsvollen Bildern, dank einer sorgfältigen Regie, und vor allem dank der Verstärkung des weiblichen Opfers des Nordparagrafen durch Grete Mosheim, eine erschütternde soziale Tragödie sich abrollt. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Klassenjustiz werden als Motive klar herausgearbeitet. Eine scharfe, erbitterte Anklage ohne alle Vorbehalte und Kompromisse, wie sie die deutsche Produktion sonst für nötig erachtet. Eine amerikanische Firma, Fox, hat den Verleih übernommen. Eine deutsche Gesellschaft scheint sich für diese Kulturarbeit nicht gefunden zu haben. —er.

Sinneserziehung neben Verstandesbildung

Die moderne Erziehungswissenschaft ist mit immer wachsendem Erfolge bestrebt, neben der Verstandesbildung des Kindes und des Jugendlichen, neben einer gesunden Pflege des Charakters und Gemüts der Sinneserziehung den ihr gebührenden Platz im Ganzen des Erziehungsprozesses zu schaffen. Für das vorwiegend schulpflichtige Kind hat, wie schon öfter an dieser Stelle dargelegt, der Montessori-Kindergarten u. a. die Möglichkeit geschaffen, dem jeweiligen Alter angepasste Sinnesübungen vorzunehmen, seine Sinne zu entwickeln und zu verfeinern. Der Wert dieser Erziehung für das Kind selbst, für sein Wohlbefinden, seine innere „Harmonie“, seine späteren Arbeitsmöglichkeiten und seine Bedeutung für die Gemeinschaft ist theoretisch klar und praktisch vielfach erwiesen.

Die Aufgabe jedoch, in den Entwicklungsgang der sechs- bis vierzehnjährigen eine systematische Sinneserziehung einzubauen und diese nicht in der Schulzeit zu übergehen bzw. wegzulassen, wurde bisher weder gesehen, geschweige denn gelöst worden. Dabei wird doch gerade heute in B. in der psychologischen Erziehungspraxis, die eine besondere Eignung eines Menschen für bestimmte Berufe feststellen wollen, ganz besonders das Sinnesmäßige Können geprüft. Augenmaß, räumliches Vorstellungsvermögen, Taktinn, Farbuntersehungsvermögen usw. sind jedoch nichts dem Menschen ein für allemal „Gegebenes“, sondern Fähigkeiten, die in der Kindheit, in der Jugend, in der Erwachsenenzeit durch gezielte Erziehung ausgebildet werden können. Das Sinnesmäßige Können wird nicht nur im beruflichen Leben, sondern in jeder anderen Prüfung, nur ein Können verlangt wird, das vorher gelernt und geübt werden konnte.

Dies in Brestau ist nun neuerdings von Dr. Käthe Stern der Vorherrscher der Breslauer Ortsgruppe der Deutschen Montessori-Gesellschaft, der sehr bedeutsame Versuch unternommen worden, den Kinderhort in Sinne der Montessori-Methode umzugestalten. In Wege zu systematischer Sinneserziehung sechs- bis vierzehnjährigen zu finden. Die Erprobung dieser Methoden erfolgt in einem Versuchskinderhort, ihre Bewährung wird hoffentlich sehr bald in größerem Rahmen und auf breiterer Grundlage festgestellt werden. Ihre Bedeutung gerade für unsere vorkaufmännischen Kinder, für die jugendlichen Arbeiter für die angehenden Handwerker, Schullehrer und Hausfrauen wird hoffentlich bald allgemein bekannt werden. Es ist ein sehr interessantes und wertvolles Vorhaben, das die Aufmerksamkeit der Pädagogen und der Eltern für diese neuen Erziehungsmethoden wecken sollte.

Welches sind die Grundlagen des Kinderclubs, kurz zusammengefaßt, wie schon der Name zeigt, ist alles Schulmäßige erlegt durch Selbstständigkeit. Jeder, der in den Club eintritt, ordnet sich der Gemeinschaft unter, ist an ihre Regeln gebunden. Während im Kinderhort bisher die Kollektivarbeit vorherrschte und die Beschäftigung von der Leiterin zugeteilt wurde, darf im Club der einzelne selbst entscheiden, ob er lesen, bauen, weben, oder sich an Gemeinschaftsspielen beteiligen will. Die Kinder finden ein Beschäftigungsmaterial vor, das sie vor Aufgaben stellt, deren Lösung unmittelbar durch Sinnesstätigkeit zu finden ist. In allen Abteilungen wird das Schöne geübt. Das Kind soll a. B. raten, wieviel Quadrate einer bestimmten Größe erforderlich sind, um eine bestimmte Figur zu legen, oder wieviel Bausteine nachbauen einer Vorlage gebraucht werden usw. Die Kinder gehen meist voll Interesse an die Lösung heran, sie lernen durch Selbstkontrolle ihre Fehler beseitigen und reagieren mit der Zeit immer besser und schneller.

Die pädagogischen Richtlinien des Kinderclubs entsprechen der Montessori-Methode, die Dr. Käthe Stern in sechsjähriger Tätigkeit in ihrem Kinderhort erprobt hat. Das Material hat sie, angeregt durch den Unterstaatssekretär a. D. Professor v. Möllendorff, selbstständig gefunden. Es ist den besonderen Interessen der Jugendlichen und den besonderen Aufgaben ihrer Sinneserziehung angepaßt. Der Jugendlichen kann hier seine Eignung für eine bestimmte Berufsart, die Sinnesstätigkeit zur Vorauswahl hat, selbst kennen lernen. Durch Tagebuchführen der Leiter wird ein Urteil über Interesse, Ausdauer, Lebendigkeit, des einzelnen gewonnen. Psychotechnische Eignungsprüfungen können sich dort, wo sie weiter gefordert sind, zuverlässig auf dieses Material stützen.

Abgesehen vom unmittelbaren Einfluß auf Berufswahl und bergleichen wird der Kinderclub erweisen, wie systematische Sinneserziehung und Übung Einseitigkeiten der Schul- und auch der häuslichen Erziehung ausgleicht und neuen (oder auch alten, aber schlummernden) schöpferischen Kräften im Menschen Bahn brechen kann. Käthe Stern.

Die Maharadshas

Englands indische Bundesgenossen gegen Gandhi
Von C. Patrick Thompson

Der Verfasser, einer der angesehensten Journalisten Amerikas, ist ein genauer Kenner der englischen Kolonialpolitik in Indien.

Lange bevor Gandhi seinen Feldzug des passiven Widerstandes ins Werk gesetzt hatte, nahm die Versammlung der indischen Fürsten in Delhi eine Entschloßung an, mit der sie Gandhis Bestrebungen aufs heftigste bekämpfen zu wollen erklärte. „Sollte die Regierung“, so hieß es in dieser Kundgebung, „den nationalindischen Programmen Gandhis auch nur die geringsten Zugeständnisse machen, so beschließen wir die indischen Fürsten ausdrücklich das Recht vor, selbst alle geeigneten Schritte zur Wahrung ihrer Interessen zu unternehmen.“

Als Mahatma, Gandhis Eilbote, sich mit seinem berühmten Ultimatum an den Vizekönig auf der Straße nach Delhi befand, entbot dieser gerade der Kammer der indischen Fürsten seine huldvollen Abschiedsgrüße. Und als „die große Seele“ ihren Wortmarsch des bürgerlichen Ungehorsams gegen die Salutschüsse des Gujaraat begann, waren die meisten indischen Fürsten bereits in ihre Staaten zurückgekehrt, von wo aus sie, umgeben von ihren Frauen, Konkubinen und Erbpriestern, umgeben von ihren englischen Privatsekretären und von Großbritanniens politisch Agenten, mit aufmerksamen Augen beobachteten, wie England auf die letzte Herausforderung Gandhis antwortete. England weiß, wie es seine wertvollen Bundesgenossen zu behandeln hat, unter denen sich Maharadshas befinden, deren Jahreseinkünfte in die Millionen Dollar gehen. Die englische Regierung überschüttet sie mit Auszeichnungen, begrüßt sie mit Salutsschüssen aus ihren Kanonen und hat ein Staatszeremoniell in Geltung gesetzt, gegen das die jahrtausendealten Traditionen europäischer Höfe formlos erscheinen.

Es wird berichtet, daß sich einmal der Vizekönig mit seinem kleinen Hofstaat in den Thronaal des Palastes von Delhi begab, um den Besuch eines mächtigen regierenden Fürsten zu erwarten. Die Hofschleife galoppierender Pferde waren zu hören. Ein Salutsschuss nach dem anderen wurde abgefeuert. Aber kein Fürst betrat den Marmoraal. Was war geschehen? Endlich kürzte ein aufgeregter Adjutant in den Saal. Der erwartete Gast hatte absichtlich, mit neunzehn Kanonenschüssen begrüßt zu werden. Eifervoll auf diese Ehrengabe bedacht, hatte er vor dem Palast innegehalten, um die Salutsschüsse, die eine eigens aufgefahrene Batterie abfeuerte. Zu zählen. Es waren nur achtzehn! Der Fürst wartete noch eine ganze Minute. „Nur achtzehn“, sagte er dann zu seinem „Dewan“, einem meistbärtigen Krieger, der hinter ihm stand. „Nur achtzehn“ bestätigte sein Minister. Der ergrünte Maharadshah machte sofort lehrte und die Hofwagen entfernten sich. Es mußten eilig diplomatische Schritte unternommen werden, um den Maharadshah zu entschuldigen. Es stellte sich heraus, daß wohl neunzehn Salutsschüsse vorgesehen worden waren, daß jedoch eine Kanone fehlerhaft gewesen war und den Dienst verlagert hatte.

Bevor die Engländer die Pax Britannica in Indien proklamierten, war fast jeder Fürst mit jedem seiner Nachbarn im Kriegszustand. Es ergaben sich Situationen, wie zum Beispiel auf der Halbinsel Kachhwar (einem Lande von der Größe Irlands, das nichtsdestoweniger 180 Staaten umfaßt), daß die einzige ruhige Zeit im Jahre die war, wenn aus anderen Landesstellen fremde Eroberer eindringen wollten und sich die feindlichen Regenten zu gemeinsamer Abwehr gegen den Eindringling notgedrungen vereinten. Die Geschichte, wie die Halbinsel Kathiawar unter britische Herrschaft kam, ist kennzeichnend für die wirtschaftlichen Methoden der englischen Kolonialherrschaft. Der Beschwo von Puna erhob von den Fürsten Kathiawars einen jährlichen Tribut. Dann trat der Gaekwar von Baroda dem Beschwo von Puna zur Seite und hob den Tribut mit ihm gemeinsam ein, indem er für seine Bemühungen einen erheblichen Zuschlagstrübit berechnete. Schließlich traten von Bombay aus die Engländer in das Geschäft ein. Ein englischer Oberst mit einer kleinen, aus englischen Truppen und Kriegeren des Gaekwar von Baroda zusammengesetzten Streitmacht stattete den tributpflichtigen Regenten einen Besuch ab; es wurde ein Abkommen unterzeichnet, in dem sich die Fürsten von Kathiawar verpflichteten, den Tribut für immerwährende Zeiten zu entrichten, während der Gaekwar die Verpflichtung übernahm, den Engländern die Verwaltung und Einhebung des Tributes zu überlassen. Heute sind die Kaputs von Kathiawar gute Freunde der Regierung. Der Fürst des größten Staates von Kathiawar ist Jam Sahab Sir Kanthi Singh, bekannt in englischen Sportkreisen als vorzüglicher Cricketspieler. Er hat das Anrecht auf 16 Kanonenschüsse, ist eine Hauptstütze Englands in der Kammer der Fürsten und hat Indien mehr als je einmal in den Völkervereinigungen vertreten.

Die Beziehungen zwischen dem Vizekönig und den Fürsten Indiens gründen sich teils auf Verträge, teils auf altgeerbte Gewohnheitsrechte; aber stets hat auch das Nützlichkeitsprinzip eine große Rolle gespielt, und über einem unbedingten Fürstentum steht das Damoklesschwert der Abhebung. Ein Fürst, der im Rufe der Leutenschaft stand, erlangte im Jahre letzten Lebensjahre. Ein anderer wurde überführt, seinen Anteil verpfändet zu haben, und ein dritter verlor über seine Untertanen in allzu

Volksmacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition, Blumstraße 4/6, durch die Vertriebsstellen des „Volksmacht“, Neue Braupenstraße 6 und Friedrichshagen-Str. 105, Marktstraße 155, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerschein + 0,50 Rmt., monatlich 2,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerschein + 2,10 Rmt. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Num. Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Pfl. Breslau

Ausserland eingekaufte Manuskripte werden nur zurückgekauft, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellensuche, Vereins-, Verammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Klein-Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 6 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition, Blumstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Der parteiische Spartkommissar

Im den Wehretat kümmert er sich nicht, desto mehr um den Sozialetat

Berlin, 1. Juni. (Eig. Bericht.) Der Hauptausschuß des Reichstags befaßte sich am Sonnabend mit dem Haushalt des Rechnungshofes und des Reichspartkommissars.
Abg. Heinig (Soz.) hob hervor, daß die Tätigkeit des Rechnungshofes in den letzten Jahren eine total andere geworden sei. Dem Rechnungshof und dem Reichspartkommissar für seine Tätigkeit so viel Anerkennung und Lob spendet worden, daß er dem im Augenblick kaum noch etwas hinzuzufügen habe. Er möchte jedoch einige Dinge erwähnen, die noch geändert werden könnten. Die Durchprüfung des Wehretats sei erfolgt kaum mit der Intensität, die bei anderen Verwaltungsstellen erfreulicherweise zu beobachten wäre. Daß die Haushaltsrechnungen sehr viel schneller vorgelegt würden, sei dankbar begrüßbar. Das erziehbare Ziel sei, daß sie regelmäßig in 14 Tagen nach Schluß des Rechnungsjahres vorliegen. Die Funktionen des Spartkommissars seien sicherlich nicht einfach und sei daher um so notwendiger, daß er keine Werturteile abgebe, sondern nur sachliche Ergebnisse darlege. In der Denkschrift über das Finanzprogramm der Reichsregierung seien leider zum ersten Male Werturteile enthalten gewesen, und zwar gerade beim Sozialetat. Diese Urteile seien durch die Entwicklung sofort überholt und hätten sich als falsch erwiesen. Alle Durchprüfungen würden wenig nützen, wenn die Ergebnisse nicht den gegebenden Körperschaften bekanntgegeben werden. Er bitte daher um Entlassung des Spartkommissars und um die Überweisung der Entscheidung Heiman und dem Reichsverwaltungsrat, die der Reichspartkommissar auf Ertrag der Reichsregierung oder von sich aus abgibt, mit der Stellungnahme der Reichsregierung dem Reichstag und dem Reichsrat zuzuleiten.
— Abg. Dr. Herz (Soz.) führte aus, daß, soweit er gehört habe, die Durchprüfung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ein besonderer Rommissar in der Person des Ministerialdirektors a. D. Bail bestellt worden sei. Herr Bail beziehe als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Schömann A. G. aus öffentlichen Mitteln 25 000 Mk. jährlich, dafür ruhe seine Beamtenschaft für die Zeit dieser Tätigkeit. Für die Durchprüfung der Reichsanstalt ertraglich dem betreffenden Herrn Bezüge zu gewährt haben, die seine Bezüge auf 43 000 Mk.

pro Jahr steigern. Die Deffentlichkeit erwarte mit Recht gerade vom Reichspartkommissar größte Sparsamkeit auch innerhalb seines eigenen Ressorts. Er bitte daher um Angabe, ob die ihm gemachten Mitteilungen richtig sind.
Reichspartkommissar Dr. Sacchini erwidert, daß die Verhältnisse in diesem Falle rechtlich ganz klar seien. Ministerialdirektor Bail befinde sich im Ruhestande und habe Anspruch auf Pension. Für seine Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender seien ihm 25 000 Mark jährlich zugesichert. Pension beziehe er wegen dieser Bezüge nicht. Herr Bail sei ihm von früher her als ein gerade wirtschaftlich besonders tüchtiger und erfahrener Mann bekannt. Für seine Betrauung mit der Durchprüfung der Reichsanstalt hätte es zwei Möglichkeiten gegeben. Entweder die Übernahme als Beamter, die nicht in Frage gekommen sei, oder eine besondere Geldentschädigung. Als solche habe er 4000 Mark pro Quartal für die schmerzhafte Untersuchung für richtig befunden. Da die Arbeit in einem Quartal nicht zu bewältigen gewesen sei, seien noch die Gebühren für ein zweites Quartal hinzugekommen. Er glaube nicht, daß damit eine Überzahlung stattgefunden habe und könne versichern, daß der Appell an die Sparsamkeit in seinem eigenen Ressort bei ihm den größten Widerhall finde.
Auf die übrigen Bemerkungen der verschiedenen Redner eingehend, erklärte der Reichspartkommissar, daß das Ziel die Verschmelzung des Rechnungshofes mit dem Spartkommissariat sein müsse. Zunächst sei diese Verschmelzung aber nicht durchzuführen, denn die Tätigkeit des Rechnungshofes sei aufgebaut auf der Grundlage der Rechnungsprüfung, die des Spartkommissars auf der lebenden Verwaltung. Die gewünschte Heberheit über die Zahl der von ihm ermittelten Gutachten und vorgekommenen Prüfungen würde er in jedem Augenblicke vorlegen können. Daß die Prüfungen des Rechnungshofes in allen einzelnen Abteilungen nicht einheitlich seien, gebe er zu. Aber man dürfe nicht vergessen, daß eben alles doch im Werden sei. Den Beschwerden, daß der Rechnungshof seine Befugnisse dadurch überschreite, daß er sich um Dinge kümmere, die ihn nicht angehen, und sich in politische Entscheidungen hineinmische, müsse er jede Berechtigung absprechen. Die einzelnen Ressorts seien wohl öfters in dieser Hinsicht empfindlich. Auch bei der geringsten Prüfung des Sozialetats seien keine positiven Abänderungsvorschläge gemacht worden, sondern nur in der denkbar vorzüglichsten Weise einige Anregungen gegeben worden, die aber gar nicht mehr aktuell seien. Die Durchprüfungen von Ländern und Kommunen halte er für sehr wünschenswert.

einer Beziehung und zwar an der antisemitischen Verzerrung des Sockels etwas auszuweichen. Die Urteilsbegründung benutzt die Argumente des Nationalsozialisten Dr. Göbbels in einer Weise, daß man annehmen muß, es identifiziere sich teilweise mit ihm. Worte wie „durchaus einwandfrei“, „nicht zu beanstanden“ und ähnliche Formulierungen laufen fast auf eine Glorifizierung des Angeklagten hinaus. Einmal unterläuft dem Vorsitzenden ein Papus, er spricht von einer „jüdischen Presse“. Die intensive Beschäftigung mit dem Delikt des Herrn Göbbels scheint diesen Richter injiziert zu haben. Die ungewöhnlich milde Strafe gegen die Staatsanwalt Berufung einlegen wird, klingt fast wie ein Freibrief für ähnliche journalistische Erzeugnisse. Denn nach diesem Urteil, das im Grunde auf einen verlaufeneren Freispruch hinausläuft, scheint nunmehr auch Hindenburg vogelfrei zu sein.

A. K. Wir können diesen Ausgang der Verhandlung gegen den nationalsozialistischen Heher nicht nur mit Entrüstung aufnehmen, sondern wir können uns nicht helfen, der Fall amüsiert uns auch. Die Entrüstung über dieses Parteiturteil eines politisch voreingenommenen und bis zur Unfähigkeit, überhaupt zu urteilen, durch politische Leidenschaft geblendeten Gerichts noch besonders auszudrücken, lohnt bei der Häufigkeit der Fälle in Deutschland kaum noch. Dieser Fall ist ja nicht ein Einzelfall, sondern nur ein Beispiel für die politische Parteilichkeit der deutschen Justiz unter vielen. Aber es ist doch amüsiert, daß es nun auch der Heros der Kreise, die stets das Vorhandensein der Vertrauenskrise der Justiz mit Empfindung geäußert haben, die mit mehr Frechheit als Ehrlichkeit und Sachlichkeit der vernichtenden Justizkritik der Sozialdemokratie entgegengetreten sind, ohne freilich den von der Sozialdemokratie angeführten erdrückenden Tatsachen etwas Sachliches entgegenhalten zu können, auch an ihm selbst erleben muß, daß seine Ehre ungeküßt bleibt, daß ein deutsches Gericht ihm in bornierter politischer Engstirnigkeit und parteipolitischen Gehässigkeit den Ehrenschuß verlagert, daß nun auch der Heros aller sogenannten nationalen Deutschen sich neben Ebert gestellt sieht, daß auch er, wie schon früher der bürgerliche Reichsfanzler Dr. Marx, zu der Erkenntnis kommen muß, daß derjenige, der es gewissen nationalsozialistischen Hehern und Stänkern in Deutschland nicht recht macht, vor deutschen Gerichten keinen Schutz findet für seine gekränkte Ehre. Da sitzen nun alle die heuchlerischen Abgeordneten, Presseleute, Richter und Staatsanwälte, die stets mit vor Entrüstung bebender Stimme das Vorhandensein einer politischen Parteilichkeit in Deutschland geäußert haben, mit tief betroffenen Mienen und müssen sehen, daß die Vertrauenskrise der Justiz doch vorhanden und sogar allzu begründet ist. Das ist für uns ein glückliches Ereignis, denn viel leicht wird es doch einige heilsame Wirkungen haben. So erfüllt uns doch gerade dieser Urteilspruch, so sehr wir uns seiner als Deutsche sowohl, als auch als Verfechter der Idee der Gerechtigkeit aufs tiefste schämen, mit Hoffnung für die Zukunft. Hier hat sich die Parteilichkeit selbst überschlagen und sie hat sich dadurch selbst die schwerste Niederlage beigebracht. Vielleicht werden nun doch auch die ruhigen, Bemühtigen und Ehrlichen unter den deutschen Richtern ansetzen, daß es so nicht weitergehen kann, daß die deutsche Justiz geschändet ist, geschändet durch Vertreter der Justiz selbst.

Die Aufwärtsentwicklung der SPD.

Die Aufwärtsentwicklung der Sozialdemokratischen Partei hielt trotz der großen Arbeitslosigkeit auch im ersten Quartal dieses Jahres in erfreulicher Weise an. In der Werbewoche des vergangenen Jahres war die Mitgliederzahl auf über eine Million gestiegen. Im 1. Quartal 1930 gewann die Sozialdemokratie weitere 10 242 Mitglieder; sie zählte am 31. März 1930 1 032 119 organisierte Männer und Frauen. Berlin hat an dieser Aufwärtsentwicklung mit 2433 Zunahmen den stärksten Anteil.

Der Sozialdemokratie gehören zurzeit an 811 108 männliche und 221 011 weibliche Mitglieder. Die räumliche Ausbreitung der Partei zeigt sich auch in der stetigen Zunahme der Ortsvereine, deren Zahl um 192 stieg und damit insgesamt 9736 am Quartalschluß betrug.

Die rege Agitation in den zurzeit stattfindenden Frauenwahlen zeigt für die Zukunft insbesondere einen erheblichen Zuwachs an weiblichen Mitgliedern erwarten.

Weitere Untersuchungen in Neuhöfen notwendig

Auslassung der deutsch-polnischen Untersuchungskommission. München, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die gemischte deutsch-polnische Kommission zur Untersuchung des Grenzschiffes „Neuhöfen“ gibt folgenden Bericht: Nachdem die Untersuchung des Grenzschiffes „Neuhöfen“ im Neuhöfen durch die deutsch-polnische Kommission heute eine Reihe von Tagen in Wee. vernehmen hat, ist die Abklärung von Sachverhältnissen, die aus Berlin und Warschau herangezogen werden müssen, beschlossen worden. Dies ergab die Notwendigkeit, die Verhandlungen der Kommission auf Dienstag, den 3. Juni, mittags 12 Uhr, zu verlagern.

„Lebt Hindenburg noch?“

Göbbels spielt sich auf - Die Beleidigung des Reichspräsidenten Ein skandalöses Urteil

Der Berliner Gauleiter der nationalsozialistischen Arbeiterpartei und Herausgeber des Wochenblattes „Der Angriff“, Josef Göbbels, wurde am Sonnabend vor dem Erweiterten Schöffengericht Berlin-Charlottenburg wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Hindenburg zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf neun Monate Gefängnis.

Im „Angriff“ des Herrn Göbbels war Ende Dezember 1929 ein Artikel unter der Überschrift „Lebt Hindenburg noch?“ erschienen, in dem Hindenburg paragonisiert wurde, daß er bei der Beratung über die Stellungnahme zum Youngplan seinen jüdischen und marxistischen Einbläsern zum Opfer gefallen sei. In derselben Nummer des Blattes fand sich eine Karikatur, die Hindenburg als Göttervater zeigte. In seiner Rechten und Linken hielten Rangen, die Ballons mühen trugen, während sich seine Hände auf einen Sockel stützten, der durch eine wüste antisemitische Frage verzerrt war. Auch diese geschmackvolle Karikatur war inkriminiert worden.
Schon am frühen Vormittag sammelte sich vor dem Gerichtssaal eine größere Schaar Nationalsozialisten, zum Teil in Uniform, die dem Prozeß ihres „Führers“ beizuwohnen beabsichtigten. Der verhältnismäßig kleine Verhandlungssaal ist im Nu überfüllt, worauf die Nationalsozialisten nach erprobter Rowdymanier die Tür zum Zuschauerraum aufbrechen, wobei sie den amtierenden Justizwachtmeister mit vereinter Kraft zur Seite werfen. Die Klänge gellender Schreie und der Schreie der eilenden Beamten drängen die Eindringlinge mit Gewalt aus dem Saal. Punkt 9 Uhr fährt Herr Josef Göbbels in einem eleganten Auto vor, begleitet von seinem Vertreter, Graf von der Goltz. Die Anhänger des Hakenkreuzhüpfelns brechen in stürmische Heilrufe aus. Im Verhandlungssaal sind Vertreter der Reichsregierung und des Büros des Reichspräsidenten anwesend.
Die Verhandlung beginnt mit einem sehr dramatischen Auftakt. Herr von der Goltz erhebt sich mit majestätischer Geste und beantragt die Ablehnung eines Berufs- und eines Laienrichters wegen Befangenheit, da die Herren jüdischer Rasse seien. Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück, die sich über anderthalb Stunden, quadernt und verläuft schließlich die Ablehnung des Antrages der Verteidigung. Nunmehr erhält Herr Josef Göbbels das Wort; er macht von dieser Möglichkeit, eine politische Propaganda in der Gerichtsverhandlung zu halten, ausgiebigen Gebrauch. Er spricht in dem „fortissimo“, mal elegisch, mal sentimental und mal anklagend. So handelt er alle Register schau-

spielerender Rhetorik annähernd anderthalb Stunden, wobei er nur in den Zehner verfallt, sich bei den markanten nationalsozialistischen Größtellen häufig zu wiederholen. Wenn Göbbels spricht, entkühlt sich dem interessierten Beobachter ein Typ, der alles andere als germanisch erscheint. Ein schmächtiger, sehr oft erregt gestikulierender Herr mit einer merkwürdig verkrampften Stirn und fanatischen dunklen Augen, denen er manchmal etwas wie einen fribizianischen Glanz zu geben versucht. Aber die preußischen Mäuren sehen ihm sehr schlecht, denn der gute Göbbels sieht wirklich wie ein nicht ganz entwickelter Ableger der jüdischen Konfektion aus. Da kann man schon verstehen, daß ihn Spötter gern „Göbbels“ nennen.

Nach dieser Lobeshymne des Helden Göbbels auf sich selbst, erhebt sich der Oberstaatsanwalt Sethe und stellt sachlich fest, daß der Angriff des Herrn Göbbels auf den Reichspräsidenten in den denkbar perfidester Form geschienen sei und von einer Gehässigkeit wäre, die der Ausdruck ausgesprochener Mißachtung sei. Die Absicht, den Reichspräsidenten aufs Schwerste zu kränken, sei ganz unverkennbar. Das Vorgehen des Dr. Göbbels müßte als die schwerste Verletzung des Nationalen Ansehens bezeichnet werden, die man sich denken könne. Er beantragte daher in Anbetracht der besonderen Niedrigkeit und Schwere der Beleidigung eine Gefängnisstrafe von neun Monaten, Vernichtung der noch vorhandenen Exemplare der inkriminierten Nummer des „Angriff“ und der Platten sowie Publikation des Urteils in allen maßgebenden deutschen Parteizeitungen von rechts bis links.

Als sich nunmehr das Gericht zur Beratung zurückzieht, kommt es auf dem Korridor zu skandalösen Szenen. Ein Rubel von etwa 80 Nationalsozialisten hält den Ausgang besetzt, pöbeln herausgehende Journalisten, die ihnen Juden zu sein schienen, in ungläublicher Weise an und bricht bei Erscheinen des Angeklagten in tobende Heulrufe aus. In theatralischer Weise wird ein Blumenstrauß überreicht. Auf der Straße läßt sich Göbbels in seinem eleganten Wagen von drei Seiten flümen. Das Schauspiel ist so beschämend, daß selbst die Anhänger des nationalsozialistischen Führers ihr Erstaunen über so viel Wut ausdrücken.
Gegen 15 Uhr versammelt sich das Gericht nach dreistündiger Beratung. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Sacchini, verkündet ein Urteil, das bei den Zuhörern wachsendes Erstaunen auslöst. Der Vorsitzende bezeichnet den inkriminierten Artikel nicht nur als durchaus sachlich, auch an der Karikatur hat er nur in

§ 218

und die offizielle Ärzteschaft
(Von Karl Crede*)

Die berufene Vertretung der deutschen Ärzteschaft, nämlich der Geschäftsausschuss des „Deutschen Ärztevereins-Bundes“ hat es für richtig gehalten, erneut zu dem Kampfe gegen den § 218 Stellung zu nehmen.

Dieser Geschäftsausschuss glaubt erneut betonen zu sollen, daß sich an der Auffassung des weit überwiegenden Teiles der Ärzteschaft seit dem Verzicht in Leipzig nichts geändert hat.

Es wurde dann weiter folgende Entschiedenheit angenommen: „Gegenüber der verstärkten Agitation für die Freigabe der Abtreibung, wie sie mit vielfach irreführenden Mitteln in Versammlungen, in der Presse, im Film und neuerdings auch auf der Bühne betrieben wird, hält es der Geschäftsausschuss des Deutschen Ärztevereins-Bundes erneut für seine Pflicht, nachdrücklich zu betonen, daß für den Verzicht in erster Linie die Erhaltung auch des künftigen Lebens berufliches Gebot ist. Eine Unterbrechung der Schwangerschaft, die immer mit gewissen Schädigungen, häufig mit Lebensgefahr für die Schwangere verknüpft ist, kommt für die Ärzte nur in Betracht wegen ernstlicher Gefahren für Gesundheit und Leben der Schwangeren. Die Anerkennung der sogenannten „sozialen Indikation“ wäre bei der Verschwoemtheit und Dehnbarkeit dieses Begriffs praktisch gleichbedeutend mit der Freigabe der Abtreibung, vor der aus oft betonten ärztlichen, sittlichen und bevölkerungstheoretischen Gründen aufs Entschiedenste gewarnt werden muß.“

Wohl aber ist vom ärztlichen Standpunkt aus immer wieder eine erhebliche Verstärkung aller staatlichen und fürsorgertischen Maßnahmen zu verlangen, die geeignet sind, den „Willen zum Rinde“ zu fördern.

Wir, die wir die Aufhebung des § 218 bzw. für seine Angleichung an die Forderung der Situation kämpfen, wundern uns absolut nicht, daß der Geschäftsausschuss seine Stellung zum § 218 unverändert beibehält. Wir protestieren aber nachdrücklich dagegen, daß vom Geschäftsausschuss behauptet wird, er spiegelte mit seinen Bekanntmachungen die Auffassung des weit überwiegenden Teiles der Ärzteschaft wieder. Gerade das Gegenteil ist der Fall! Es hat sich in der Ärzteschaft eine grundlegende Veränderung der Einstellung gezeigt. Dieses spiegelt sich nicht nur in unzähligen Zuschriften und mündlichen Befundungen einzelner Ärzte wieder, sondern sogar prominente Mitglieder der Landesorganisationen haben in den letzten Monaten mit erschütternder Deutlichkeit und, was wir gern angeben wollen, großem Mut — öffentlich bekundet, daß es nicht so weiter gehen könne. Hier zitieren Dr. med. et jur. Sievers, Syndikus der Ärztekammer Hannover („Ärztliches Mitteilungsblatt“ aus und für Niederachsen“ vom 25. November 1929):

„Habt aufs Herz, Kollegen! Bercant Ihr wirklich eine soziale Indikation? Wer von Euch hat nicht bereits unter dem § 218 gelitten, und wer von Euch will den ersten Stein auf den werfen, der sich der Not nicht verweigert, sofern Eigenruhm und Geldwerb ausschließen sind? Sind wir wahrhafte Helfer in allen Nöten des Leibes und der Seele — unser heiligster Beruf — wenn wir dulden, daß jährlich 20 000 Frauen unseres Volkes ihr Leben lassen müssen, weil sie gewerksmäßigen Abtreibern, Putschern, in die Hände fielen? So ruhe ich Euch zu, deutsche Ärzte, beschäftigt Euch erneut mit dieser Frage und versucht einmal ehrlich und offen, dieses Problem einer zeitgemäßen Lösung entgegenzuführen, die unserem deutschen Volke, den leidenden Frauen und Mädchen gerecht wird.“

„Ferner zitieren wir die Äußerung des Hamburger Medizinalrates Schmidt-Pfeiffer in der Sitzung der Liga für Menschenrechte am 17. Mai 1930 in Hamburg, daß die Ärzteschaft sich dem Kampfe der Deutschen Liga für Menschenrechte für Änderung des betrreffenden Paragraphen nicht verweigern werde“, ferner aus dem Anlauf des Mitgliedes der Frauenschwimmvereine Ärztesammer, Dr. Löwenthal („Deutsches Ärzteblatt“ vom 21. März 1930): „Wir Ärzte haben allen Anlaß, zu den beiden Dramen („§ 218“, „Gynäkist“) Stellung zu nehmen, die von Ärzten mit dem Endziel einer Änderung des § 218 geschrieben sind und in denen auch der Arzt handelnd auftritt.“

Wir wissen schon, der Geschäftsausschuss ist natürlich die legal-gewählte Vertretung des Deutschen Ärztevereins-Bundes. Das ist nicht zu bestreiten. Waber nimmt sich dieser Geschäftsausschuss das Recht zu behaupten, zu wissen, wie heute die Auffassung in der deutschen Ärzteschaft in der Frage des § 218 ist? Es ist doch jedem, der nachdenken kann, klar, daß das Aufwachen zahlreicher Ärzte, das wir feststellen konnten, nicht ohne Grund erfolgt ist? Die sich täglich steigende Not des Proletariats, die Massenverelendung in Verbindung mit einer zielbewußten Agitation der Gegner des Paragraphen hat unabweisend gewirkt!

Der praktische Arzt wird es niemals verstehen und mitmachen, das Wohl und Wehe der Familienmütter aufzupopern oder auch nur ernsthaft zu gefährden, um Feinde des Lebens zu erhalten. Die Wertigkeiten in den beiden Dramen sind zu ungleich, als daß man zögern könnte. Darum muß es dem in den Leben lebenden Arzt unverständlich bleiben, wenn der Geschäftsausschuss betont, „daß für den Arzt“ in erster Linie die Erhaltung“ auch „des künftigen Lebens berufliches Gebot ist.“

Eine ungeheure Weltfremdheit erbliden wir in der Feststellung des Geschäftsausschusses, daß die Unterbrechung der Schwangerschaft immer mit gewissen Schädigungen, häufig mit Lebensgefahr für die Schwangere verknüpft ist.

Dem sehen wir folgende Feststellung entgegen:

Wir geben zu, daß jede Schwangerschaftsunterbrechung eine, wenn auch minimale Gefahr bedeutet. (Wohlbermerkt: die Unterbrechung durch den gut geschulten Arzt.) Diese geringe Gefahrenequote besteht aber bei allen Operationen von menschlich-ärztlicher Hand und kann und muß mit in Kauf genommen werden. Jedenfalls ist eine derartige Schwangerschaftsunterbrechung ganz bedeutend gefährlicher als eine Reihe von künstlich-gebilligten, ja sogar künstlich-erzwungenen ärztlichen Maßnahmen. „Häufig mit Lebensgefahr“, wie der Geschäftsausschuss behauptet, ist objektiv völlig falsch.

Der § 218 treibt die abtreibende Frau in immer steigendem Maße in die Arme der Putschier. Dadurch wird erst die Unterbrechung der Schwangerschaft zu einer ersten Gefahr für die abtreibende Frau, schwer zu erkranken und in sehr zahlreichen Fällen zu sterben.

Der Geschäftsausschuss irrt daher, wenn er feststellen sucht, die soziale Indikation müsse abgelehnt werden, weil zu verschwoem und dehnbar. Davon kann gar keine Rede sein. Im Gegenteil: es gibt nichts Verschwoemteres und Weichherzigeres als die ärztliche Indikation. Beweis: Der Universitätsprofessor Winter berichtet von mehreren Fällen, in denen er hoch Frauen heilen sah, weil ihm gewisse Gefahrenelemente damals noch nicht bekannt gewesen seien, die er nachher kennen gelernt habe. Das Müßigen am eindrucksvollsten, mit verschwoemten und dehnbarer der Verzicht der ärztlichen Indikation heute noch ist, dagegen die soziale Indikation. Sie läßt sich ganz leicht umgehen. Familienmütter, die für das

zu erwartende Kind nicht genügend Wohnraum oder Brot haben, bei denen soll unterbrochen werden. Ein Ineinandergreifen dieser beiden Indikationen kommt natürlich oft vor.

Zum Schluß: Der Geschäftsausschuss des Ärztebundes warnt erneut vor der Freigabe der Abtreibung „aus oft betonten ärztlichen, sittlichen und bevölkerungstheoretischen Gründen“.

Aber das Bevölkerungstheoretische! Wir halten dem Geschäftsausschuss ganz sachlich folgendes vor: Wodurch wird der Fortbestand unseres Volkes denn eigentlich gefährdet? Durch den Rückgang der Geburten. Schön. Und woher kommt dieser Rückgang der Geburten? „Durch die vielen Abtreibungen“, sagt ihr. Grundsätzlich, meine Herren! Ihr seht anscheinend voraus, daß heute alle diese Frauen, die sich einmal oder auch mehrmals abtreiben lassen, grundsätzlich keine Kinder mehr kriegen wollen. Dieser Trugschluß ist der Kernpunkt der Angelegenheit.

Von der Verschwoemtheit und Dehnbarkeit der sozialen Indikation kann bei der Behandlung wohlhabender Patienten bestimmt keine Rede sein; denn sie existiert dort einfach nicht, sondern um so mehr von der Verschwoemtheit der ärztlichen Indikation, die tauschförmig gelehrt wird. Gerade die ärztliche Indikation ist die einzige, die von der offiziellen Ärzteschaft anerkannt wird. Das können wir nicht mitmachen, und weil wir neben unserem Volke auch unseren Beruf und Stand lieben, geben wir immer wieder zu bedenken: Prüft einmal die wirkliche Stimmung in der deutschen Ärzteschaft, deren Auffassung ihr so genau zu kennen glaubt. Macht eine ganz unbeeinflusste, geheime Abstimmung in den Ärztekammern! Aber auch wirklich ganz geheim! Ich glaube, ihr würdet euer blaues Wunder erleben!

Ein Film gegen den § 218

Noch immer geht in Deutschland die Bühne dem Film an Wagemut voran. „Gynäkist“ von Friedrich Wolf ist erst verfilmt worden, nachdem es als Bühnenstück Sensation gemacht hat. Der Verfasser, praktischer Arzt in Stuttgart, konnte am Tage der Berliner Uraufführung, die beziehungsweise nicht in den üblichen Uraufführungstheater des Westens, sondern im Scheunenviertel, in nächster Nachbarschaft der „Volksbühne“, stattfinden, ein paar pikante Einzelheiten aus der Geschichte seines Dramas mitteilen. Zuvor wies Magnus Hirschfeld die Einwände der Anhänger des Paragraphen, die bevölkerungspolitischen, ethischen und medizinischen, die „von Rojes bis Mussolini“ vorgebracht worden sind, zurück. Die Reaktionen wollen das menschliche Leben respektiert wissen — aber wo war dieser Respekt während des Krieges? Ueberhaupt: man soll die Psyche angehen lassen der Laien, daß etwa eine Million Abtreibungen jährlich in Deutschland erfolgen, von denen 10 000 für die Mütter tödlich verlaufen und 30 000 dauernde Gesundheitschädigungen zur Folge haben!

Und mit welchen Waffen kämpfen die Sittlichkeitswächter gegen die wahren Menschenfreunde! In Danzig wurde eine Bierstraße auf die Bühne geworfen, die die Hauptdarstellerin beinahe verkehrt hätte; außerdem arbeitete man nach bewährten östlichen Methoden mit Stinkbomben und Gasgas. In Basel wurde der Bühneneingang nach der Vorstellung von einer wütenden Meute belagert, die rief: „Wir wollen die Hure rollen!“ Und der Münchener „Staatsanzeiger“ empfahl die Wiederholung dieser Methoden gegen den „Berliner Arzt“. Der „Sagere Kurier“ operierte mit Argumenten wie „Schidit Gott ein Häsel, so schidit er auch ein Gräsel“, und erwiderte schließlich das Verbot der Aufführung durch die Polizeidirektion der bayerischen „Ordnungszelle“. Der Magistrat der polnischen Stadt Łódź, wo es ebenfalls zu einem Theatersturm kam, stellte an Wolf drei hochpotentielle Fragen: 1. „Sind Sie Sozialdemokrat?“ 2. „Haben Sie schon selber Abtreibungen vorgenommen?“ und 3. „Haben Sie schon im Justizhaus gefesselt?“

Der Film selber hält sich eng an die Ereignisse des Dramas. Er ist künstlerisch nicht unansehnlich, weil er das Tonfilmprinzip nicht durchführt, sondern sich die Rede auf ein paar späte Höhepunkte aufspart. Man hätte ihn entweder stumm oder redend durchführen müssen. Auch wird die Anlehnung an das härtere Werk von Piel Justiz, „Kutter Krausens fährt ins Glück“, sehr deutlich. Das hindert aber nicht, daß in eindrucksvollen Bildern, dank einer sorgfältigen Regie, und vor allem dank der Verstärkung des weiblichen Opfers des Nordparagrafen durch Grete Mosheim, eine erschütternde soziale Tragödie sich abrollt. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Klassenjähz werden als Motive klar herausgearbeitet. Eine scharfe, erbitterte Anklage ohne alle Vorbehalte und Kompromisse, wie sie die deutsche Produktion sonst für nötig erachtet. Eine amerikanische Firma, Fox, hat den Vertrieb übernommen. Ein deutsche Gesellschaft scheint sich für diese Kulturarbeit nicht gefunden zu haben. —er.

Sinneserziehung neben Verstandesbildung

Die moderne Erziehungswissenschaft ist mit immer wachsendem Erfolge befreit, neben der Verstandesbildung des Kindes und des Jugendlichen, neben einer gesunden Pflege des Charakters und Gemüts der Sinneserziehung den ihr gebührenden Platz im Ganzen des Erziehungsprozesses zu schaffen. Für das vorschulpflichtige Kind hat, wie schon öfter an dieser Stelle dargelegt, der Montessori-Kindergarten u. a. die Möglichkeit geschaffen, dem jeweiligen Alter angepaßte Sinnesübungen vorzunehmen, seine Sinne zu entwickeln und zu vertiefen. Der Wert dieser Entwicklung für das Kind selbst, für sein Wohlbefinden, seine innere „Harmonie“, seine späteren Arbeitsmöglichkeiten und seine Bedeutung für die Gemeinschaft ist theoretisch klar und praktisch vielfach erwiesen.

Die Aufgabe jedoch, in den Entwicklungsgang der sechs- bis vierzehnjährigen eine systematische Sinneserziehung einzubauen und diese nicht in der Schulzeit zu übergehen bzw. weitgehend zurückzuführen, war bisher weder gesehen, geschweige denn gelöst worden. Dabei wird doch gerade heute — B. in den psychotechnischen Eignungsprüfungen — die eine besondere Eignung eines Menschen für bestimmte Berufe feststellen wollen, ganz besonders das Sinnesmäßige können geprüft. Augenmaß, räumliches Vorstellungsvermögen, Taktinn, Nachuntercheidungsvermögen usw. sind jedoch nichts dem Menschen ein für allemal „Gegebenes“, sondern Fähigkeiten die in hohem Grade übbar sind. Das Sinnesmäßige können wird nun aber nie systematisch gelehrt, während in jeder anderen Prüfung nur ein Können verlangt wird, das vorher gelehrt und geübt werden konnte.

Hier in Breslau ist nun neuerdings von Dr. Käthe Stern, der Vorsitzenden der Breslauer Ortsgruppe der Deutschen Montessori-Gesellschaft, der sehr bedeutsame Versuch unternommen worden, den Kinderhort im Sinne der Montessori-Methode umzugestalten, d. h. Wege zu systematischer Sinneserziehung sechs- bis vierzehnjähriger zu finden. Die Erprobung dieser Methoden erfolgt in einem Versuchskinderhort, ihre Bewährung wird hauptsächlich durch die Beobachtung der Kinder und auf breiterer Grundlage ermöglicht werden. Ihre Bedeutung gerade für untere proletarische Kinder, für die jugendlichen Arbeiter, für die angehenden Hausmütter, Techniker und Ingenieure wird zweifellos sehr bald erkannt werden. Es ist kein Zufall, daß schon heute in Berlin die großen Interessen für diese neuen Eignungsuntersuchungen liegen.

Welches sind die Grundlagen des Kinderklubs. Kurz zusammengefaßt wie schon der Name zeigt, ist alles Schulmäßige ersetzt durch Selbsttätigkeit. Jeder, der in den Klub eintritt, ordnet sich der Gemeinschaft unter, ist an ihre Regeln gebunden. Während im Kinderhort bisher die Kollektivarbeit vorherrschte und die Beschäftigung von der Leiterin zugeteilt wurde, darf im Klub der einzelne selbst entscheiden, ob er lesen, bauen, weben, oder sich an Gemeinschaftsspielen beteiligen will. Die Kinder finden ein Beschäftigungsmaterial vor, das sie vor Aufgaben stellt, deren Lösung unmittelbar durch Sinnestätigkeit zu finden ist. In allen Abstufungen wird das Schöne geübt. Das Kind soll z. B. raten, wieviel Quadrate einer bestimmten Größe erforderlich sind, um eine bestimmte Figur zu legen, oder wieviel Bausteine ein Nachbauer einer Vorlage gebraucht werden usw. Die Kinder gehen meist voll Interesse an die Lösung heran, sie lernen durch Selbstkontrolle ihre Fehler beseitigen und reagieren mit der Zeit immer besser und schneller.

Die pädagogischen Richtlinien des Kinderklubs entsprechen der Montessori-Methode, die Dr. Käthe Stern in lehrreicher Tätigkeit in ihrem Kindergarten erprobt hat. Das Material hat sie, angeregt durch den Unterstaatssekretär a. D. Professor v. Möllendorff, selbständig gefunden. Es ist den besonderen Interessen der Jugendlichen und den besonderen Aufgaben ihrer Sinneserziehung angepaßt. Der jugendliche Mensch hier seine Eignung für eine bestimmte Berufsart, die Sinnestätigkeit zur Voraussetzung hat, selbst kennen lernen. Durch Tagebuchführung der Leiter wird ein Urteil über Interesse, Ausdauer, Lebhaftigkeit, des einzelnen gewonnen. Psychotechnische Eignungsprüfungen können sich dort, wo sie weiter gefordert sind, zuverlässig auf dieses Material stützen.

Abgesehen vom unmittelbaren Einfluß auf Berufswahl und dergleichen wird der Kinderklub erweisen, wie systematische Sinneserziehung und Übung Einseitigkeiten der Schul- und auch der häuslichen Erziehung ausgleicht und neuen (oder auch alten, aber schlummernden) schöpferischen Kräften im Menschen Bahn brechen kann.

Die Maharadschas

Englands indische Bundesgenossen gegen Gandhi
Von C. Patrick Thompson

Der Verfasser, einer der angesehensten Journalisten Amerikas, ist ein genauer Kenner der englischen Kolonialpolitik in Indien.

Lange bevor Gandhi seinen Feldzug des passiven Widerstandes ins Werk gesetzt hatte, nahm die Versammlung der indischen Fürsten in Delhi eine Entschloßung an, mit der sie Gandhis Bestrebungen aufs heftigste bekämpfen zu wollen erklärte. „Sollte die Regierung“, so hieß es in dieser Kundgebung, „dem nationalistischen Programm Gandhis auch nur die geringsten Zugeständnisse machen, so beschließen sich die indischen Fürsten ausdrücklich das Recht vor, selbst alle geeigneten Schritte zur Wahrung ihrer Interessen zu unternehmen.“

Als Mahatma, Gandhis Eilbote, sich mit seinem berühmten Ultimatum an den Vizekönig auf der Straße nach Delhi befand, erbot sich gerade der Kammer der indischen Fürsten seine huldvollen Abschiedsgrüße. Und als „die große Seele“ ihren Vorwarsch des bürgerlichen Ungehorsams gegen die Salzgebiete des Gujaraat begann, waren die meisten indischen Fürsten bereits in ihre Staaten zurückgekehrt, von wo aus sie, umgeben von ihren Frauen, Konkubinen und Erbrüngen, umgeben von ihren englischen Privatsekretären und von Großbritannien politischen Agenten, mit aufmerksamsten Augen beobachteten, wie England auf die letzte Herausforderung Gandhis antwortete. England weiß, wie es seine wertvollen Bundesgenossen zu behandeln hat, unter denen sich Maharadschas befinden, deren Jahreseinkünfte in die Millionen Dollar gehen. Die englische Regierung überhäufte sie mit Auszeichnungen, beehrte sie mit Salutschüssen aus ihren Kanonen und hat ein Staatszeremoniell in Geltung gesetzt, gegen das die jahrelanggedauerten Traditionen europäischer Höfe formlos erliegen.

Es wird berichtet, daß sich einmal der Vizekönig mit seinem kleinen Hofstaat in den Thronsaal des Palastes von Delhi begab, um den Besuch eines mächtigen regierenden Fürsten zu erwarten. Die Hufeisen galoppierender Pferde waren zu hören. Ein Salutschuß nach dem anderen wurde abgefeuert. Aber kein Fürst betrat den Marmorfuß. Was war geschehen? Endlich hörte ein aufgeregter Adjutant in den Saal. Der erwartete Fürst hatte ein Anrecht, mit neunzehn Kanonenschüssen begrüßt zu werden. Eifervoll auf diese Ehrung bedacht, hatte er vor dem Palast innegehalten, um die Salutschüsse, die eine eigens aufgefahrene Batterie abfeuerte. Zu zählen. Es waren nur achtzehn! Der Fürst wartete noch eine ganze Minute. „Nur achtzehn“, sagte er dann zu seinem „Dewan“, einem weisheitsreichen Krieger, der hinter ihm stand. „Nur achtzehn“ bestätigte sein Minister. Der erregte Maharadscha machte sofort kehrt und die Hofwagen entfernten sich. Es mußten eilig diplomatische Schritte unternommen werden, um den Maharadscha zu überzeugen. Es stellte sich heraus, daß wohl neunzehn Salutschüsse vorgesehen worden waren, daß jedoch eine Kanone fehlerhaft gewesen war und den Dienst versagt hatte.

Bevor die Engländer die Pax Britannica in Indien proklamieren, war fast jeder Fürst mit jedem Nachbarn im Kriegszustand. Es ergaben sich Situationen, wie zum Beispiel auf der Halbinsel Katiawar (einem Lande von der Größe Irlands, das nichtsdestoweniger 180 Staaten umfaßt), daß die einzige ruhige Zeit im Jahre die war, wenn aus anderen Landes-teilen fremde Eroberer eindringen wollten und sich die feindlichen Regenten zu gemeinsamer Abwehr gegen den Eindringling notgedrungen vereinten. Die Geschichte, wie die Halbinsel Katiawar unter britische Herrschaft kam, ist kennzeichnend für die wirtschaftlichen Methoden der englischen Kolonialherrschaft. Der Beschau von Puna erhob von den Fürsten Katiawars einen jährlichen Tribut. Dann trat der Gaekwar von Baroda dem Beschau von Puna zur Seite und hob den Tribut mit ihm gemeinsam ein, indem er für seine Bemühungen einen erheblichen Zuschlagstribut berechnete. Schließlich traten von Bombay aus die Engländer in das Geschäft ein. Ein englischer Oberst mit einer kleinen, aus zusammengewürfelten Streitmacht stützte den tributpflichtigen Regenten einen Beschau ab; es wurde ein Uebereinkommen unter dem Tribut für immerwährende Zeiten zu entrichten, während der Gaekwar die Verpflichtung übernahm, den Engländern die Verwaltung und Einhebung des Tributes zu überlassen. Heute sind die Regenten von Katiawar gute Freunde der Regierung. Der Fürst des größten Staates von Katiawar ist Jam Sahab Sir Khatiwadi, bekannt in englischen Sportkreisen als vorzüglicher Cricketspieler. Er hat das Anrecht auf 15 Kanonenschüsse, ist eine Hauptstütze Englands in der Kammer der Fürsten und hat Indien mehr als je einmal in den Völkerversammlungen vertreten.

Die Beziehungen zwischen dem Vizekönig und den Fürsten Indiens gründeten sich teils auf Verträge, teils auf alte geerbte Gewohnheitsrechte, aber heute hat auch das Nützlichkeitsprinzip eine große Rolle gespielt, und über einem unbotmäßigen Fürsten steht das Damoklesschwert der Absetzung. Ein Fürst, der im Rufe der Tapferkeit stand, erhob im Jahre seinen Beschau. Ein anderer wurde überführt, seinen Unterleib verfallen zu haben, und ein dritter verlor über seine Untertanen in allzu beschuldiger Weise. Sie wurden entweder aufgefodert, abzu-

* Karl Crede ist der Verfasser des viel gespielten Stückes „§ 218“. (Aber Karl Crede ist ein bekannter Schriftsteller, der auch andere Werke geschrieben hat.)

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition, Kurze 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 6 und Friedländerstraße 105, Matthesplatz 155, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. Bezugspreis im voraus zu entrichten vierteljährlich 0,42 RM, + 3 Pf. Trägergeld. Einmalig 1,25 RM, + 35 Pf. Trägergeld, + 2,10 RM. Durch die Post einlegt. Verteilungsgebühren 2,40 RM.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 217 32, Redaktion 217 36
Postfach-Konto: Postfach-Nummer 11, Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau
Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Verleumdungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Klein-Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 2 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer werden bis normaler Tage 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze 4/6 oder in der Zweigstellen abgegeben werden.

Ausland eingekaufte Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

Der parteiische Spartakommissar

Um den Wehretat kümmert er sich nicht, desto mehr um den Sozialetat

Breslau, 1. Juni. (Eig. Bericht.)

Der Hauptauschuß des Reichstags befaßte sich am Sonnabend mit dem Haushalt des Rechnungshofes und des Reichsparlamentarismus.

Abg. Heintz (Soz.) hob hervor, daß die Tätigkeit des Rechnungshofes in den letzten Jahren eine total andere geworden sei. Dem Rechnungshof und dem Reichsparlamentarismus für seine Tätigkeit so viel Anerkennung und Lob gesendet worden, daß er dem im Augenblick kaum noch etwas hinzuzufügen habe. Er möchte jedoch einige Dinge erwähnen, die noch geändert werden könnten. Die Durchprüfung des Wehretats erfolge kaum mit der Intensität, die bei anderen Verwaltungen erstreblicher wäre. Daß die Haushaltsrechnungen jetzt viel schneller vorgelegt würden, sei dankbar zu begrüßen. Das erstrebenswerte Ziel sei, daß sie regelmäßig in 14 Tagen nach Schluß des Rechnungsjahres vorliegen. Die Funktionen des Spartakommissars seien sicherlich nicht einfach und sei daher um so notwendiger, daß er seine Werturteile abgibt, sondern nur sachliche Ergebnisse darlege. In der Denkschrift über das Finanzprogramm der Reichsregierung seien leider zum ersten Male Werturteile enthalten gewesen, und zwar gerade beim Sozialetat. Diese Urteile seien durch die Einmischung sofort überholt und hätten sich als falsch erwiesen. Die Durchprüfungen würden wenig nutzen, wenn die Ergebnisse nicht den entscheidenden Körperlichkeiten bekanntgegeben werden könnten. Er bitte daher um Annahme der dem Haushaltsauschuß vom Kom. überwiesenen Entschließung Heintz und um dessen nach der gutachtlichen Äußerungen über Fragen der Wehervirtschaft, Vereinfachung und Verbilgung, der Reichsverwaltung, die der Reichsparlamentarismus auf Erträgen der Reichsregierung oder von sich aus abgibt, mit der Stellungnahme der Reichsregierung dem Reichstag und dem Reichsrat zuzuleiten. — Abg. Dr. Herz (Soz.) führte aus, daß, soweit er gehört habe, für die Durchprüfung der Reichsanstalt für die Arbeitslosenversicherung ein besonderer Kom. unter der Person des Ministerialdirektors a. D. Bail bestellt worden sei. Herr Bail beziehe als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Schicht A. G. aus öffentlichen Mitteln 25 000 M. jährlich, dafür ruhe seine Beamtenspension für die Zeit dieser Tätigkeit. Für die Durchprüfung der Organisation der Reichsanstalt solle der Reichsparlamentarismus verantwortlich dem betreffenden Herrn Bezüge zu beschließen haben, die seine Bezüge auf 43 000 M.

pro Jahr steigern. Die Deffektivität erwarte mit Recht gerade vom Reichsparlamentarismus größte Sparbarkeit auch innerhalb seines eigenen Ressorts. Er bitte daher um Angabe, ob die ihm gemachten Mitteilungen richtig sind.

Reichsparlamentarismus Dr. Sacwisch erwidert, daß die Verhältnisse in diesem Falle rechtlich ganz klar seien. Ministerialdirektor Bail befinde sich im Ruhestande und habe Anspruch auf Pension. Für seine Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender seien ihm 25 000 M. jährlich zugesichert. Wenn Bezüge er wegen dieser Bezüge nicht. Herr Bail sei ihm von früher her als ein gerade wirtschaftlich besonders tüchtiger und erfahrener Mann bekannt. Für seine Betrauung mit der Durchprüfung der Reichsanstalt hätte es zwei Möglichkeiten gegeben. Entweder die Uebernahme als Beamter, die nicht in Frage gekommen sei, oder eine besondere Geldentschädigung. Als solche habe er 4000 M. pro Quartal für die schwierige Untersuchung für richtig befunden. Da die Arbeit in einem Quartal nicht zu bewältigen gewesen sei, seien noch die Gebühren für ein zweites Quartal hinzugekommen. Er glaube nicht, daß damit eine Ueberzahlung stattgefunden habe und könne versichern, daß der Appell an die Sparbarkeit in seinem eigenen Ressort bei ihm den größten Widerhall finde.

Auf die übrigen Bemerkungen der verschiedenen Redner eingehend, erklärte der Reichsparlamentarismus, daß das Ziel die Verschmelzung des Rechnungshofes mit dem Spartakommissariat sein müsse. Zunächst sei diese Verschmelzung aber nicht durchzuführen, denn die Tätigkeit des Rechnungshofes sei aufgebaut auf der Grundlage der Rechnungsprüfung, die des Spartakommissars auf der lebenden Verwaltung. Die gewünschte Uebernahme über die Zahl der von ihm erstatteten Gutachten und vorgenommenen Prüfungen würde er in jedem Augenblick vorlegen können. Daß die Prüfungen des Rechnungshofes in allen einzelnen Abteilungen nicht einheitlich seien, gebe er zu. Aber man dürfe nicht vergessen, daß eben alles doch im Werden sei. Den Beschwerden, daß der Rechnungshof keine Befugnisse dadurch überschreite, daß er sich um Dinge kümmere, die ihn nicht angehen, und sich in politische Entscheidungen hineinmische, müßte er jede Berechtigung abprechen. Die einzelnen Ressorts seien wohl öfters in dieser Hinsicht zu empfindlich. Auch bei der geringsten Prüfung des Sozialetats seien keine positiven Änderungsvorschläge gemacht worden, sondern nur in der denkbar vorsichtigsten Weise einige Anregungen gegeben worden, die aber gar nicht mehr aktuell seien. Die Durchprüfungen von Ländern und Kommunen halte er für sehr wünschenswert.

einer Beziehung und zwar an der antisemitischen Verzierung des Sodets etwas auszusetzen. Die Urteilsbegründung benutzte die Argumente des Nationalsozialisten Dr. Göbbels in einer Weise, daß man annehmen muß, es identifiziere sich teilweise mit ihm. Worin wie „durchaus einwandfrei“, „nicht zu beanstanden“ und ähnliche Formulierungen laufen fast auf eine Glorifizierung des Angeklagten hinaus. Einmal unterläuft dem Vorsitzenden ein Lapfus, er spricht von einer „jüdischen Presse“. Die intensive Beschäftigung mit dem Delikt des Herrn Göbbels scheint diesen Richter injiziert zu haben. Die ungewöhnlich milde Strafe, gegen die der Staatsanwalt Berufung einlegen wird, klingt fast wie ein Freibrief für ähnliche journalistische Erzeugnisse. Denn nach diesem Urteil, das im Grunde auf einen verlaufener Freispruch hinausläuft, scheint nunmehr auch Hindenburg vogelfrei zu sein.

A. K. Wir können diesen Ausgang der Verhandlung gegen den nationalsozialistischen Hecker nicht nur mit Entrüstung aufnehmen, sondern wir können uns nicht helfen, der Fall amüsiert uns auch. Die Entrüstung über dieses Parteiturteil eines politisch voreingenommenen und bis zur Unfähigkeit, überhaupt zu urteilen, durch politische Leidenschaft geblendeten Gerichts noch besonders auszudrücken, lohnt bei der Häufigkeit der Fälle in Deutschland kaum noch. Dieser Fall ist ja nicht ein Einzelfall, sondern nur ein Beispiel für die politische Parteilichkeit der deutschen Justiz unter vielen. Aber es ist doch amüsiert, daß es nun auch der Heros der Kreise, die stets das Vorhandensein der Vertrauenskrise der Justiz mit Empörung geäußert haben, die mit mehr Frechheit als Ehrlichkeit und Sachlichkeit der vernichtenden Justizkritik der Sozialdemokratie entgegengetreten sind, ohne freilich den von der Sozialdemokratie angeführten erdrückenden Tatsachen etwas Sachliches entgegenhalten zu können, auch er sich selbst erleben muß, daß seine Ehre ungeküßt bleibt, daß ein deutsches Gericht ihn in bornierter politischer Engstirnigkeit und parteipolitischer Gehässigkeit den Ehrenschutz verjagt, daß nun auch der Heros aller sogenannten nationalen Deutschen sich neben Ehret gestellt sieht, daß auch er, wie schon früher der bürgerliche Reichskanzler Dr. Marx, zu der Erkenntnis kommen muß, daß derjenige, der es gewissen nationalsozialistischen Heckern und Stänkern in Deutschland nicht recht macht, vor deutschen Gerichten keinen Schutz findet für seine gekränkte Ehre. Da sitzen nun alle die heuchlerischen Abgeordneten, Freisleute, Richter und Staatsanwälte, die stets mit vor Entrüstung bebender Stimme das Vorhandensein einer politischen Parteijustiz in Deutschland geäußert haben, mit tief betroffenen Mienen und müssen sehen, daß die Vertrauenskrise der Justiz doch vorhanden und sogar allzu begründet ist. Das ist für uns ein glückliches Ereignis, denn vielleicht wird es doch einige heilsame Wirkungen haben. So erfüllt uns doch gerade dieser Urteilspruch, so sehr wir uns seiner als Deutsche sowohl, als auch als Verfechter der Idee der Gerechtigkeit aufs tiefste schämen, mit Hoffnung für die Zukunft. Hier hat sich die Parteijustiz selbst überlagert und sie hat sich dadurch selbst die schwerste Niederlage beigebracht. Vielleicht werden nun doch auch die ruhigen, Vernünftigen und Ehrlichen unter den deutschen Richtern einsehen, daß es so nicht weitergehen kann, daß die deutsche Justiz geküßt ist, geküßt durch Vertreter der Justiz selbst.

Die Aufwärtsentwicklung der SPD.

Die Aufwärtsentwicklung der Sozialdemokratischen Partei hielt trotz der großen Arbeitslosigkeit auch im ersten Quartal dieses Jahres in erfreulicher Weise an. In der Werbewoche des vergangenen Jahres war die Mitgliederzahl auf über eine Million gestiegen. Im 1. Quartal 1930 gewann die Sozialdemokratie weitere 10 242 Mitglieder; sie zählte am 31. März 1930 1 192 119 organisierte Männer und Frauen. Berlin hat an dieser Aufwärtsentwicklung mit 2433 Zunahmen den stärksten Anteil.

Der Sozialdemokratie gehören zurzeit an 311 108 männliche und 221 011 weibliche Mitglieder. Die räumliche Ausbreitung der Partei zeigt sich auch in der stetigen Zunahme der Ortsvereine, deren Zahl um 192 stieg und damit insgesamt 9736 am Quartalschluß betrug.

Die rege Agitation in den zurzeit stattfindenden Frauenwerbewochen läßt für die Zukunft insbesondere einen erheblichen Zuwachs an weiblichen Mitgliedern erwarten.

Weitere Untersuchungen in Neuböfen notwendig

Auslassung der deutsch-polnischen Untersuchungskommission. (Gegener Drohbrief.) Die gewählte deutsche-polnische Kommission zur Untersuchung des Grenzschiffes in Neuböfen gibt folgenden Befand: Nachdem die Untersuchung des Grenzschiffes in Neuböfen ausgeführt wurde, wurde die deutsch-polnische Kommission heute eine Reihe von Fragen in Bezug auf den Vorfall in Neuböfen beantwortet. Die Kommission hat festgestellt, daß die Untersuchung der Angelegenheit in Neuböfen notwendig ist. Die Kommission hat beschlossen, die Untersuchung der Angelegenheit am Dienstag, den 3. Juni, mittags 12 Uhr, zu vertagen.

„Lebt Hindenburg noch?“

Göbbels spielt sich auf — Die Beleidigungsklage des Reichspräsidenten

Ein skandalöses Urteil

Der Berliner Gauleiter der nationalsozialistischen Arbeiterpartei und Herausgeber des Wochenblattes „Der Angriff“, Josef Göbbels, wurde am Sonnabend vor dem erweiterten Schöffengericht Berlin-Charlottenburg wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Hindenburg zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf neun Monate Gefängnis.

Im „Angriff“ des Herrn Göbbels war Ende Dezember 1929 ein Artikel unter der Überschrift „Lebt Hindenburg noch?“ erschienen, in dem Hindenburg vorgeworfen wurde, daß er bei der Kränkung über die Stellungnahme zum Youngplan seinen jüdischen und marxistischen Einflüssen zum Opfer gefallen sei. In derselben Nummer des Blattes fand sich eine Karikatur, die Hindenburg als alter Mann zeigte. Zu seiner Rechten und Linken hockten Kängurus, die Ballonmützen trugen, während sich seine Hände auf einen Sockel lehnten, der durch eine wüste antisemitische Frage verzerrt war. Diese geschnittenen Karikatur war intriniert worden. Schon am frühen Vormittag sammelt sich vor dem Gerichtshaus eine größere Schaar Nationalsozialisten, zum Teil in Uniform, die dem Prozeß ihres Führers beizuwohnen beabsichtigen. In verhältnismäßig kleiner Verhandlungssaal ist im Nu überfüllt, worauf die Nationalsozialisten nach erprobter Kommandierart für zum Zuschauerraum aufbrechen, wobei sie den amtierenden Polizeiwachmeister mit vereinter Kraft zur Seite werfen. Die Verhandlung gelangt aber nur im Anfang. Die schnell zu Hilfe eilenden Beamten drängen die Eindringlinge mit Gewalt aus dem Saal. Um 9 Uhr fährt Herr Josef Göbbels in einem eleganten Auto an, begleitet von seinem Verteidiger, Graf von der Goltz. Die Anhänger des Salenkraus-Hauptlings brechen in härmische Schreie aus. Im Verhandlungszimmer sind Vertreter der Reichsregierung und des Büros des Reichspräsidenten anwesend. Die Verhandlung beginnt mit einem sehr dramatischen Auftakt. Herr von der Goltz erhebt sich mit majestätischer Gestalt und beantragt die Ablehnung eines Berufs- und eines Latenzurteils wegen Befangenheit, da die Herren jüdischer Rasse seien. Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück, die sich über anderthalb Stunden ausdehnt und schließlich schließlich die Ablehnung des Antrages der Verteidigung. Nunmehr erhält Herr Josef Göbbels das Wort; er macht von dieser Möglichkeit eine politische Propaganda im Gerichtssaal zu halten, ausgiebigen Gebrauch. Er spricht in piano und fortissimo, mal elegant, mal sentimental, mal anklagend. So handhabt er alle Register schau-

spielerender Rhetorik annähernd anderthalb Stunden, wobei er nur in den Fehler verfällt, sich bei den markantesten nationalsozialistischen Grundsätzen häufig zu wiederholen. Wenn Göbbels spricht, entfällt ihm dem interessierten Beobachter ein Lächeln, das alles andere als germanisch erscheint. Ein schmächtiger, sehr oft erregt gestikulierender Herr mit einer merkwürdig verkrampften Stirn und fanatischen dunklen Augen, denen er manchmal etwas wie einen friderizianischen Glanz zu geben versucht. Aber die preussischen Mäuren stehen ihm sehr schlecht, denn der gute Göbbels sieht wirklich wie ein nicht ganz entwickelter Abklieger der jüdischen Konfektion aus. Da kann man schon verstehen, daß ihn Spötter gern „Goebbles“ nennen ...

Nach dieser Lobeshymne des Helden Göbbels auf sich selbst, erhebt sich der Oberstaatsanwalt Sethe und stellt sachlich fest, daß der Angriff des Herrn Göbbels auf den Reichspräsidenten in denkbar perfidester Form gehalten sei und von einer Gehässigkeit wäre, die der Ausdruck ausgesprochener Kränkung sei. Die Absicht, den Reichspräsidenten aufs Schwerste zu kränken, sei ganz unverkennbar. Das Vorgehen des Dr. Göbbels müßte als die schwerste Verletzung des nationalen Anstandes bezeichnet werden, die man sich denken könne. Er beantragte daher in Anbetracht der besonderen Niedrigkeit und Schwere der Beleidigung eine Gefängnisstrafe von neun Monaten, Vernichtung der noch vorhandenen Exemplare der intrinierten Nummer des „Angriff“ und der Plakate sowie Publikation des Urteils in allen maßgebenden deutschen Parteizeitungen von rechts bis links.

Als sich nunmehr das Gericht zur Beratung zurückzieht, kommt es auf dem Korridor zu skandalösen Szenen. Ein Rudel von etwa 80 Nationalsozialisten hält den Ausgang besetzt, selbst herausgehende Journalisten, die ihnen Juden zu sein schienen, in ungläubiger Weise an und bricht bei Erscheinen des Angeklagten in tobende Heulrufe aus. In theatralischer Weise wird ein Blumenstrauß überreicht. Auf der Straße läßt sich Göbbels in seinem eleganten Wagen von drei Seiten flüchten. Das Schauspiel ist so beschämend, daß selbst die Anhänger des nationalsozialistischen Führers ihr Erstaunen über so viel Kränkung ausdrücken.

Gegen 15 Uhr verammelt sich das Gericht nach dreistündiger Beratung. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Schartz, verkündet ein Urteil, das bei den Zuhörern wachsendes Erstaunen auslöst. Der Vorsitzende bezeichnet den intrinierten Artikel nicht nur als durchaus sachlich, auch an der Karikatur hat er nur in

Eine neue Partei in U. S. A.

Die Antikommunisten sammeln sich

Die Jahresversammlung der League for Independent Political Action (Liga für Unabhängige Politische Aktion), die von zahlreichen Delegierten aus allen Kontinenten besucht war, beschloß einstimmig die Gründung einer neuen Partei. Aufgabe der neuen Partei soll in erster Linie die wirtschaftliche und soziale Interessenvertretung der Massen gegenüber dem immer brutaler werdenden Kapitalismus des amerikanischen Kapitalismus sein. Außerdem fordert die Partei, die sich, ohne irgendwelche Bindung an ein Weltanbahnungsprogramm, eine möglichst große politische Selbstbestimmtheit vorbehalten will, eine starke Kontrolle der Industrien durch den Staat und soziale Schutzmaßnahmen für die arbeitende Bevölkerung.

Der Vorsitz der Tagung führte der bekannte amerikanische Liberaler, Professor John Dewey, heute die größte amerikanische Autorität auf dem Gebiet des Erziehungswesens.

Preußen plant Vorgehen gegen das politische Rowdystum

Die preussische Staatsregierung wird sich in den nächsten Tagen mit Vorschlägen des preussischen Innenministers zur Vermeidung der fast tagtäglich zu verzeichnenden blutigen Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten beschäftigen. Im preussischen Innenministerium wird die Auffassung vertreten, daß die von dem Reichsinnenminister in Aussicht genommene Einschränkung des Verkaufs von Fuch- und Stichelwaffen, so anerkanntwert sie auch ist, den blutigen Auseinandersetzungen zwischen rechts- und linksradikalen Elementen keineswegs endgültig Einhalt zu gebieten vermag und die Länder von sich aus weitergehende Maßnahmen ergreifen müssen. Man steht deshalb im Begriff, das nicht länger zu ertragende Uebel der täglichen Schlägereien an der Wurzel zu fassen. Das kann unseres Erachtens nur geschehen, indem man den organisierten Verbänden endlich den Garaus macht.

Wieder ein Uebertritt zur SPD.

eines kommunistischen Führers

Der Zwickauer Parteisekretär der KPD, und Stadtrat Paul Nischwitz hat seinen Austritt aus der KPD und seinen Uebertritt zur Sozialdemokratischen Partei erklärt.

Dieser Schritt bedeutet für die erzgebirgisch-vogtländische Arbeiterpartei eine Sensation, da Nischwitz der parteiamtliche Führer des Zwickau-Plauener KPD-Bezirktes war. Nischwitz stammt aus Chemnitz. Er gehörte dort vor dem Kriege der Sozialdemokratie an, beteiligte sich später an der Gründung von Spartakusbund und KPD, und war bis 1927 als führender Funktionär der KPD in Chemnitz tätig. Dann wurde er nach Zwickau versetzt an Stelle des damals ebenfalls aus der KPD ausgestretenen Parteisekretärs Bauer. Die dreijährige Tätigkeit hat Nischwitz, dessen Frau jährliche Landtagsabgeordnete der KPD war, zu der Ueberzeugung gebracht, daß die Arbeit innerhalb der KPD aussichtslos ist. Er ist unter den ständigen, innerparteilichen Auseinandersetzungen, dem ununterbrochenen Parolenwechsel und der aufreibenden und dennoch nutzlosen Arbeit völlig zusammengebrochen und erklärt in einem Brief an die Zwickauer und Chemnitzer Bezirksleitung der SPD, daß er die Konsequenzen ziehe und um Wiederaufnahme in die Sozialdemokratie bitte. Für die KPD dürfte der Austritt Nischwitz völlig überraschend kommen, da er dieser Tage noch als Redner für die bevorstehenden Veranstaltungen angekündigt war.

Die Räumung schreitet fort

Mit dem Ablauf des 31. Mai sind, entsprechend einer Anordnung des französischen Oberkommissars, die Garnisonen in Zweibrücken, Germersheim, Speyer, Ludwigshafen, Worms und Bingen geräumt worden. Die Belagerung der Garnisonen von Neustadt, Mainz, Trier und Landau wurde vermindert.

In der Zeit vom 1. bis zum 17. Juni wird das Gros der Garnisonen von Mainz, Trier, Landau, Kehl und Kaiserslautern zurückgezogen. Nach dem 17. Juni werden sich nur noch

Der sozialistische Gewerkschaftsführer James Maurer war als führender Vertreter der amerikanischen sozialistischen Arbeiterpartei einer der Hauptredner. Seine Ausführungen fanden außerordentliches Interesse und lebhaften Beifall. Maurer warnte vor der Auflösung der American Federation of Labor, die glaubt, daß eine aktive politische Beteiligung der amerikanischen Arbeiterpartei im Schoße der republikanischen und demokratischen Parteien die beste Gewähr für eine Förderung der Interessen des Proletariats gibt. Die beiden fröhlichbürgerlichen Parteien hätten bei Wahlen zwar stets weitgehende Versprechungen gemacht, es aber dabei bewenden lassen. Trotz der wachsenden Schwierigkeiten auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt würde von den Behörden und den bürgerlichen Politikern nichts Durchgreifendes gegen die Arbeitslosigkeit unternommen. Vorstellungen der Arbeiterpartei würden mit vagen Beruhigungspfeifen der amtlichen Stellen abgetan.

Nachhuten und Abwiesungsabteilungen im besetzten Gebiet beladen. Die endgültige Räumung von Trier, Landau und Neustadt wird nach Mittellungen des französischen Oberkommissars am 27. Juni erfolgen. Aus Kehl werden die letzten französischen Truppen und Gendarmen am 28. Juni zurückgezogen werden. Mit dem Abzug der Ehrenwachen aus Mainz und Wiesbaden, der am 30. Juni erfolgen wird, wird der Räumungsplan restlos durchgeführt und das ehemals besetzte Gebiet völlig befreit sein.

Eine Kulturhande

Ein würdiger Vertreter des Christentums

Wir haben über den Prozeß gegen den Amtsvorsteher Franzel (Wirtschaftspartei) ausführlich berichtet, haben auch bereits zu dem unglaublichen Festurteil des Potsdamer Schöffengerichts gesagt, was zu sagen war. Aber es muß noch einmal eines „Mitwirkenden“, der bei dieser lästigen Menschenjagd sich besonders hervorgetan hat, besonders gedacht werden, nämlich des Pfarrers Schenk. Auf ihn fällt die Hauptverantwortung für dies ganze ungeheuerliche, ekelhafte, widerliche Schauspiel zurück. Er hat die Kinder gegen den Vater gehetzt, er hat die Anzeige auf Grund der Phantastik hysterischer und psychisch kranker junger Mädchen leichtfertig erlassen, deshalb trifft auf ihn voll die nachstehende Würdigung zu, die wir in unserem Dörsener Bruderblatt, dem „Volkswort für Anhalt“, finden und die folgendermaßen lautet:

Dem erschütternden Bericht aus Potsdam, dieser Stätte der neuesten deutschen und christlichen Kulturhande, ist wenig hinzuzufügen. Wer erinnert sich bei dieser unbeschreiblichen Pfarrerfigur nicht der mittelalterlichen Inquisitoren, die trante Frauen, weil sie krank waren, verbrennen ließen? Unterscheidet sich dieser Pfarrer, der eine so unvergeßliche Illustration zu der mehrheitlich christlichen Auffassung des Begriffes „Nächstenliebe“ gegeben hat, von irgendeinem der mittelalterlichen Gewaltmenschen, die je den Namen des Christentums in Blut und Tränen tauchten? Wahrhaftig, wenn jemals ein Christ uns Gegnern dieser Kirche die Waffen für den geistlichen Kampf wider sie in die Hand drückte, dann tat es dieser christliche Pfarrer Schenk, der ein Kind, ein arnomaales Kind systematisch dem Elternhaus entfremdete und diese Familie zerstörte! Wem graut nicht vor dieser muffigen, mit Haß und übelstem Pharisäertum erfüllten Kleinstadtatmosphäre, in der 87 bigotte Damen, ein christlicher Pfarrer und seine Frau eine solche Menschenjagd betreiben, alles im Zeichen dessen, der doch nach christlicher Lehre für alle Sünden der Menschen sein Leben hingeben hat? Wer soll bei solchen Pfarrern, die statt Nächstenliebe Haß, statt Familienhilfe Familienzerstörung, statt Vergebung Rache betreiben, wer soll um alles in der Welt bei solchen Pfarrern der christlichen Kirche auch nur noch ein Wort von ihrer Liebeslehre glauben? Nein, wir glauben nicht an eine Kirche, die derartige Pfarrer amtiert läßt. Gewiß, es gibt auch andere. Aber wo steht die überwiegende Mehrzahl der Pfarrer? Rechts, in den Reihen derer, die das fünfte Gebot jahrelang außer Gültigkeit gesetzt haben und beim nächsten Massenmord wieder zu sehen bereit sind; rechts, wo, wie im Mittelalter, die besten Ergebnisse der medizinischen Forschung als Teufelswerk angesehen werden.

Das ist die „christliche“ Atmosphäre von Potsdam, das ist die Luft, in der die Menschenjagd auf den Nächsten betrieben wird, in der sich 87 christliche Damen, nämlich Vorstand und Mitglieder der „Evangelischen Frauenhilfe“ mit dem christlichen Menschenjäger einverstanden erklären. Alles im Zeichen der Nächstenliebe, der Bergpredigt, der Kirche, in deren Farnel mehr Freude ist über einen reuigen Sünder als über die 99 Gerechten, d. h. die Damen und den Pfarrer! Und die Justiz? Reden wir nicht davon!

Stadtrat Busch gestorben

Der ehemalige Berliner Stadtrat Paul Busch, der im Mittelpunkt der Berliner Grundbesitzstande stand, ist am Sonntag nachmittag im Alter von 66 Jahren gestorben. Der Tod kam der breiten Öffentlichkeit unerwartet, während die nächsten Angehörigen des Patienten schon vor mehreren Tagen auf den hoffnungslosen Zustand Buschs aufmerksam gemacht worden waren.

Busch ist seit Monaten an einem schweren Darmleiden, das die behandelnden Ärzte im vergangenen Jahre zu einer Operation veranlaßte. Der Patient verbrachte nach erfolgloser Heilung einige Wochen in Lugano. Während seines dortigen Aufenthaltes kamen die ersten Nachrichten über seine Besessungen. Er kehrte nach Deutschland zurück, wo die Wogen der Erregung den Gipfel erreichten. Sein Zustand schien sich äußerlich gebessert zu haben, trotzdem trug er den Keim des Todes in sich. In den Folgen einer allgemeinen Nieren-Entzündung ist Busch schließlich gestorben. Er war nach Ansicht der Ärzte schon seit etwa vier Wochen nicht mehr voll zur rechnerischen Tätigkeit und in den letzten Tagen fast völlig ohne Bewußtsein. In den letzten 48 Stunden dürfte er, wie die Ärzte mitteilten, überhaupt nicht mehr gelitten haben.

Der Tod Buschs trat in einem Augenblick ein, in dem das Verfahren der Staatsanwaltschaft gegen ihn eine entscheidende Wendung zum Schlimmen anzunehmen drohte. Inwiefern die Vernehmungen der Behörde das Ende Buschs beschleunigt haben, läßt sich natürlich kaum feststellen. Die Nieren-Entzündung, an deren Folgen Busch schließlich gestorben ist, war nach den Mitteilungen der behandelnden Ärzte operativ nicht mehr zu beheben und mußte infolgedessen unweigerlich zum Tode führen.

Ein politischer Danzwurst erlebte

Der „Hannoversche Kurier“ hat in letzter Zeit immer wieder den Eindruck zu erwecken versucht, als ob die Deutsche Volkspartei in Hannover aus Verärgerung über die Amtsenthebung der drei hannoverschen Landräte durch die preussische Regierung mit den Weisen eine gemeinliche Sache zu machen beabsichtige. Der Reichstagsführer der Deutschen Volkspartei ist von dieser eigenmächtigen Politik des „Hannoverschen Kurier“ schon vor Wochen abgerückt. Das Gleiche geschah am Freitag in einer Funktionärerversammlung des Ortsvereins Hannover der Deutschen Volkspartei. In dieser Versammlung ging es heiß her.

Wie der sozialdemokratische „Volkswille“ dazu mitteilen weiß, kam im Verlauf der Tagung immer wieder zum Ausdruck, daß die volksparteilichen Mitglieder und Wähler nicht daran denken, auf den Pfiff des Ortsgruppenvorsitzenden Dr. Jänike zu dessen Ruhm in die von dem „Hannoverschen Kurier“ propagierte Donquichoterie einzuschwenken. Immer wieder habe man hören können, daß die Reichsreform und der von der Deutschen Volkspartei erstrebte Einheitsstaat nur auf dem Wege einer großen, einheitlichen gesamten deutschen Volksbewegung in dem Bunde mit der SPD durchgeführt werden dürfe und müsse. Geradezu verblüffend aber sei die Einseitigkeit gewesen, mit der von allen Seiten anerkannt worden sei, wie sehr die preussische Regierung aus staatspolitischen Gründen zur Entlassung der drei Landräte berechtigt gewesen wäre. Eine weitere Ueberreizung des Abends sei die unwiderstehliche und oft wiederholte Forderung nach dem Austritt des Vorsitzenden des Ortsvereins Hannover der Deutschen Volkspartei Dr. Jänike gewesen.

Weimar bleibt störrisch

Thüringen will gegen Wirth den Staatsgerichtshof anrufen. In einer amtlichen Verlautbarung stellte der thüringische Staatsminister Baum fest, daß die zwischen dem Reich und den Ländern vereinbarten Grundsätze über die Gewährung des unpolitischen Charakters der Schutzpolizei durch die Ernennung nationalsozialistischer Polizeidirektoren nicht verletzt sei. Es bestehe kein Anlaß, daran zu zweifeln, daß die neu ernannten Polizeidirektoren, die vom Reich beauftragt werden, ihr Amt unparteiisch verwalteten würden. Die Beamten hätten den Eid auf die Reichsverfassung abgelegt. Ein Recht der Reichsregierung zur Sperrung der Polizeizuschüsse an Thüringen bestehe nicht. Falls die Zuschüsse trotzdem gesperrt würden, werde Thüringen den Staatsgerichtshof anrufen. Insofern läuft die amtliche Erklärung der thüringischen Regierung auf eine neue Absage an den Reichsinnenminister hinaus.

Wirth hatte von der thüringischen Regierung einen Bericht auf die in Aussicht genommene Ernennung von Nationalsozialisten zu Polizeidirektoren gefordert. Die Verlautbarung der thüringischen Regierung läßt keinen Zweifel darüber, daß sie nicht beabsichtigt, der Forderung des Reichsinnenministers zu entsprechen.

Genosse de Brouckere 60 Jahre alt

Die belgische Arbeiterpartei feiert am Sonntagabend den 60. Geburtstag eines ihrer hervorragendsten und beliebtesten Führers, des Senators Louis de Brouckere. Die Arbeiter-Internationale ließ durch ihren Sekretär Fritz Adler herzliche Glückwünsche übermitteln.

Giganten der Landstraße

Ein Rennfahrer-Roman von André Reuze
Autorisierte Uebersetzung von Fred A. Angermayer
Copyright by Büchergilde Gutenberg Berlin

44) [Nachdruck verboten]

Nun regnete es, und der ganze Himmel war mit grauem Gemüll bedeckt. Mißgestimmt hatten die Fahrer ihre Gummipelerinen umgelegt. Auf dem Waldbier versankten die Straßen in einem Rinnsee. Als die ersten Fahrer die Steigung nehmen wollten, mußten sie sofort wieder von den Rädern absteigen, da die Maschinen in diesem Schlamm keinen Zentimeter zu rollen vermochten. Es war nun das reinste Querscheitern. Während es den Autos nach vielen fruchtlosen Versuchen allmählich gelang, die schwere Steigung anzufahren, mußten sich die Menschen im strömenden Regen mühselig den Weg bahnen. Sie hoben ihre Räder vor sich her, wälzten oft durch diese Wasserpfützen und verschwanden langsam hinter den tiefliegenden Wäldern, aus denen das riesige Schneemassiv des Berggipfels herausragte.

Nach vielen nutzlosen Versuchen, und nachdem er bereits dabei war, diesen den weiten Umweg über Grenoble zu riskieren, war es Bouff endlich gelungen, die steile Steigung emporzukommen. Langsam, trotz des Auto über den schmalen Felsboden, den zahllose Wasserlöcher durchschnitten, bezog sich Bouff gegen die Wogen der Regen. Obwohl Regenelle und Mainguy in jedem Gebüsch waren und Regenkapuzen trugen, starrten sie vor Räude.

„Wahrscheinlich werden wir heute von den Leuten wenig sehen“, rief Bouff dem Fahrer zu. „Dafür werden wir aber Sport erleben!“

Mainguy schaute nach den Fahrern aus und schüttelte den Kopf. „Ich bin noch nicht einmal auf dem Gipfel, und schon sind die Leute weg. Das ist ein Schicksal, das man nicht ändern kann.“

„Da kommen ja endlich die Touristen“, rief Mainguy. „Ach, diese armen Teufel!“

Sie sahen wirklich demitleidenswert aus. In diesen Klumpen hing Schmutz an ihren Schuhen. Sie kamen nur ganz langsam vorwärts und leuchteten doch den Berg hinauf, als wären sie vor irgendeiner Invasion. Distribué Amadee sah wie eine Leiche aus. Croimans konnte seine Beine kaum mehr bewegen. Die anderen ächzten und stöhnten und suchten hinter dem Nebelvorhang den Gipfel des Berges, der sie zu fliehen schien.

Jetzt war der Weg so eng und gefährlich, daß kein Chauffeur aus Ueberholungen denken konnte. Wie ein Leichenzug fuhren alle Wagen hintereinander. Nachdem sie eine Stunde emporgelattert waren, durchfahren sie endlich den steinsternen Tunnel. Hier war eisglatter Boden, und Grabestühle legte sich einem feucht um die Schultern. Als sie dann bergab fuhren, lauerten neue Gefahren auf Schritt und Tritt. Der ganze Nebel verdrängte die zahlreichen Kurven.

Die Autos rutschten über geschmolzenen Schnee. Kein Schuttländer erhob sich am Bergande. Von den Fahrern, die bereits bergab ins graue Unbekannte rasteten, war nichts mehr zu sehen. Ab und zu tauchten, mit der Geschwindigkeit eines Spurts, niedrige Hüler auf und wurden ebenso schnell wieder vom Nebel verschluckt.

„Wir werden auch vom schönen Maurlenne-Banorama nichts sehen, ebensoviele vom Montblanc, der gerade von hier aus wunderbar aufzuwachen ist!“, jagte Ravanelle. „Fahren Sie bloß langsam, Bouff, ganz langsam, wir kommen schon wieder in einen Tunnel!“

Der Nebel war inzwischen so dicht geworden, daß vom Wege fast nichts mehr zu sehen war. Ein Gefühl der Unsicherheit legte sich auf alle Gemüter. Unschätzbare niederbräunende Gestirnsbilder trugen durch ihr trügerisches Capillär zur Einseitigkeit des Fahrens bei.

„In der Kontrolle von Saint-Michel-Maurlenne erfahren Sie, daß drei Mann mit einem Kofferpaar von fünf Minuten an der Spitze lagern: Bouarre, Ralotte und Mirrolle.“

„Der arme Chevillard hat nichts zu lachen!“, jagte Ravanelle. „Sagte ich im Winter für ganz barte Leute wie Bouarre oder Mirrolle. Die nehmen es mit der Kette noch am ehesten auf!“

Schon sehr an ihre Stihart oder an ihren Tritt gewöhnt sein, um im Vorbeifahren zu erkennen, daß dort Capisson, dort Grivel und dort Croimans lurkerten.

Als sich der Nebel etwas zu lichten begann, fing das Wasser erst richtig an zu krömen und kam nicht nur von oben, sondern auch vom Boden und von den Seiten. Ab und zu donnerten Wasserfälle mit solchem Getöse nieder, daß man an ein Erdbeben denken mußte.

Mainguy rief ganz unvermittelt aus: „Würde man glauben, daß wir einem Radrennen beimohnen, das eigentlich zur Unterhaltung des Publikums dienen soll? Das ist doch schauderhaft!“

„Noch mehr, wenn man daran denkt, daß der Sieger dieser Etappe 1200 Franken verdient! Bei den Touristen bekommt der Erste nur 200 Franken!“

„Die richtige Menschenhinderung!“, rief Mainguy hervor. „Wenn der Wagen einmal ein Dörschen durchfährt, spitzeln die Räder den gelben Schlammsturz bis an die Hausmauern, und die Bauern schlagen ein Kreuz und nannten in ihre Stuben.“

Ein abgefallener Berufsfahrer qualte sich allein auf der Chaussee. Es war Samba-Talorc. Er klapperte mit den Zähnen und sagte:

„Ich habe Hunger!“
„Hast du denn nichts mehr im Brotkasten?“ fragte Bouff.
„Doch, aber ich kann weder die heißen Ernte noch die erfrorenen Finger mehr bewegen. Ich bin erledigt!“

Seine sonst immer so lustigen Augen drückten Bitterkeit aus. Mainguy dachte daran, wie er in der glühenden Crau im über Tempa dahinkam und alle Gegner abschüttelte, da er weder die Hitze noch den Durst fürchtete. Wie doch die Straße früher oder später jeden einmal umwarf!

„Ich kann nicht mehr!“, rief Mainguy. „Kusselstollen!“
„Kusselstollen, Allet!... Du wirst doch lebst, wo das Härteste überhanden ist, nicht den Mut verlieren!“, jagte Ravanelle. „Warte, bis der Wagen von Balu vorbei ist, dann kriegt du noch uns zu trinken!“

„Doch es hatte den Anschein, als ob Balu und Muslas etwas gemerkt hätten. Es war unglaublich, daß der Geringfügiger noch weiter lurchten. Vor einer halben Meile lag er ab und wankte hin und her. Schon machte auch Balu halt. Da fuhr Bouff, moht aber über, weiter.“

(Vorsiehung folgt.)

Aus der Umgebung

Wenigste Mütterberatungsstunden im Landkreis Breslau

Albrechtstorf (Co. Schule): Montag, den 29. Juni, von 12 bis 18 Uhr. **Breslau (Turnhalle):** Donnerstag, den 12. und 20. Juni, von 17 bis 18 Uhr. **Gaiswih (Co. Schule):** Montag, den 2. Juni, von 12 bis 18 Uhr. **Herrmannsdorf (Co. Gemeindehaus):** Dienstag, den 10. Juni, von 18,30 bis 14,30 Uhr. **Kalkern (bei Dr. Spaeth):** Donnerstag, den 3. Juni, von 11 bis 12 Uhr. **Krausentraf (Kath. Schwesternstation):** Dienstag, den 24. Juni, von 12 bis 18 Uhr. **Kobrowitz (bei Dr. Laß):** Dienstag, den 8. Juni, von 12 bis 18 Uhr. **Krausentraf (Kath. Schwesternstation):** Dienstag, den 14. Juni, von 12 bis 18 Uhr. **Groß Mochern (Gemeindehaus):** Donnerstag, den 12. Juni, von 16 bis 17 Uhr. **Groß Mochern (Lehrerwohnung):** Montag, den 18. Juni, von 11 bis 12 Uhr. **Dittschin (Kath. Schwesternstation):** Montag, den 2. Juni, von 14 bis 15 Uhr. **Kobrowitz (Co. Kleinlinderschule):** Montag, den 29. Juni, von 12,30 bis 13,30 Uhr. **Kobrowitz (Kleinlinderschule):** Donnerstag, den 10. Juni, von 12 bis 13 Uhr. **Schlana (Kleinlinderschule):** Donnerstag, den 20. Juni, von 11 bis 12 Uhr. **Schmalz (bei Dr. Herrmann):** Dienstag, den 24. Juni, von 11 bis 12 Uhr. **Schmalz (bei Gastwirt Schunke):** Donnerstag, den 5. Juni, von 12 bis 13 Uhr. **Schmalz (Schule):** Donnerstag, den 5. Juni, von 12,30 bis 13,30 Uhr. **Schmalz (Schule):** Dienstag, den 3. Juni, von 12 bis 14 Uhr. **Steine (bei Dr. Korn):** Montag, den 18. Juni, von 14 bis 15 Uhr. **Tschowitz (Co. Schule):** Mittwoch, den 4. Juni, von 11,30 bis 12,30 Uhr. **Tschirne (bei Dr. Klose):** Dienstag, den 17. Juni, von 15 bis 16 Uhr. **Wangern (Kath. Spielerschule):** Donnerstag, den 19. Juni, von 12 bis 13 Uhr. **Wasserjentsch (bei Frau Teubner-Wasserjentsch):** Dienstag, den 10. Juni, von 12 bis 13 Uhr. **Wilschau (Co. Schule):** Donnerstag, den 6. Juni, von 15,30 bis 16,30 Uhr. **Wirmitz (Co. Schule):** Donnerstag, den 26. Juni, von 14 bis 15 Uhr. **Weidenhof (Kath. Schule):** Dienstag, den 17. Juni, von 15 bis 16 Uhr. **Wolgwitz (Kath. Schule):** Donnerstag, den 12. Juni, von 12,30 bis 13,30 Uhr.

Die Maul- und Klauenseuche

Im Landkreis Breslau ist unter dem Viehbestande der Witwe Magdalena Wenig in Gaiswih, des Gutsbesizers Frh. Wolf jun. in Kalkern, des Dominiums Kalkern, des Dominiums Groß-Sürding, des Gutsbesizers Schindler in Thauer, des Wirtschäfers Lage in Thauer, des Gutsbesizers Labitz in Weigwitz, des Stellenbesizers Wilhelm Schim in Kansen die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Die Sperrbezirke bilden der östliche Dorfteil der Ortschaft Gaiswih bis zum Kreuzungspunkt der Schweidnitzer Chaussee mit der Dorfstraße, die Gemeinden Kalkern und Groß-Sürding. Die am 30. April über die Ortschaft Dufewitz wegen

Maul- und Klauenseuche verhängte Sperre wurde mit dem 29. Mai aufgehoben.

Um die Weidebrücke bei Weidenhof

Die Baukosten des Regierungspräsidenten teilt mit: Kürzlich beschäftigte sich die Presse mit den auf der Weidebrücke bei Weidenhof herrschenden Zuständen. Im besonderen wurde darauf hingewiesen, daß der Regierungspräsident eingreifen und den Neubau der Brücke veranlassen müsse. Auch dem Regierungspräsidenten sind die unhaltbaren Verhältnisse an der Brücke schon seit längerer Zeit bekannt. Er hat zunächst versucht, eine Einigung unter den für den Umbau in Betracht kommenden Interessenten herbeizuführen. Da dieser Versuch leider mißlang, gab es keinen anderen Weg, als eine Anweisung an die zuständigen Wegepolizeibehörde, gegen diejenigen, die von ihr als für den Neubau der Brücke öffentlich-rechtlich verpflichtet angesehen würden, im Wege einer polizeilichen Zwangsverfügung vorzugehen. Dies ist geschehen. Gegen diese Verfügung sind nun die zulässigen Rechtsmittel angewendet worden. Der Rechtsstreit befindet sich zurzeit in der letzten Instanz, nämlich bei dem Preussischen Oberverwaltungsgericht. Dessen Entscheidung muß abgewartet werden. Ohne sie gibt es keine rechtliche Möglichkeit, den Brückenbau zu erzwingen. Sobald die Entscheidung gefallen sein wird, wird der Neubau der Brücke selbstverständlich sofort mit größtem Nachdruck herbeigeführt werden.

Furchtbares Unglück durch elektrischen Strom

Die Unachtsamkeit, mit der vielfach die Stromleitungsanlagen behandelt werden, hat in Leuthen, Kreis Neumarkt, zwei Opfer gefordert. Ein Sohn des Stellenbesizers Neumarkt, der mit den Pferden vom Felde gekommen war, wollte im Stall einen herunterhängenden Leitungsdraht aufheben und erhielt dabei einen Schlag durch den er sofort zu Boden geworfen wurde. Der Vater, der wohl annahm, daß sein Sohn vom Pferd geschlagen sei, versuchte ihn aufzuheben und kam ebenfalls mit dem Draht in Berührung. Dabei wurde er derart vom Schlag getroffen, daß er

Ein die sozialdemokratischen Teilnehmer am schlesischen Städtetag in Landeck

Am Freitag, den 6., und Sonnabend, den 7. Juni, findet in Bad Landeck die diesjährige Jahreshauptversammlung des schlesischen Städtetages statt.

zu einer Vorbesprechung

der Tagesordnung laden die unterzeichneten Bezirksvorstände alle parteigenösslichen Teilnehmer für Freitag, den 6. Juni, 14 Uhr, nach dem Kurhotel „Georgenquelle“ in Bad Landeck hiermit ein, und erwarten pünktliches Erscheinen. Die Bezirksvorstände der S.P.D.

für die Bezirke Mittel-, Nieder- und Oberschlesien.

auf der Stelle tot umfiel, während der Sohn schwere Verwundungen davontrug.

Neumarkt, Auto-Unfall. Ein Ingenieur aus Breslau verunglückte mit seinem Auto in der Kurve der Dientzener Straße an der Probsteier Kirche dadurch, daß er der Grabenböschung zu nahe kam und das Auto sich dabei überschlug. Der Wagen wurde beschädigt, während der Fahrer mit verhältnismäßig leichten Verletzungen in einem hiesigen Krankenhaus Aufnahme fand.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-171
Telephon 59060, 59061
Geschäftst. von 17 und 18-19 Uhr

Kalkern, Heut 20 Uhr, bei Drehler: Mitglieder-Versammlung. Redner: Genosse Schiffer.
Schmalz, Morgen, den 3. Juni, 20 Uhr, bei Rabih: Mitglieder-Versammlung. Redner: Genosse Schiffer.
Sacrau, Dienstag, den 3. Juni, 20 Uhr, bei Matzke: Pastoralabend. Alle Frauen müssen erscheinen.
Kobrowitz, Mittwoch, den 4. Juni, findet hier im Volkshaus, 20 Uhr, eine öffentliche Frauenversammlung statt. Als Rednerin erscheint Genossin E. Hirt, Breslau. Frauen und Mädchen aus Kobrowitz und Umgegend ersehnt in Massen!



Städtische Sparkasse zu Breslau

Kunden-Kredit

befreit von Sorgen!

Zahlungserleichterung

Sie erhalten durch uns in nahezu 100 führenden Geschäften Breslaus

Kunden-Kredit

Breslau II, Gartensir. 67 (Capitol)

Im Alter von 42 Jahren verschied am 29. Mai 1930 der
Regierungsangestellte
Herr Franz Lux
Der Dahingeschiedene stand seit 10 Jahren im Dienste der hiesigen Regierung. Durch hervorragende Pflichttreue, außerordentlichen Fleiß und zuvorkommendes Wesen hat er sich allgemeine Achtung und Ansehen erworben. Sein Andenken wird in Ehren gehalten werden. 2242

Der Regierungspräsident, die Beamten-, Angestellten- und Arbeiterschaft der Regierung Breslau.

Stadt-Theater
(Opernhaus)
Montag 2241
20 bis nach 22,30 Uhr
Schuld u. Sühne
Dienstag
20 bis nach 22,30 Uhr
Abonn.-Vorst. F 20
Die Schwalbe
Mittwoch
20 bis 22,45 Uhr
Abonn.-Vorst. G 20
Die lustigen Weiber von Windsor

Jürstengarten * Scheitnig
Jeden Mittwoch: **Gr. Kinderfest** Eintritt frei! Blumenumzug.

Eisenbahn-Sterbefasse Breslau
Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit.
Bilanz per 31. Dezember 1929

a) Aktiva	
1. Grundbesitz	1 513 000.—
2. Hypotheken	5 485 251.03
3. Wertpapiere	149 554.99
4. Kurzfristige verbrieft. Forderungen	3 200.—
5. Bankguthaben	157 774.03
6. Rückständige Beiträge	24 951.38
7. Rückständige Zinsen und Mieten etc.	102 530.53
8. Kassa- und Postgeldbestand	18 296.34
9. Inventar und Drucksachen	1.—
10. Sonstige Aktiva	48 724.23
	RM 7 503 683.53
b) Passiva	
1. Reservefonds (§ 262 SGB, § 37 VVG.)	510 043.—
2. Prämienreserven	6 248 284.12
3. Nach Jahresabschluss gezahlte Versicherungssumme	11 310.—
4. Nach Jahresabschluss gezahlte Verwaltungskosten	3 476.65
5. Pensionfonds	48 724.23
6. Hypothekendarlehen	130 750.—
7. Vorausgezahlte Mieten	223.90
8. Hypothekenteste	23 180.—
9. Gewinn	—
a) Vortrag aus 1928	150 000.—
b) im Jahre 1929	377 691.63
	527 691.63
	RM 7 503 683.53

Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1929

a) Einnahmen	
1. Vortrag aus dem Ueberschusse von 1928	150 000.—
2. Prämienreserven, Vortrag aus 1928	5 100 427.15
3. Reserve für schwelende Versicherungsfälle	21 160.—
4. Reservefonds	510 043.—
5. Beiträge	1 983 059.19
6. Zinsen	320 439.70
7. Mieten	92 731.62
8. Kursgewinn, durch Auslösung	3 383.12
9. Provisionen	47 583.53
	RM 8 228 877.31
b) Ausgaben	
1. Zahlungen für unerblichste Versicherungen aus dem Vorjahre	21 160.—
2. Gezahlte Sterbegelder	722 943.20
3. Zahlungen für vorzeitig aufgelöste Versicherungen	10 110.37
4. Gezahlte Aufwendungen	5 809.65
5. Abschreibungen	44 617.95
6. Sonstige Verwaltungskosten	55 940.53
7. Steuern	38 983.90
8. Abschreibungen	27 465.78
9. Kursverlust	8 207.43
10. Prämienreserven per 31. 12. 1929	6 248 284.12
11. Sonstige Ausgaben	10 049.00
12. Reservefonds	511 043.—
13. Gewinnvortrag aus 1928	150 000.—
14. Gewinn im Geschäftsjahre 1929	377 691.63
	RM 8 228 877.31

Spiegelschränke
Eiche, Nußbaum und Erle von . . . 130.00 Mk. an
2 Bettstellen, Eiche . . . 95.00 Mk.
Chaiselongues . . . 75.00, 55.00, 35.00 Mk.
Pflüschsolen, auch Gobelins und Rips
Eigene Werkstatt Teilzahlung gestattet!
Nowotny, Weidenstr. 23/24

Elegante gebr. u. neue Anzüge
Mäntel, Gehrock, Frack- u. Smoking-Anzüge
2147 **spotbillig** nur im
Leithaus Kupferschmiedestr. 32

BITTE
bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Berläufe
Gute getragene

Anzüge
Leithaus Trebnitzerstr. 21.

Wollgerge
Wollgerge 1.80 Woll, Kernmutter 0.60-1.80 Woll, Mittel 0.48 bis 1.00 Woll, Kernseile 1.00 bis 1.40 Woll, Schneiderei 1.00 Paar 2, 3, 4 Woll, Tippert, Heinrichstr. 16 2125

Gold-Rouleau-Damast
Meter 78 Pf.
G. Friedländer, Sonnenstr. 30

Arbeitsmarkt

Kontrollleurinnen
die in lebhaften Detailgeschäften, möglichst der Textilbranche tätig waren und auch flott päd. können. Schriftliche Angebote mit Angabe der bisherigen Stellungen und Beizugsabsichten an:
Leimnhaus Bielschowsky
Kittlitzstr. 72/73 2246

Am 31. Mai entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden unsere innig geliebte, herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante
verw. Frau Emma Herschel
geb. Tillner
im Alter von 74 Jahren. 9049
Breslau, Westendstr. 74, den 2. Juni 1930.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Dienstag, den 3. Juni 1930, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Kapelle des Coseler Friedhofes aus nach Teil Paulus.

Lobe-Theater
Telefon: 56747
Täglich 20,15 bis 22,30
Das Lamm des Armen

Thalia-Theater
Täglich 20,15 bis 22,15
Der sümmliche
Festspielserfolg!
Der Mustergatte

Schauspielhaus
Operationstheater
Tel. 36300
Täglich 8 Uhr
Frühlingsmadel
Operette in 3 Akten
von Franz Lehár

Partellreunde
kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés
steht die
Volkswacht

Sport-Zelte
Kette, Parkbootwerk
Friedrichstr. 67

Druckerei Volkswacht
Probleme, wachstümliche und andere
Ausführung aller Drucksachen
preiswert und bei kürzester Frist
Breslau 2, Kurtr. 4/6

RAMSAY MACDONALD
SEIN großes Werk und SEIN Charakter
von M. HAMILTON
muß jeder politisch Interessierte gelesen haben
Das broschurierte Exmp., statt 6.00 **nur 1.25 RM.**
Halbleinen, statt 6.00 **nur 3.50 RM.**
Volkswacht-Buchhandlung Breslau
Modernes Antiquariat
Kette, Gröbenstr. 4 • Friedrich-Wilh.-Str. 100 • Kurtr. 4

Heimattreuen-Rundgebung im Konzerthaus

Ein Minister spricht - -
Aber er sagte wenig - Agrarierhilfe auf Grund eines zu Lasten der Arbeiter
„saniterten“ Haushalts - Breslau soll die Oper erhalten bleiben - Ethisch-pazifistisch
begründete Grenzrevisionspolitik der Heimattreuen

Während in den sonntäglichen Straßen Breslaus Not-
sammlerinnen und Stahlhelmlaute mit unterschiedlichster
Bemalung um das Straßenpublikum bemüht waren, ver-
stärkte die „Ostdeutsche Arbeitsgemeinschaft“, die
sich so ziemlich alles, was es an „heimattreuen“ Ver-
bänden bei uns zu Lande gibt, eine Ost-Rundgebung, in deren
Rahmen auch der Finanzminister des Bürgerblocks eine Ansprache
hielt. Das Aufgebot an Vertretern der Behörden und
kommunalen Verwaltungen aus ziemlich allen Teilen der Provinz,
wie der aus beiden Provinzen herbeigeleitete Presse, stand in
angelegentlichem Verhältnis zu dem, was diese Rundgebung, außer
Vorträgen, Rezitationen und Deutschlandlied, bot.
Herr von Foltow, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft,
soll es nämlich für geboten, auf die politische Zielsetzung der
Heimattreuen hinzuweisen, die ja im Wesentlichen - wie er-
wähnt, hat dieser Tage die Ortsgruppe Gleiwitz der heimattreuen
Oberschlesier vom Völkerverbund Revision der oberschlesischen
Grenzen verlangt, weil die Wojewodschaftswahlen etwa ein
Drittel deutscher Stimmen buchen konnte - in der

Frage der Grenzziehung
und trotz Betonung der von Polen geleisteten Kultur-
arbeit in seinem Grenzgebiet den starren Begriff von der
Wiedergutmachung des Unrechts, d. h. also wohl Wiederher-
stellung der einstigen Grenzen im Osten in den Mittelpunkt
setzt. Die Begründung allerdings war neu. Foltow
zitierte die „Deklaration des Reichstages“ - natür-
lich ausschließlich für die deutsche Nation - und die „Wieder-
herstellung des gelauteten Unrechts“ sozusagen als Befriedigungs-
mittel im Zusammenleben des polnischen und deutschen Volkes.
Er behauptete, dass nicht schon zur Blütezeit der altpreussischen
Osterrichtung die „Deklaration des Reichstages“ in diesen
sicheren Kreisen, die gestern hierzu Beifall klatschten, mit
sicherer Betonung zum Leitmotiv in Nationalitätenfragen
gemacht wurde. Es wäre dann wohl für die Deutschen im Osten
nichts erparat geblieben. Heute jedoch, so will uns
scheinen, als sei die Aufstellung der sogenannten Grenzrevision
in jedem Fall eine Gefährdung der deutsch-polnischen Ver-
hältnisse und überdies eine Nahrung utopischer Vorstellungen,
wenn man nicht gleichzeitig künftige kriegerische Verwicklungen
ins Auge faßt. In Gegenwart eines Mitgliedes des Reichs-
parlamentes und nicht vor der Grenze sind derartige Ausführungen
überdies sich er dazu angetan, den Nationalismus jenseits der
Grenze neuen Nährstoff zuzuleiten und wohl auch den Deutschen
in Polen kaum dienlich. Ullrich, der Geschäftsführer des Deutschen
Völkerverbundes in Polnisch-Schlesien, hat das ja erst kürzlich in
seinem Schlusswort bei dem berühmten Verfahren gegen ihn
deutlich ausgesprochen.

Minister Moldenhauer
sprach allgemeiner, sprach vom arm gewordenen Vaterland, vom
Drohprogramm, das trotz finanzieller Schwierigkeiten durch-
zuführen die Reichsregierung entschlossen sei, voll rechtzeitigen
Maßnahmen, die zur Behebung der Schwierigkeiten getroffen
werden müßten, und von den Einzelheiten des Programms, auf
die er jetzt nicht näher eingehen wolle. Was er in Umrissen
skizzierte, ist im Wesentlichen bekannt. Die Dithilfe soll „in
der Dithilfe“ der Landwirtschaft zugute kommen, da diese im
Osten vorherrschend sei, wobei der Minister offenbar von einer
ganz zutreffenden verallgemeinernden Vorstellung der
strukturellen Struktur des Ostens ausging, die im letzten
Provinziallandtag ja sogar der Landeshaupmann widerlegte.
Moldenhauer meint ja gar nicht die Provinz, er meint
den Grenzgebiet von Ostpreußen bis Oberschlesien in dessen
Bereich außer der Umwandlung in der Landwirtschaft auch eine
Ertüchtigung vorgenommen werden soll, die nur einen Teil
der Lastenentlastung darstellen, der im Reichsmagazin, mit
weiliger Konsequenz erreicht werden müsse. Außerdem will
Moldenhauer fiedeln und so die Tradition Friedrich des Großen
beziehen. Wie das eigentlich im Rahmen des an anderer
Stelle unseres Blattes schon besprochene Dithilfeprojekt wirklich
werden solle, wurde nicht gesagt. Daß die Agrarpolitik des
Bürgerblocks auf Bedenken stößt, gab er als Rheinländer in
seinem Nebenamt selbst zu; aber die Bauern des Westens müßten
es eben zugunsten des Westens mit in Kauf nehmen. Da die
aktuellen Fragen ebenfalls berücksichtigt werden müssen, ver-
stärkte der Minister, daß

die Oper in Breslau,
der er offenbar das Kulturbedürfnis der städtischen und
suburbänen Bevölkerung der Grenzgebiete Schlesiens ver-
stärkt sieht, nicht geschlossen werden dürfe. Das war eigent-
lich die einzig fahbare Angabe über die Absichten der Reichs-
regierung in dieser irrtümlicherweise als Vortrag angekündigten
Ansprache.

Grundlage der Aktion würden teilweise Kredite, deren
Zurückzahlung Preußen und das Reich zu übernehmen hätten, und
eine Umstellung der Industrieobligationen sein, deren Erträge
nicht mehr dem Reich, sondern der Dithilfe zugute kommen
sollen; ein Anlaß, die „Solidarität“ des industriellen Westens
für den landwirtschaftlichen Osten als Gemeinschaftsgefühl zu
betonen, das „alle Mitglieder des einen deutschen Vaterlandes“
umfasse und „seinen letzten Sinn in der Liebe zur Heimat und
Hoffnung auf die deutsche Zukunft“ finde. Mit diesem patriotisch-
nationalistischen Bekenntnis forderte der Minister Vertrauen und
Hoffnung mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland, dem als W.
Schluß das Deutschlandlied folgte.

Eine Pressebesprechung
vorab stattfand, war, soweit man etwa konkrete Angaben
über die Einzelheiten der Dithilfe oder auch nur leitende Grund-
gedanken hierzu erwartete, ebenfalls ziemlich ergebnislos und
verzerrt, daß eine wirkliche Ausprägung nicht zustande kam.
Der Minister freute sich, die Pressevertreter kennen zu lernen.
Schloß freundlich um Bekämpfung eines nach seiner Ansicht un-

gerechtfertigten Pessimismus, der ebenso schädlich sei, wie über-
triebener Optimismus, und machte einige soziale Wiße, die all-
gemeinen Beifall fanden. Leider trug er selbst sehr dazu bei,
den besagten Pessimismus, soweit die Arbeiterfrage in Frage
kommt, ganz wesentlich zu festigen; denn seine Andeutungen
über die unbedingt erforderliche „Reform“ der Arbeitslosen-
versicherung und der Sozialversicherung waren ganz dazu an-
geboten, den Eindruck zu bestärken, als werde der Bürgerblock
ungeachtet der fürchterlichen Not der unfreiwillig Feiernden, die
bei uns in Schlesien beinahe an Zahl den Reichsdurchschnitt
weit übersteigen, die Sanierung der Reichsfinanzen, die zwecks
Inanspruchnahme größerer Kredite für Großagrariertilge er-
forderlich sei, auf Kosten der Opfer der kapitalistischen Wirtschafts-
anarchie vorzunehmen.

„Sichem Sie mich nackt aus . . .“
Eine freundliche Aufforderung an den Bezirksauschuh
Der Dienstmann A. aus Breslau stand vor dem Bezirks-
auschuh. Man hatte ihn dorthin zitiert, um ihn nötigenfalls
in die Arbeitsanstalt zu bringen, weil er der Unterhaltungs-
pflicht gegenüber seiner geschiedenen Frau und seinen vier un-

mündigen Kindern nicht nachgekommen war bzw. es freundlicher-
weise dem Magistrat als Fürsorgeverband überlassen hatte, für
Frau und Kinder zu sorgen.

Unterbringung in einer Arbeitsanstalt ist natürlich keine
angenehme Sache. Kein Wunder demnach, daß der Dienstmann
in Aufregung geriet und sich in lebhafter Rede all des großen
Unrechts erinnerte, das ihm seine Frau zugefügt haben soll. Der
Bezirksauschuh interessierte sich jedoch nicht gerade intensiv für
die Vorgänge, die zur Scheidung geführt hatten, sondern wollte
ausgerechnet nur wissen, ob A. zahlen wolle und könne. Der
brave Dienstmann beteuerte darauf, er sei durchaus kein schlechter
Vater, denn er habe an den Magistrat kleine Zahlungen geleistet
und außerdem seinen Kindern hin und wieder zwei und drei
Mark zugesteckt, wenn sie ihm begegnet seien. Diese Guttherzigkeit
schien aber weder dem Vertreter des Magistrats noch dem Vor-
sitzenden des Bezirksauschusses zu imponieren, denn beide
meinten, daß A. bei seinem nicht ganz arbeitslosen Verdienst trotz
monatlicher Abzahlungen für einen Kraftwagen mindestens zehn
Mark wöchentlich opfern müsse.

„Sichem Sie mich nackt aus, ich kann nicht soviel geben“,
verteidigte sich A., worauf der Vorsitzende in weiser Abgrenzung
der Kompetenzen des Bezirksauschusses erwiderte, daß er keine
Vollstreckungen zu vollziehen habe. Also blieb das höfliche An-
gebot des Dienstmannes, seinen guten Willen durch Anlegung
des Adamsstoffs zu zeigen, glattweg unbeachtet! Der
Bezirksauschuh gab schließlich Herrn A. eine andere wohl zweck-
entsprechendere Gelegenheit, den gerühmten guten Willen dar-
zutun. Er verurteilte ihn zur Ueberlieferung ins Arbeitshaus,
von der A. nur dann verschont bleiben soll, wenn er ab 1. Juli
40 Mark an die Kasse des städtischen Fürsorgeamtes zahlt.

Brummend zog der Verurteilte von dannen. Wahrscheinlich
war er aber trotzdem glücklich, dem Arbeitshaus, deren Bekanntheit
er sich mit seiner Rücksichtslosigkeit gegenüber Frau und
Kindern und seiner Nichtbeachtung der Forderungen des
Magistrats reichlich verdient hatte, noch erinnern zu können.

Frontsoldatentag ohne Frontsoldaten

Momentbilder vom Aufzug der Soldatengarde
Sie wollten die Sonne verfinstern - „Wir wollen unsern Panzerkreuzer ham“ - Ohne
Fahnen ist das Frömmsein unmöglich - „Servus Puppe“ - Die freigezügigen Mummis am
Straßenrand und die Dreckwolke auf dem Platz der Republik

Nun hat also Breslau seinen 2. Schlesiens Frontsoldatentag
hinter sich. Das heißt, mit Frontsoldaten war es äußerst mies
bestellt. Wenn man hätte für jeden eine Mark bezahlen sollen,
der nicht an der Front und überhaupt nicht draußen war, wäre
ein netter Baßen Geld zusammengekommen.

Der Kummel fing am Sonnabend mit einem spazieren Fadel-
zug an. Die Sonne stand noch am Firmament, da fadelte es schon
in den Straßen herum. Anscheinend wollten die „Frontsoldaten“
zeigen, daß sie selbst vor der Sonne keine Angst haben. Dabei
schwebte ihnen sicher die Geschichte der alten Perser vor, vor
deren Macht dem Spartanerkönig Leonidas bekanntlich bange
gemacht wurde, weil sie so zahlreich sei, daß ihre Pfeile die Sonne
verfinstern würden. Tatsächlich ist das den Stahlhelmlern auch
gelungen, weil die Sonne Erbarmen hatte und verschwand.

Dann gab es am Sonnabend abend noch eine Rundgebung in
der Jahrhunderthalle mit „Oberst a. D.“ n. M. a. r. t. i. o. w. s. k. y. und
„Oberstleutnant a. D.“ D. u. e. s. t. e. r. b. e. r. g., dem 2. Bundesführer der
Soldatengarde als Redner. Der erste grub den alten Schill noch ein-
mal aus, zehrte an der Seelenschlacht am Stageratz und „Kamerad“
Duesterberg schnarrte noch etwas kräftiger. Ohne Gott ist nach
seiner Meinung nichts zu machen, weshalb der Stahlhelm jetzt
auch fromm sein wird. Natürlich wurde auch der für die „gott-
verfluchten Polen“ bestimmte Säbel gemeint. Die „Schlesiens“
war so im Schwung, daß sie schon Sonntag die Rede an den Mann
brachte. Aber sie hat manches vergessen. Bekannt nicht auch die
neue Regierung ordentlich eins auf den Deckel, weil sie den
Panzerkreuzer nicht durchgesetzt hat. Duesterberg hat doch auch
nichts gesagt „von Marxismus besiegen“ er sprach, er donnerte
doch was „von vernichten“, ohne allerdings zu sagen, wie er sich
das so vorstellt. Und dann hat er doch auch was vom Kaiserreich
gescharrt, das zwar nicht verkauft gewesen sei, aber Schwächen
hätte. Er meine allerdings, daß der heutige Staat noch von dem
Mark der Vera Wilhelm 3000 Jahre. Damit die Sache auch einem
wichtigen Eintrag bekam, verbat man sich den „Grimmischen
Märchenzähler“, das heißt, die Reden des preussischen Kultus-
ministers.

Die „nationalen“ Seelen waren ganz verdattert, als am
Sonnabend der Fadelzug schon vorbei war. Sie standen sich in
der Tiergartenstraße die Beine in den Bausch und harrten, ob
nicht noch was kommt, aber es kam nichts mehr.

Sonntag ging's wieder nach Scheitnig. Im Bourgeoisie-
viertel in der Auenstraße waren die Hausangestellten an die
Fenster und vor die Willentore kommandiert. Kein Wunder,
daß sich das Sinnen und Trachten der nach Befreiung sehenden
Frontkrieger widerspiegelte. In gut einstudiertem Sprechhor
jubilierte es nur so. „Servus - Puppe!“ Den Bogen hatte
man verdammt raus. Duesterbergs Rede fiel einem ein, wo er
von Moral und Familienfrömmlichkeit und Manneszucht gesprochen
hatte.

Vorher war Gottesdienst in fünf Kirchen. Bei Erlöser
gab es Klamauf. Dort ließ der Pfarrer die Fahnenträger nicht
herein. Sofort verließen die frommen Gefühle in unergründ-
licher Tiefe, und alles zog wieder ohne Seelenpein und
Segen ab und das, wo der Führer ein paar Stunden vorher von
Glauben und Gott geschwafelt hatte.

Den Abbruch bilde ein Marsch nach dem Platz der
Republik mit anschließendem Paradezug. Die Breslauer
Bevölkerung hatte die nationale Front unter sich gelassen. Das
Spalier war recht dürrig. Nur die kriegswütigen Mütter übten
sich im Heulrufen und im Falschfingern. Mütter ist vielleicht
schon ein bißchen zu viel gesagt; denn die Mäntchen überlassen ja das
Gebären meist den andern. Sie können sich daher auch leichteren
Herzens kriegswütig aufstellen. Der Platz der Republik war in
eine Dreckwolke verwandelt, wie zu Wilhelms Zeiten. Duester-
berg stand auf einem Podium und ließ sich den Staub in die
Nase steigen. In diesem aufgewirbelten Dreck verschwand der
2. Frontsoldatentag.

Uebrigens waren keine 20 000 Mann, wie man ankündigte,
und auch keine 15 000, wie die Polizei erwartete. Vom Weisse-
gebäude sind genau 7458 Mann heruntermarschiert. Die Kreis-
gruppe Breslau-Land wurde dabei von 288 und die Kreisgruppe
Breslau-Stadt von 416 Männlein verkörpert. Dann waren noch
etwa 200 Motorradfahrer und fast ebensoviel Autos. Ein Zeichen,
wie proletarisch die Kapitalistenkruppe ist.

und die Statisten des Nummeis
27 Festnahmen

Nazis und Kommunisten weitestgehend, bei dem Kummel
dabei zu sein. Die einen versuchten, ihr „Deutschland erwache!“
an den Mann zu bringen und die anderen wünschten „Tod den
Faschisten“. Sonnabend nachmittag erfolgte die erste Festnahme
auf der Gartenstraße wegen Widerstand gegen polizeiliche An-
ordnungen. Dann wurde gegen 20 Uhr ein Mann in der Auen-
straße in Haft genommen, der Schreien hielt. In der Selentes-
straße übten sich während des Vorbeimarsches einige Kommunisten
in den Rufen „Nieder mit den Förgiebelbanden!“. Sieben wurden
zur Personalfeststellung festgenommen. Neun weitere Feststellungen
erfolgten in der Nähe der Freiheitsbrücke, wo beim Rückmarsch
aus Scheitnig den Stahlhelmlern der Gruß „Stahlhelm, verteidige!“
zugerufen wurde. Am Wapplatz wurde ein Stahlhelmmann ver-
haftet. Hier ging die Polizei mit Gummiknüppeln gegen ein-
kommunistische Ansammlung vor und nahm überdies drei Mann
fest. Am Platz der Republik rissen drei junge Burken den Zu-
schauern die schwarz-weiß-roten Fahnen aus den Händen. Auch
sie wurden in Polizeigewahrsam genommen. Beim Verdrängen
eines Stahlhelmers auf dem Wapplatz am Sonntag nachmittag
wurde ein Teilnehmer inhaftiert, während die übrigen entlassen.
Dann wollten die Nazis auch noch demonstrieren. Einem dieser
Helden konnte bei der Festnahme ein Messer abgenommen werden.
Er wurde verhaftet. Die klaffenbewusste Arbeiterschaft hat zwei-
mäßigerweise diesen „Frontsoldaten“ keine Staffage abgegeben.

Wo die Soldatengarde Unterkommen fand

Interessant ist für die Breslauer Arbeiterschaft der Front-
soldatentag insofern gewesen, weil sich dabei gezeigt hat, wo man
die Stahlhelmer mit offenen Armen erwartete. Sie fanden Ein-
quartierung im „Schickwerder“, in der „Bratislawia“,
Mauritiusplatz, im „Schwarzen Adler“, Bismarckstraße, im
„Endergarten“, Enderstraße, im „Hojjäger“, Weiden-
damm, im „Lunapark“, im „Lindenhof“ und im „Corjo-
garten“ in Carlowitz, im „Ostpark“, im „Metropol“ in
Rosenthal, im „Schaffgotsch Garten“ und im „Ober-
schlößchen“. Die Baumhülle Wilhelm Guder in
Carlowitz schickte Wagen zum Bahnhof, die die Tornister der
Garden abtransportierte. Im „Wingenhause“ flatterten
schwarz-weiß-rote Fahnen und auch in Wilhelmshafen
waren Tische mit Plakaten belegt: „Reveriert für den Stahl-
helm“.

Recht lieblich ging es auch bei dem Empfang Duesterbergs
auf dem Hauptbahnhof zu. Der Reichsbahnmann Tillner
ließ es sich nicht nehmen, „Ezzenz“ in das Fürkennzimmer zu
führen und sich während seines Dienstes in diesem Klingel der
Stahlhelmgrößen wohlzufühlen. Auch der Reichsbahnsekretär
Hoch von der gleichen Dienststelle begeisterte sich außerordentlich.
Er hatte sogar Stahlhelmdreh angelegt.

Ob in der Reichswehrkaserne in Carlowitz auch Ein-
quartierung war, wird am besten das Wehrkreiskommando einmal
beantworten können.

Auch die Liebeshörigkeit der Polizei und der Straßen-
bahnkontrolleure wird man sich merken müssen, die streng darauf
hielten, daß die Züge nicht zu oft unterbrochen wurden. Die
Arbeiter werden in Zukunft eine gleiche Behandlung zu ver-
langen wissen.

Achtung!
Parteienossen!
Dienstag, den 3. Juni, 20 Uhr, im
Central-Ballsaal, Westendstr. 50/52
Redner: Stadtrat Hans Ziegler

Deffentl. Protest-Versammlung
gegen die Umwandlung der städt. Betriebe in kommunale Aktiengesellschaften
Alle politischen Parteien sind schriftlich zu dieser Veranstaltung eingeladen!
Arbeiter! Angestellte! Beamte! Besucht diese Veranstaltung. Es gilt, den Raub
des Kapitals an den städt. Betrieben abzuwehren!

Erwerbslosenforderungen

Breslauer Erwerbslosen zum Sanctionsplan der Stadt

Die Erwerbslosenkommission der Sozialdemokratischen Partei versammelte am Sonnabend vor- mittag eine Erwerbslosenparlamentarier im Zentral-Saal in der Stadtverwaltung, um die Sanctionspläne der Stadt Breslau zu diskutieren. Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Dr. Wolf, berichtete über den Stand der Dinge. Die Sanctionspläne sind im Wesentlichen durch die Stadtverwaltung im Hinblick auf die soziale Lage der Erwerbslosen erarbeitet worden. Insbesondere sind die Sanctionspläne für die Jugend und die Frauen von großer Bedeutung. Die Kommission wird die Sanctionspläne im nächsten Monat prüfen und einen Bericht an die Stadtverwaltung erstatten.

Zu der Frage der Bedeutung der Ausgaben legte Genosse Tsch die Stellungnahme der sozialdemokratischen Ratshausfraktion dar, die einseitige Massenbeschäftigungen nicht zuzulassen gewillt ist. Das vorhandene Defizit von 10 Millionen ist sowieso nicht aufzufüllen. Hier müssen Reich und Staat eingreifen. Ebenso liegt die Stellung der Fraktion in der Frage der Umwandlung der städtischen Betriebe klar. Auch der Anschlag an E. W. Schlessen lasse sehr deutlich das Bestreben einer goldenen Internationalen erkennen, die sich bemüht, die kommunalen Werke an sich zu bringen. Die Sozialdemokratie ist im Breslauer Rathaus in die Rolle des Verteidigers gedrängt und wird den Angriffen des Bürgerturns auf allen Gebieten des kommunalen Lebens entgegenzutreten.

Anschließend an den umfangreichen Tätigkeitsbericht der Ratshausfraktion erstattete Genosse Hühnsch den Bericht der Erwerbslosenkommission.

Diese hat in diesem Jahre bereits 1862 Auskünfte und Schriftsätze angefertigt. Sogar von auswärts wurden ihr 81 Anfragen und Arbeiten zur Erledigung zugesandt. Aus diesen Zahlen ergibt sich die Wichtigkeit dieser Einrichtung der Partei, gleichzeitig aber auch ihr Wert für die Parteigenossenchaft, die in Erwerbslosenfragen des Rates und der Unterstützung der mit den Dingen vertrauten Kommission bedarf.

In der folgenden Sitzung wurden mehr allgemein-politische Fragen erörtert. Genosse

Ein neues Studentinnenheim für Breslau oder, wie baue ich mit öffentlichen Geldern?

Am Freitag nahm Generalinspektorenbau D. Zanker die feierliche Grundsteinlegung zu dem Studentinnenheim vor, das der Schlesische Provinzialverein der Freundinnen junger Mädchen auf dem Grundstück Kriegerstraße 21 errichtet.

(Schlesische Provinzialkorrespondenz.)

Diese Grundsteinlegung betrifft ein Heim, das ähnlich wie das an anderer Stelle mehrfach behandelte katholische Coenaculum der Unterbringung von Studentinnen evangelischen Glaubens dienen soll. Tatsächlich ist der Zweck natürlich, durch preiswerte Bungalos einen entsprechenden geistlich-sittlichen Einfluss auf die weiblichen Studenten zu bekommen. Das behagt die Kirche aber keineswegs allein, aus ihren Kirchensteuermitteln oder Opferpennigen, sondern sieht sie die Mittel dazu von öffentlichen Körperschaften in einem Ausmaß zur Verfügung stellen, das seinerseits eine Einziehung, die etwa der nichtkirchlichen Wohlfahrtspflege auf möglichst weite noch dringendere Aufgaben- gebiete zugebilligt werden würde. Während das katholische Coenaculum von einer G. m. b. H. betrieben wird, ist hier der Träger der Schlesische Provinzialverein der Freundinnen junger Mädchen, der zu dem genannten Zweck einen Bau errichtet, dessen Kosten sich nach einem Vorschlag auf 220 000 Mark belaufen sollen. Da Vorschläge meistens überschritten werden, hat man sich aber vorsorglich 7000 Mark mehr sichergestellt, von denen

der evangelische Oberkirchenrat	2 000 Mark
die Innere Mission als Geschenk	2 000
die Innere Mission, vermitteltes Darlehen	20 000

also von evangelisch-kirchlicher Seite . . . 24 000 Mark, sofern man das vermittelte Darlehen dazu rechnet, aufgebracht werden.

Dieses 24 000 Mark kirchlicher Gelder stehen gegenüber ein Darlehen der R. f. A.	105 000 Mark
Zuwendung des Reichsinnenministers	35 000
des preuß. Kultusministers	13 000
der Provinz Niederschlesien	20 000
Unergünsliches Darlehen der Provinz	30 000

also insgesamt 202 000 Mark

Öffentliche Gelder, wobei das provinzielle Darlehen natürlich als Zuschuß zu werten ist, denn wozu soll ein Wohlfahrtsinstitut Darlehen ausbücheln, wenn es nicht zu einer Erwerbsleistung werden soll.

Leget die Lügen ab

Trotzdem Jesus Christus das Lügen ausdrücklich verboten hat, nimmt man es in der Summe mit der Wahrheit wenig genau. Unsere Mittelungen über die Randarbeitenverlegung des Stadtverordneten K. a. b. u. s. werden von der „Schlesischen Volkszeitung“ als Legende bezeichnet. Nicht mit der Bürgerlich-politischen Partei, sondern mit dem sozialdemokratischen Stadtrat Schramm teilen die katholischen Arbeiter unzufrieden, so unzufrieden, daß sie keinen Sozialdemokraten, sondern nur noch Deutschnationale und Volksparteier in den Magistrat gewählt wissen wollen, neben Herrn Dr. Wolf, der bekanntlich auch stark nach rechts neigt. Rabus soll sein Amt nur wegen Überforderung niedergelegt haben, als ob diese Überforderung ausgerechnet sei, eingeleitet wäre. Er soll auch den Sozialdemokraten im Stadtparlament über „dunkel der Meinung gelangt“ haben; offensichtlich hat ihn Herr Dr. Wolf nicht gerade deshalb als Stadtvorordneten ausgeschlossen!

Die Wahrheit über Rabus ist, daß er im Kampfe gegen die Sozialdemokraten die blühende Falltür der Sozialdemokratie lieh, jedoch keine Angriffe regelmäßig in einer für das Zentrum peinlichen Weise leicht abzuwehren waren. Obendrein hat er mit den Sozialdemokraten und gegen eine Sozialdemokratenpartei nicht gekämpft, man ist durch die „Schlesische Volkszeitung“ zum Zentrum gekommen. Rabus hat nicht nur den Sozialdemokraten gegenüber nicht gekämpft, sondern auch den Sozialdemokraten gegenüber nicht gekämpft, man ist durch die „Schlesische Volkszeitung“ zum Zentrum gekommen.

Ein Opfer

Genosse Wolf hat sich in der Sitzung am Freitag als Opfer hingestellt. Er hat sich für die Erwerbslosenkommission eingesetzt und die Wichtigkeit dieser Einrichtung betont. Er hat auch die Wichtigkeit der Unterstützung der mit den Dingen vertrauten Kommission betont.

Es ging also auf die Folgen der Nationalisierung hin, für die sich Partei und Gewerkschaften zu sehr begeistert und in Diskussionen gewagt haben. Die Partei habe bisher überhaupt viel zu viel sozialerhaltende Politik getrieben und damit allein lasse sich in der kapitalistischen Wirtschaft die Lage der Erwerbslosen nicht wesentlich ändern. Genosse Linke betont, daß die Forderung nach Verhöhung der Arbeitszeit viel intensiver von den Gewerkschaften erhoben werden muß. Auch Genosse Schuler vertritt die Ansicht, daß bei der heutigen Lage der Partei alle Reformarbeiten wenig Aussicht auf Erfolg haben.

Genosse Kroll wies darauf hin, daß das vorhandene Defizit im Stadetat sehr wahrscheinlich im Laufe des Jahres noch weiter steigen wird, ohne daß besonders Möglichkeiten für die Kommunalfraktion der Partei beständen, den Rest stärker heranzuziehen. Der Druck nach oben muß deshalb veräußert werden. Reichs- und Landtagsfraktionen werden in dieser Beziehung mehr mobilisiert werden müssen. Trotz der klaren Stellungnahme der Partei im Rathaus ist kaum eine Besserung der Lebenslage der Notleidenden zu erhoffen. Es wird deshalb auch die Verantwortung abgelehnt werden müssen. Die merkwürdige Auffassung des Magistrats gegenüber den erwerbslosen Jugendlichen kennzeichnet besonders die Genossin Reich und betont, daß diese Taktik ganz darauf abgestellt sei, die Jugendlichen der Laufbahn des Verbrenns in die Arme zu treiben. Auch das Verhalten verschiedener Angestellter in der Stempelstelle am Sonnenplatz kritisierte sie sehr scharf. Genosse Krause verlangte intensivere Arbeit der Gewerkschaften in der Arbeitslosenfrage. Eine gemeinsame Kundgebung mit den Betriebsarbeitern hätten sie bisher immer abgelehnt. Nach einem kurzen Schlusswort des Genossen Tsch nahm die Versammlung einstimmig folgende Entschließung an:

1. Die am 31. Mai im Zentral-Saal versammelten Erwerbslosen von Groß-Breslau fordern mit allem Nachdruck, daß 1. der von den Gewerkschaften angeforderte Siebenländertag Wirklichkeit wird, um die seit langem in großer Notlage befindlichen Erwerbslosen unterzubringen;
2. die in Aussicht genommenen Notstandsarbeiten sofort in Angriff genommen werden und
3. den seit langer Zeit ausgesteuerten Saisonarbeitern und Jugendlichen sofort die Krisenunterstützung bewilligt wird.

Es ist durchaus nicht angängig, daß gerade die Erwerbslosen dauernd als Menschen unterer Schichten behandelt werden, obwohl auch sie ein Anrecht auf Arbeit oder angemessene Unterstützung haben. Deshalb muß es unbedingt die Aufgabe der Gewerkschaften und der Partei sein, für diese Forderungen einzutreten und die erforderlichen Kampfmaßnahmen zu ergreifen.

Töblicher Straßenunfall

An der Kreuzung Goethe-Boßstraße ereignete sich am Sonnabend mittag ein Zusammenstoß zwischen einem Personenkraftwagen und dem Motorradfahrer Willi Baumgarten aus der Oßauer Straße, bei dem letzterer so heftig auf das Straßenpflaster geschleudert wurde, daß er mit schweren Schädelverletzungen liegen blieb. Er wurde sofort in das Wenzels-Krankenhaus transportiert, wo nur noch der infolge des erlittenen Schädelbruches eingetretene Tod festgestellt werden konnte.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

Wichtig: Mitglieder der freigewerkschaftlichen Jugendgruppen, die in der 3. Spielgruppe der F.F.M. zum Besten der Freigewerkschaften, heute Montag 19 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer an der Tafel, Redaktionsleiter: Freitag ab 19 Uhr im Heim Friedrich-Wilhelm-Str. 45 GutsMuths, für alle Pflanztagarbeiter letzte Besprechung.

Wichtig: Jungmänner! Dienstag ab 19 30 Uhr im Heim Gewerkschaftshaus, Zimmer 144, „Unser Beruf in der Zukunft“. Alle Pflanztagarbeiter sind im Heim abwesend sein.

Wichtig: Breslau-Wisla. Dienstag ab 20 Uhr in der Schule: „Wirtschaftliche Tagesfragen“.

Wichtig: Jugendgruppen. Mittwoch ab 19 Uhr im Heim Gewerkschaftshaus, Zimmer 144, „Unser Beruf in der Zukunft“.

Wichtig: Jugendgruppen. Mittwoch ab 20 Uhr im Heim Gewerkschaftshaus, Zimmer 144, „Unser Beruf in der Zukunft“.

Am Weg zum Krankenhaus nach der Heimat verunglückt. Eine Frau aus Breslau-Goldschmied, die am Sonnabend aus einem hiesigen Krankenhaus entlassen wurde, hatte das Unglück, daß an der Ecke Friedrich-Wilhelm-Straße und Schwerstraße gegen 13 Uhr ein Bierwagen mit aller Gewalt in das Auto hinein fuhr, indem sie ihre Reise nach der Heimat machte, daß sie mit einer schweren Verletzung an der Stirn von einem anderen Auto sofort nach dem R. erheiligen-Hospital geschafft werden mußte. Die Schuldfrage ist geregelt. Im Hospital wurde ein schwerer Schädelbruch festgestellt und ihr Zustand als hoffnungslos bezeichnet.

Kraftwagenfahrt nach Obersbach und Welesdorf. Der Schlesische Verkehrsverband teilt mit, daß die Kraftwagenfahrt nach Obersbach und Welesdorf am 4. Juni dieses Jahres wiederholt wird. Abfahrt 8 Uhr, Breslau, Lauenburgplatz — Südwestende — durch das Schlesien und das Reimsbachtal nach Friedland und weiter nach Welesdorf, Besichtigung der Felsen (Mittagsessen). Weiterfahrt gegen 14 Uhr nach Obersbach, ebenfalls Besichtigung. Rückfahrt 18 Uhr mit Abendessenpause in Bad Salzbrunn. Abkunft in Breslau gegen 22 Uhr; Kellspah oder Grenzübertrittskarte erforderlich. Preis 10 Mark für Hin- und Rückfahrt. Nummerierte Fahrkarten sind in der Geschäftsstelle des Schlesischen Verkehrsverbandes, am Hauptbahnhof 1, 1 (Tel. 62 421) werktäglich von 8 bis 10 Uhr zu haben.

Ein Straßenzug ausgefallen. Am Sonnabend ist von der Ruhrarbeitsstelle des hiesigen Straßenzugdienstes in Bohlenowitz der 24-jährige Arbeiter Max Krahl entzogen, der wegen Androhung und Vollziehung von Gewalt noch bis zum Februar 1931 eine Strafe zu verbüßen hatte.

Auf dem Boden schlüpfte. In einem Hause in der Dener Straße hat sich Sonntag die Gefrau Au, aus Dittersbach in der Bodenstamm ihrer Mutter, bei der sie zu Besuch war, erhängt. Schwermut dürfte der Anlaß zur Lebensentlassung sein.

Ein Betrunkenen springt in die Oder. In der Nacht zum Sonntag sprang gegen 1 1/2 Uhr ein Schlosser aus der Promenadenstraße von der Unsterkstraßebrücke in die Oder. Dem den Vorfall bemerkenden Arbeiter E. Müller aus der Trübinger Straße gelang es, den Mann, der angeschrien war, herauszuholen und der Polizei zu übergeben, die ihn in Schutzhaft nahm.

Neu-Breslau

Die in ganz Deutschland bestens bekannte Spezial-Herrenschuhfabrik Klinge hat in ganz Deutschland die besten Schuhe zu den besten Preisen zu liefern. Die in ganz Deutschland die besten Schuhe zu den besten Preisen zu liefern.

Sozialdemokratische Partei

Central-Verwaltung, Zimmer 187-170
Telefon Nummern 29000-29001
Geschäftsstunden von 8-11 und 4-7 Uhr

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Wichtig: Junger Mann (Schicksal 10/34). Montag, den 2. Juni, im wichtigen Jugendklub im Haus, Mühlentor 14. Alle Jugendlichen müssen erscheinen. Morgen hat unsere Abteilung in der Verlammlung im Zentral-Saal über die Jugendangelegenheiten zu sprechen. Montag 17. Heute 20 Uhr bei Weiser, Bergmannstraße 12, Besprechung: Nebst Genosse K. a. b. u. s. Thema: Parteiarbeit in der Jugendbewegung.

Der Mord der Frau von Eisen

Genationsprozess in Amerika — Kinder die im Wege standen — Verhör im dritten Grade
Eine verflochte Angeklagte — Die Sühne

Die Frau von Eisen... So nannten sie der Staatsanwalt und der Untersuchungsrichter, als sie nach mehrtägigem Verhör im dritten Grade nichts gestand, immer noch ihre Nerven in Bewalt behielt und fast bis zum Schluss, als sie wegen der ihr zur Last gelegten Ermordung ihrer Kinder zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, noch höhnisch lächelte. Wo hartnäckige Sünder, wo blutdürstige Mörder schon nach kurzer Zeit im Geständnis ablegten, im fürchterlichen amerikanischen „Grilling“, verriet Gladys May Parks nicht ein Wort von der Schuld, die auf ihrem Gewissen lastete.

Gladys May Parks hat kalte, stehende Augen, ist blond, schön und eine junge Witwe. Alan Rogers war der Mann, mit dem sie eine neue Ehe zu schließen beabsichtigte. Der reiche Geschäftsmann war nicht abgeneigt. Die Verlobung fand vorigen Herbst in New Jersey statt, man sah das junge Paar oft in New Yorker Vergnügungsorten. Gladys war ausgelassen, all darauf erpicht, das Leben zu genießen, etwas zynisch, wie ihre Freunde sagten, aber die Frau, die Alan Rogers brauchte, zwei Kinder, Dorothy und Jim, hatte der Geschäftsmann nach aus seiner früheren Ehe. Gladys sollte ihnen eine neue Mutter werden. Die Kinder liebten die Frau mit den kalten, klaren Augen nicht. Jim und Dorothy blieben nicht gern in ihrer Gesellschaft. Aber es mußte sein, Alan Rogers war häufig in Geschäftsreisen unterwegs. Vier Wochen blieb er über Weihnachten in Südamerika. Jim und Dorothy lebten im Hause von Gladys. Alles schien gutzugehen. Schien...

Kürzlich geriet die Bewohner des kleinen Ortes Camden, in dem Gladys damals wohnte, in größte Aufregung. Kinder spielten in einem nahen Gehölz und fanden unter Steinen verstreut einen Gegenstand, der ihre besondere Aufmerksamkeit hervorrief. Ein Neunjähriger nahm sich das Ding als Andenken mit nach Hause. Auf der Straße hielt ein Schuhmann den Jungen an. Es gab einen großen Menschenauflauf. Auf einem Stock trug der Neunjährige einen halboverbrannten menschlichen Schädel, den er im Walde gefunden hatte...

Die Aufklärung vollzog sich Schlag auf Schlag. In dem Walde fand man an der gleichen Stelle noch einen zweiten Schädel. Menschliche Knochen, die die Spuren einer Verrennung zeigten, lagen daneben. Der Arzt erklärte, daß es sich um die Knochen von Kindern handelte. Gleichzeitig wurde bekannt, daß Dorothy und Jim Rogers seit zwei Wochen verschwunden waren. Spurlos, wie Mrs. Gladys May Parks sagte. Sie sind ermordet worden, ermordet von ihrer zukünftigen Mutter, meinte der Staatsanwalt, und wies darauf hin, daß man in der Küche der Mrs. Parks Knochenreste und Blutspuren gefunden habe.

Die Frau mit den stehenden, unbarmherzigen Augen wurde verhaftet. Sie leugnete leidenschaftlich, sie antwortete zynisch, sie blieb auch im Grillung unbestechbar. Man weckte Mrs. Parks mitten in der Nacht und verhörte sie, man legte die Gebeine der beiden Kinder in der Zelle nieder und verhörte Mrs. Gladys May Parks; man belauschte ihre Träume; man ließ sie hungern, stellte in Reichweite ein schmackhaftes Mahl auf — es war alles vergebens. Diese Frau schien von Eisen. Sie schwieg, sie lachte. Nachts, daß den Staatsanwalt und den Untersuchungsrichter ein Schauer ergriff; daß die Richter, die jetzt zu urteilen halten, und die Geschworenen von Camden erschauern. Der Verlobte, Alan Rogers, trat als Zeuge auf, beschwor die Angeklagte, die Wahrheit zu sagen, ihm seine Kinder wiederzugeben, es half alles nichts — Gladys May Parks, die Frau von Eisen, schwieg wie das Grab.

Die übrigen Zeugenaussagen ergaben ein klares Bild zu Ungunsten der Angeklagten. Die Kinder hatten niemals das Haus ihrer zukünftigen Mutter verlassen. Man hatte während einer Nacht lautes Geschrei in der Villa gehört. Mehreren Zeugen fiel das verlegene Benehmen der Angeklagten auf, als man sie nach den Kindern fragte. Der Sachverständige nahm es auf seinen Eid, daß die in der Küche vorgefundenen Knochenreste den im Walde gefundenen Knochen entsprachen. Ein goldenes Kettenband, das Dorothy Rogers getragen hatte und das man später im Walde neben der Fundstätte der beiden Kinder schädel fand, bewies deutlich, wer die zwei Toten waren. Frau Parks hatte häufig die Kinder über Gebühr geschlagen und eine sadistische Freude an diesem Schauspiel gehabt. Zeugen bestätigten dies alles, kein Mensch sprach zugunsten der Angeklagten.

Der Staatsanwalt kam zu Wort und forderte den Tod der Frau mit den eisernen Nerven. Er brandmarkte ihre zynische Gefinnung, er lehnte jede Milde ab. Nachdem der Verteidiger für Freispruch aus Mangel an Beweisen plädiert hatte, fällten die Geschworenen ihren Spruch. Gladys May Parks wurde wegen Doppelmordes zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt. Jetzt verlor die Frau ihre Nerven. Sie sprang empor wie ein wildes Tier, sie schlug und biß um sich, daß sie nur mit Mühe gebändigt werden konnte. Mit gellender Stimme schrie sie den Geschworenen ins Gesicht, daß ihre Strafe zu hoch sei, die beiden Kinder wären ihr im Wege gewesen, ja, sie hätte sie erwürgt, ja, sie hätte ihre Leichen verbrannt und die Reste im Walde versteckt. Auch sie, Gladys May Parks habe ein Recht auf Glück...

Unter der Anwesenheit einer vor Empörung tobenden Menge schlossen sich die Gittertüre hinter der Frau von Eisen. Für 25 Jahre. Vielleicht auch für immer...

Die Suche nach dem Mörder von Groß-Kreuz ergebnislos

Die Suche nach dem an der blutigen Schießerei bei Groß-Kreuz beteiligten Russen Ribarcil ist bisher ergebnislos geblieben, obwohl die Polizei ganz ungewöhnliche Mittel aufgeboden hat, um des Mörders habhaft zu werden. Auch Sonnabend abend durchstreifen wiederum hundert Beamte der Schutzpolizei die Wälder und leuchteten mit Scheinwerfern und elektrischen Lampen auch die Kornfelder ab, da Ribarcil sich möglicherweise in dem hohen Getreide verborgen hält. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es dem Mörder gelungen ist, bereits in der vorigen Nacht die Sperren der Verfolger zu durchbrechen um auf das andere Ufer der Davelier zu gelangen, wo es ihm ein leichtes gewesen sein dürfte, zu entkommen.

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich

Ein Attentat auf den Ministerpräsidenten?

In der Nacht zum Sonntag entgleiste auf der Strecke Paris — Marseille bei der Einfahrt zum Bahnhof Montreaux der Nacht-Schnellzug. Die Lokomotive kürzte um, der Packwagen und die drei ersten Personenwagen fuhren ineinander. Ein Wagen erster Klasse wurde vollkommen zertrümmert. Sieben Reisende wurden getötet und acht schwer verletzt.

Die Untersuchung der Katastrophe, die unter Führung des Ministers für öffentliche Arbeiten geht, hat bisher ergeben, daß das Unglück wahrscheinlich auf ein Attentat zurückzuführen ist. Unter der Maschine fand man die Trümmer einer Welle, eines kleinen Arbeitswagens, der zum Transport von Schienen dient. Der Wagen muß aus einem benachbarten Eisenbahndepot auf die Schienen geschleppt worden sein und zwar kurz vor der Durchfahrt des Schnellzuges. Denn eine halbe Stunde vorher hatte ein Personenzug die spätere Unfallstelle ohne irgend einen Zwischenfall passiert.

Da Ministerpräsident Lardieu zu seiner Reise nach Dijon die gleiche Strecke benutzte, wird in der Pariser Rechtspreffe die Vermutung geäußert, daß das Attentat dem französischen Ministerpräsidenten galt.

13 Paar abgechnittene Ohren

Ein unheimlicher Fund

Ein Unbekannter hat am Freitag mittag bei Hajab in der Nähe von Bay aus dem Fenster eines Personenzuges ein in gelbes Papier eingewickeltes Paket auf den Bahndamm geworfen. Ein Eisenbahner hob das Paket auf, öffnete es und fand darin zu seinem Entsetzen 13 Paar abgechnittene menschliche Ohren. Die sofort alarmierte Polizei bemüht sich nun, die Identität des Passagiers festzustellen, der das Paket aus dem Fenster geworfen hat. Bisher allerdings ohne Erfolg. Das Fahndungsamt der Lodger Polizeidivision hat Telegramme an die Universitäten Krakau, Lemberg und Lublin gerichtet, worin gefragt wird, ob in den dortigen anatomischen Instituten nicht eine große Anzahl menschlicher Ohren abhandelt gekommen ist. Der geheimnisvolle Vorfall hat bezeichnerweise in Lodz starke Erregung hervorgerufen, da er zu verschiedenen phantastischen Gerüchten Anlaß gibt.

Großfeuer in einer amerikanischen Irrenanstalt

In der staatlichen Irrenanstalt von Central Islip brach zum viertenmal innerhalb eines Jahres ein Großfeuer aus, durch das das Gebäude, in dem die Hülfegeirinnen wohnen, völlig zerstört wurde. 28 Personen, darunter neun Feuerwehrleute, erlitten Verletzungen mehr oder minder schwerer Art. Die 6000 Patienten, unter denen sich zahlreiche gemeingefährliche Irre befanden, konnten von dem Personal nur mit größter Mühe in Sicherheit gebracht werden, da sich der Kranken eine Panik bemächtigte, als während des Brandes einige heftige Explosionen erfolgten. Die Pflegerinnen, die sich in dem brennenden Gebäude befanden, mußten infolge der raschen Ausbreitung des Feuers mit Hilfe von Sprungtuchern gerettet werden. Anscheinend ist das Feuer auf Brandstiftung zurückzuführen.

Zeppelin in Lateinamerika

„Graf Zeppelin“ ist am Sonnabend um 12:25 Uhr mittellopamer Zeit in Lateinamerika gelandet. Das Schiff wurde von der „Los Angeles“, dem früheren J. N. III und 5 Militärflugzeugen eingeholt. Als das Schiff den Boden erreicht hatte, wurde kein Hindernis von einer Höhe beobachtet, so daß 5 amerikanische Marinekolonnen an den Tauen festgeklemmt, minutenlang in der Luft schwebten. Ein Teil sprang schließlich ab. Mehrere Soldaten wurden leicht verletzt.

Das Schiff hat seit seinem Start in Friedrichshafen in 11 Stunden und 52 Minuten etwa 23 000 Kilometer zurückgelegt.

Edener über die Sturmfahrt

Nach Erledigung der Zollformalitäten begaben sich die Passagiere des Graf Zeppelin bis zur Abfahrt des Sonderzuges, der sie nach New York bringen soll, in die Wartehalle. Dr. Edener erschien im Pressezimmer und hat die Pressevertreter, ihre Fragen möglichst kurz zu fassen. Er war offensichtlich sehr müde und machte einen weit abgeschwächten Eindruck als nach den früheren Fahrten. Er ließ sich auf einen Stuhl hinsetzen und teilte, meist durch Vermittlung des Dolmetschers, über den Verlauf der Fahrt folgendes mit: Gestern Abend etwa um 8:30 Uhr geriet das Luftschiff in die schwerste Sturmsee, die es je erlebt hat. Sie war sogar schlimmer als der Sturm, der bei der ersten Transozeanfahrt den Holoisenzug auftrieb. Es folgte zunächst ein 40-Kilometer-Wind, plötzlich setzte ein Nordwind von 65 Stundenkilometern ein. Das Luftschiff stampfte wie ein Schiff in schwerster See; jedoch ist kein einziger Passagier erkrankt, und es wurde kein Schaden angerichtet. Zwei Minuten, nachdem wir in den Sturm geraten waren, erhielten wir durch Funkpruch die Warnung des Wetterbüros in Washington, daß ein solcher Sturm zu erwarten sei. Wir nahmen von Pernambuco direkten Kurs auf Lateinamerika, weil wir über Cuba starke Gegenwinde angetroffen hätten. Wir befürchteten, daß wir unter diesen Umständen nicht mit unserem Brennstoff bis Lateinamerika kommen würden. Das Luftschiff hatte bei der heutigen Ankunft in Lateinamerika noch Brennstoff für 30 Stunden. Infolge des Regens in Pernambuco war das Gewicht des Luftschiffes so stark erhöht worden, daß wir 4 Kilogramm Brennstoff weniger als ursprünglich beabsichtigt, mitnahmen. Der Graf Zeppelin wird am Montag um 9 Uhr die Rückfahrt nach Sevilla antreten.

Kürten-Beugen gesucht

Am 30. April hat der Düsseldorf-Mörder Kürten im Grafenberger Wald ein Mädchen, das aus Verdingen stammt, dessen Personalien bisher aber noch nicht bekannt sind, durch Hammerschläge zu Boden gestreckt und offenbar in dem Glauben liegen gelassen, sein Opfer ermordet zu haben. Das Mädchen wurde später mit schweren Kopfverletzungen aufgefunden. Ferner ist die Düsseldorf-Kriminalpolizei bemüht, das junge Mädchen ausfindig zu machen, das Kürten im Juni 1928 nach Besuch einer Feuerwerksveranstaltung in Oberkassel mit dem Stillet zu töten versuchte. Das Mädchen konnte seinerzeit entfliehen. Endlich wird jene Frau aus Herne gesucht, die Kürten Anfang April dieses Jahres ebenfalls mit einem Stillet ums Leben zu bringen versuchte. Inzwischen ist festgestellt worden, daß Kürten schon im Juni 1919 ein junges Mädchen aus Herne im zu ermorden versuchte. Ein seinerzeit gegen Kürten eingeleitetes Verfahren mußte damals wegen Mangel an Beweisen eingestellt werden.

Selbstmord eines Stahlhelmführers

In der Nähe der Stadt Belgorn wurde am Himmelfahrtstage die Leiche eines etwa vierzigjährigen Mannes aus der Elbe geborgen. Der Tote hatte eine Schußverletzung am Hinterkopf. Seine Persönlichkeit konnte nicht sofort identifiziert werden. Man vermutete indessen, daß es sich um einen Major von Belgorn aus Kgl. Artillerie bei Dresden handelte. Der Bekannte verließ vor einigen Tagen seine Wohnung, angeblich, um bei der Wahl einen größeren Geldbetrag abzurufen. Da er von diesem Ausgang nicht wieder zurückgekehrt ist, bei der Leiche

aber eine größere Geldsumme nicht gefunden wurde, war man geneigt, einen Raubmord anzunehmen, doch auch ein Mord aus politischen Motiven wurde als nicht ausgeschlossen bezeichnet, da Major von Bergen ein sehr anrüchiger Stahlhelmführer gewesen war.

Von amtlicher Stelle wird dazu mitgeteilt, daß die Leiche tatsächlich als die des Majors a. D. von Bergen aus Kgl. Artillerie festgestellt worden ist. Es kommt jedoch weder ein Raubmord noch ein politischer Mord in Frage, sondern es handelt sich zweifellos um einen Selbstmord infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Bergen hatte am 23. Mai nach Hinterlassung von Abschiedsbriefen seine Wohnung verlassen und wurde seitdem vermißt.

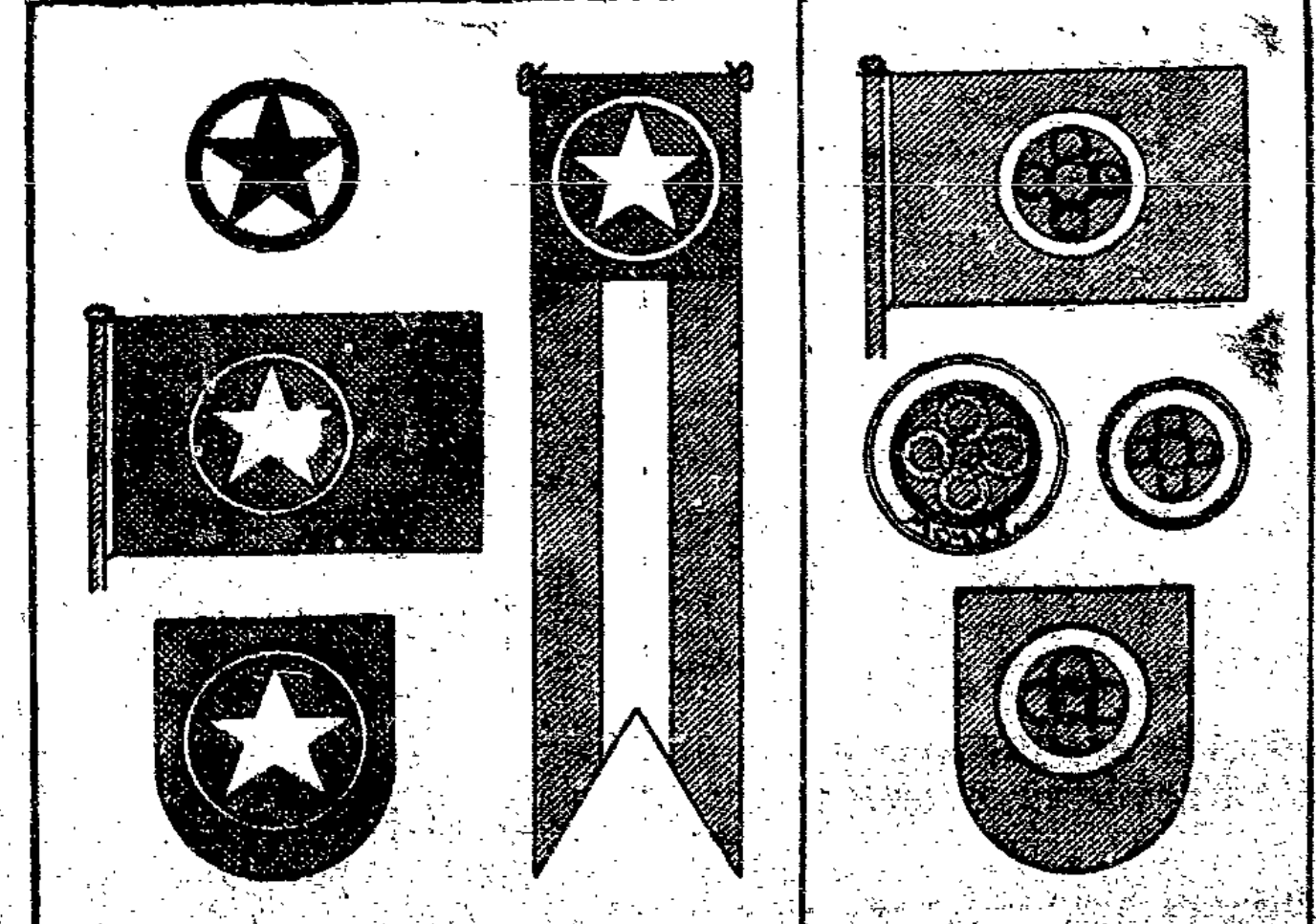
Der Stand der Lübecker Säuglings-erkrankungen

Die Zahl der Todesopfer ist nach einem heute früh ausgegebenen Bericht des Gesundheitsamtes nicht gestiegen. Die Zahl der erkrankten Säuglinge hat sich um drei Neuerkrankungen auf 104 erhöht. In ärztlicher Beobachtung bzw. gesund sind 82, gebessert 37 Säuglinge.

Mordauflösung nach 45 Jahren?

Der im Jahre 1884 in Neukalen (Mecklenburg-Schwerin) erfolgte Tod des Schuhmachers Krüger, von dem man annahm, daß er sich das Leben genommen habe, beschäftigt jetzt die Staatsanwaltschaft und die Fahndungsbehörden, da ein seinerzeit in Neukalen tätiger Gendarm erziehungswachtmeister der Erbroßelung und Erhängung des Schuhmachers beschuldigt wird. Auch aus anderen Teilen des Landes sind Anzeigen eingelaufen, die denselben Gendarm erziehungswachtmeister der Täterschaft noch weiterer Morde bezüchtigen.

Preisgekrönte Entwürfe für die Abzeichen des Völkerbundes



Die aus 1700 eingesandten Arbeiten ausgewählt und mit zweiter (rechts) Die hier gezeigten Entwürfe — Fahnen, Wappen, Briefen ausgepickt wurden. (Ein erster Preis wurde nicht vergeben.) Die Entwürfe sind von Generalmajor Knappe (links) und Generalmajor Knappe (rechts) entworfen.

Wirtschaftskrise und politische Krawalle

Beispiel Birmasens

Die blutigen Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Hakenkreuzlern mehrten sich von Tag zu Tag. Die Bevölkerung ist ihres Lebens nicht mehr sicher. Jeder harmlose Passant läuft Gefahr, irgendwann und irgendwo in einen Straßenkampf zu geraten und dabei sein Leben einzubüßen. Von der Polizei wird ein energischeres Vorgehen gegen den mordlustigen Radikalismus gefordert. Die Polizei kann jedoch nicht das Uebel bei der Wurzel packen. Wenn die Wirtschaftskrise weiter um sich greift und nicht bald etwas Ernsthaftes zur Behebung des Arbeitsmarktes unternommen wird, dann ist hundert gegen eins zu wetten, daß bei den nächsten Wahlen die radikalen Flügelparteien einen neuen Auftrieb erfahren und den Kommunisten und Nationalsozialisten erst recht den Ramm schenken. Da alsdann der Reichstag noch weniger arbeitsfähig wäre als jetzt, würde die Wirtschaftskrise sich verschlimmern. Fortdauernde Not und wachsender Radikalismus müssen aber den Guerillakrieg zwischen den Hitler und Thälmann vereinigten. Wie durch lang andauernde Wirtschaftsnot höchst gefährliche Wetterwinde geschaffen werden. Dafür sind die Birmasener Krawalle ein lehrreiches Beispiel.

In der deutschen Schuhmetropole Birmasens — vor 200 Jahren nach ein armenisches Dörfchen — wohnen heute 48 000 Menschen. Das Festtempo unserer Zeit erfüllt auch diese industrielle Gebirgsstadt im Wälder Wald. Sie hat in Zeiten guten Geschäftsganges 20 Millionen Paar Schuhe pro Jahr hergestellt. Die letzten Jahre der Konjunktur sind vorbei. Die Produktion ist auf 14 Millionen Paar Schuhe zurückgegangen. Die Folge ist, daß Birmasens prozentual die höchste Erwerbslosenziffer Deutschlands hat. Aber auch seine Arbeitslosenzahlen geben noch kein Bild seines Elends; denn die Zahl der Ausgewanderten, die der Gemeinde zur Last fallen, ist enorm. Die Krise wütet seit fast anderthalb Jahren.

Schuld an dieser Entwicklung trägt neben der ausländischen Konkurrenz vor allem der Rückgang der Kaufkraft der Massen. Während in Amerika im Jahre jeder Einwohner drei Paar Schuhe kauft, entfällt auf jeden Deutschen knapp ein Paar pro Jahr. Selbstverständlich trägt auch die Rationalisierung in den Betrieben zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit bei. Die mit unerhörten Präzision arbeitenden Maschinen haben in den Schuhfabriken die Handarbeit fast überflüssig gemacht. Es gibt zum Beispiel Zwickmaschinen („Zwicken“ nennt man das Zusammenstecken der Schuhe auf den Leisten), von denen eine die Arbeit von 25 Handarbeitern leistet. Geradezu raffiniert ausgeklügelte Maschinen kommen immer mehr zur Verwendung; sie bedürfen der menschlichen Hand nur noch zum Zureichen und Abnehmen des Werkstückes. Früher mußten die Schuhe aus einzelnen Lederstücken zusammengesetzt werden, heute werden für Damenschuhe meist nur noch hölzerne Abzüge verwendet, die fertig geliefert werden. Infolgedessen sind die Präfer und Ausgaler, das heißt die Arbeiter der Lederabzüge, zum größten Teil ausgeschaltet. Sie sind überflüssig und können leben, wo sie blicken. Das Maschinenproblem ist in Birmasens für viele Existenzen zu einer Schicksalsfrage geworden.

Durch kräftige Preisentwertung ließe sich — das ist die Auffassung der örtlichen Führer der freigewerkschaftlichen Schuharbeiter — wenigstens ein gewisser Ausgleich schaffen. Der Verkaufspreis liegt immer noch hundert Prozent über den Herstellungskosten. Preisentwertung würde den Konsum und damit den Beschäftigungsgrad der Schuhindustrie heben. Mit Preisentwertung könnte man auch der schmerzlichen Konkurrenz besser begegnen. Allein zur Massenmachfrage kann die Preisentwertung anturbein, und einzuweisen ist von einer Hebung der Massenkaufkraft noch nichts zu erwarten.

Die Birmasener Schuharbeiter leiden besonders hart unter dem Mangel jeglicher anderweitiger Beschäftigungsmöglichkeit. Eine Abwanderung in andere Berufe ist für sie so gut wie unmöglich, da es andere Industrien am Ort nicht gibt und in den übrigen Teilen des Reiches genug arbeitsfähige Hände zur Verfügung stehen. Auch besteht kaum die Möglichkeit, in der Nähe der französischen Grenze neue Industrien aus dem Boden zu kumpfen. Die sehr primitiven Verkehrsverhältnisse erschweren ebenfalls ein Unterkommen bei irgend welcher Arbeit in der Nachbarschaft. Birmasens liegt an keiner Hauptverkehrsachse; es ist nur auf einer eingleisigen Bahnstrecke von Biebrich (Linie Landau—Zweibrücken) zu erreichen. Die Wirtschafts- und Gewerkschaftskreise wünschen dringend, daß Birmasens in das Hauptverkehrsnetz der Reichsbahn einbezogen wird. Sie versprechen sich davon eine Besserung der Lage auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

Die Existenz der arbeitenden Schichten in Birmasens ist außerordentlich bedroht. Irgend eine Abhilfe muß bald gefunden werden, wenn die Stadt nicht noch mehr verelenden und zu einem Tummelplatz politischer Desperados werden soll. Für den Augenblick könnte wenigstens die Erweiterung der Krisenfürsorge auf alle Berufe und auf unbeschäftigte Dauer der Birmasener Arbeiterkraft einige Erleichterung bringen. Es wird Zeit, daß die Erweiterung der Krisenfürsorge durchgeführt wird.

Die Ausperrung der Wollarbeiter in Northire

Daunert bereits acht Wochen. Der vor kurzem unternommene Versuch des Arbeitsministeriums, die Parteien zusammenzubringen, wurde von den Unternehmern vereitelt. Sie erklärten, sie hätten ihr Vorhaben, den Lohn zu kürzen, keinesfalls aufgegeben. Die Arbeiter sind nicht geneigt, die Bedingungen der Unternehmer in ihrer augenblicklichen Fassung anzunehmen. Sie sind jedoch bereit, eine höhere als die bereits zugestandene Lohnsenkung von 5,8 Prozent in Erwägung zu ziehen.

Die Ausperrung wird allem Anschein nach noch einige Wochen dauern. Die Textilarbeiter-Internationale hat für die ausgesperrten Wollarbeiter 20 000 Mark aus dem Streikfonds zur Verfügung gestellt.

Der Haager Internationale Gerichtshof hat vom Internationalen Arbeitsamt zur Frage, ob die Freie Stadt Danzig Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation werden könne, ein Gutachten erbeten. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes hat die Ausfertigung dieses Gutachtens zugelassen und sich auch bereit erklärt, seinen Standpunkt vor dem Gerichtshof mündlich zu begründen.

Wachsel in der Führung der niederländischen Seemannen

Der niederländische Seemannenrat hat in Amsterdam stattgefunden. An Stelle des bisherigen Vorsitzenden Kooijman, der in den Hauptberuf des niederländischen gewerkschaftlichen Bundesberaters berufen wurde, übertrug man die ersten Vorarbeiten dem neuen Vorsitzenden.

Auf dem Kongreß wurden die wichtigsten Punkte der unter dem Wasserbaupersonal das heute noch vielfach

Arbeitszeiten von 80 bis 120 Stunden pro Woche hat, stark gegekelt. Der Kongreß forderte einmütig die allgemeine Einführung der 48-Stundenwoche für das Wasserbaupersonal, wie sie unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Ratsherren in Amsterdam für das städtische Wasserbaupersonal bereits durchgeführt wurde.

Verbandstag der Textilarbeiter

Der Deutsche Textilarbeiter-Verband hält in der Zeit vom 16. bis 21. Juni in Stuttgart seinen Verbandstag ab. Den Auftakt dazu soll ein Jugendtag geben, an dem sich nach den bisher vorliegenden Meldungen beim Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes mehrere Tausend jugendliche Mitglieder der Organisation aus allen Teilen des Reiches beteiligen werden. Auf dem Verbandstag wird auch Tom Shaw, der Sekretär der Textilarbeiter-Internationale und gegenwärtige britische Kriegsminister sprechen.

Breslauer Arbeitsgericht befragt einen Betrug

Daß ein Gericht einen Betrug am Publikum und an den Angestellten gut heißt, erscheint einigermaßen ungläubig, kommt aber dennoch vor, wie nachstehender Fall beweist. In dem Betrieb der Konditorei Kreuzer, Kloster-

straße 18, lastieren die dort tätigen Servierfräuleins 10 Prozent Bedienungsgeld vom Gast. Diese 10 Prozent dürfen die Fräulein nicht etwa für sich behalten, sondern müssen diese an die Arbeitgeberin, Fräulein Kreuzer, abführen. Die Summe dieses Bedienungsgeldes reicht im Monat 200 bis 250 Rmk. aus; von diesem Betrage bezahlt Fräulein Kreuzer den Servierfräuleins 125.— Rmk. aus, von dem anderen Betrage wird der Geschäftsführer (Bräutigam der Arbeitgeberin) bezahlt.

Das weibliche Bedienungspersonal untersteht einem Schußgesetz, daß es nur nach Tariflohn arbeiten darf, da diese Löhne nach dem Gesetz als ausreichend gelten, und da, wo sie Prozente erheben, wie in diesem Falle, müssen dem Bedienungspersonal diese verbleiben.

Ein Servierfräulein, die sich betrogen fühlte, klagte von der oben bezeichneten Kammer auf Herausgabe der zu Unrecht zurückbehaltenen Prozente. Der Vertreter der Klägerin wies darauf hin, daß bereits unzählige Entscheidungen in eben la gelagerten Fällen ergangen sind, wo die Gerichte einen solchen Betrug an Publikum und Angestellten als gegen die guten Sitten verstößend erkannten.

Glücklicherweise ist dieses Urteil berufungsfähig und wird das Landesarbeitsgericht hoffentlich Recht sprechen, wie es andere Gerichte auch bereits in ähnlichen Fällen getan haben.

Wir möchten aber das verehrte Publikum bitten, in all den Betrieben, wo Servierfräuleins und Frauen arbeiten, bei Bezahlung der Prozente zu fragen, ob sich das weibliche Bedienungspersonal das Bedienungsgeld behalten darf, oder aber der betreffende Arbeitgeber sich auch ungerechtfertigt bereichert. Sollte das noch in einem Betriebe Breslaus der Fall sein, dann meide man ein derartiges Lokal.

Die ehemaligen Krongüter haben die schlechtesten Landarbeiterwohnungen

Das preußische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf überreicht, nach dem dem Staatsministerium ein Betrag von 3 Millionen Mark zur Vermehrung und Verbesserung der Arbeiterwohnungen nebst Zubehör auf den Domänen zur Verfügung gestellt wird.

Aus der Begründung dieses Gesetzentwurfes ist zu entnehmen, daß der preußische Landtag im März 1927 zur Vermehrung und Verbesserung der Landarbeiterwohnungen auf den staatlichen Domänen 2 300 000 Mark zur Verfügung gestellt hatte. Diese Mittel sind jetzt völlig verbraucht. Damit ist aber dem Bedürfnis an Neu- und Umbauten noch nicht abgeholfen. Für 1930 liegen Anforderungen in Höhe von 2 500 000 Mark zur Herstellung von Arbeiterwohnungen vor. Da der Deutsche Landarbeiter-Verband auf seiner Generalversammlung 1929 in Kiel ebenfalls die Forderung aufgestellt hatte, daß für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse auf den staatlichen Domänen mehr Gelder bereitgestellt werden müssen, begrüßen wir es, daß die preußische Regierung einen solchen Gesetzentwurf einbringt.

Interessant ist aber in der Begründung noch die Feststellung, daß durch die Zuweisung der ehemaligen Krongüter an die staatliche Domänenverwaltung noch ein viel größerer Bedarf an Geldmitteln für die Verbesserung der Landarbeiterwohnungen benötigt wird. Bei den ehemaligen Krongütern liegen die Arbeiterwohnungsverhältnisse ganz besonders mager.

Kein Wunder, wenn man sich im deutschen Lande die vielen Schätze der ehemaligen Besitzer dieser Krongüter ansehen muß, die auf Kosten des Volkes gebaut wurden und jetzt teilweise nutzlos leerstehen müssen. Dafür war Geld vorhanden, aber für die Masse Untertan blieb nichts übrig. Es könnte für manchen von denen, die noch heute hinter den Rauchschimmeln dieser ehemaligen Krongüterbesitzer hinterherlaufen, eine heilsame Kur bedeuten, wenn sie eine längere Zeit in den Hütten wohnen müßten, die diese Herren für die Landarbeiter für gut genug fanden.

330 gegen 110

von Stadtkammer Szilard, W. d., Rathenow

Bereits bei der Einbringung des Etats im preußischen Landtag wies der Finanzminister darauf hin, daß der Haushalts für 1930 nur formell durch Einziehung eines zu erwartenden Mehrertrages in Höhe von 88 Millionen aus den Reichsüberweisungssteuern in Ordnung gebracht werden könnte. Dabei sollten noch Rückflüsse aus den staatlichen Wohnungsförderungsfonds und die Rücknahmen von der Landespfandbriefanstalt und den Wohnungsförderungsgesellschaften in Höhe von 12 Millionen Mark zur Deckung herangezogen werden. Diese Maßnahme wurde durch die Annahme der Ley-Empfehle im Reichstag illusorisch gemacht, die eine andere Verwendung der Rückflüsse von Hauszinssteuermitteln als zu Wohnungsbauzwecken unterlagte. Das Defizit erhöhte sich u. a. durch vom Landtag beschlossene Mehrausgaben um 3 Millionen und durch Einstellung einer für einen geforderten Gemeindegrenzfonds eingestellten Summe von 14 Millionen auf zusammen 117 Millionen Mark.

Die preußische Regierungskoalition stand somit vor der Aufgabe, die Einnahmen zu erhöhen, da eine Senkung der Ausgaben angesichts der schon stark vorgenommenen Drosselung derselben eine Unmöglichkeit war. Selbst wenn die durch Reichsfinanzgelehrte vorgelegten neuen zulegenden Steuereinnahmen ganz von ihm ohne Berücksichtigung der Gemeinden (die aber durch die Reichsgehalte zum Teil vorgeschrieben sind) hätten verwendet werden können, war eine Deckung ohne Erhöhung von Steuern nicht möglich, da Preußen nur mit neuen Einnahmen von insgesamt 37,6 Millionen Mark rechnen kann. In dieser Summe sind enthalten aus der Biersteuererhöhung 42,7, aus der Mineralwassersteuer 20,2, aus der Umsatzsteuererhöhung 19,8 und aus der Warenbausteuer 4,9 Millionen Mark.

Demgegenüber ist aber nach den Ergebnissen des Jahres 1929 mit einem erheblichen Rückgang bei der alten Ueberweisungssteuer und zwar bei der Einkommensteuer um 9 Millionen, bei der Körperschaftsteuer um 39,6 und bei der Umsatzsteuer um 4,9, insgesamt also mit 53,5 Millionen Mark Ausfall zu rechnen. Die vorhin aufgezählte Mehreinnahme von 87,6 Millionen vermindert sich infolgedessen um 53,5 auf 34,1 Millionen. Durch Mehreinnahmen von 19,6 Millionen Kraftfahrzeugsteuer ergibt sich ein Betrag von 53,7 Millionen Mark, dessen Verteilung auf Staat und Gemeinden bei der Kollage der Gemeinden eine zwingende Notwendigkeit war.

Unter der Voraussetzung, daß die Biersteuerüberweisung zur Hälfte für den Staat, zur Hälfte für die Gemeinden in Anspruch genommen wird, die Mineralwassersteuerüberweisung ganz den Gemeinden zugute kommt und die steuerlichen Mehreinnahmen dem reinen Gemeindeanteil (40 Prozent) an der Einkommen- und Körperschaftsteuer zugelassen werden, ergeben sich folgende Verteilungen:

	Einkommen- und Körperschaftsteuer	Mineralwassersteuer	Biersteuer	Kraftfahrzeugsteuer	Summe
für den Staat	- 14,255	—	+ 21,35	—	+ 7,095
die Provinzen	- 2,282	—	—	+ 13,2	+ 10,918
die Landkreise	- 0,762	—	—	+ 5,66	+ 4,898
die Gemeinden (inkl. Landes-)	- 11,521	+ 20,2	+ 31,35	—	+ 39,029
(inkl. Landes-)	- 28,8	+ 20,2	+ 42,70	+ 18,86	+ 52,96

Die den Gemeinden verbleibenden Mehreinnahmen von 30,229 Millionen Mark sollen dazu dienen, den lange geforderten Volksschulbau zu ermöglichen. Für den Staat bleibt in dieser Situation nur eine Mehreinnahme von 7,095 Millionen gegenüber einem Defizit von 117 Millionen, so daß Mehreinnahmen von 110 Millionen Mark gefunden werden müßten.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird sich angesichts der Schwere der Entscheidung darüber klar, daß Steuererhöhungen nur zur Befriedigung der

Staatsinteressen, niemals aber privaten Interessen dienen dürften. Deckungsmöglichkeiten im Sinne einer reiflichen Befriedigung sozialdemokratischer finanzpolitischer Grundzüge waren gering. Es sei dabei nur an das politische Kräfteverhältnis in Preußen und seine Beeinflussung durch die Reichspolitik, weiter an die durch die Reichsgelehrte begrenzte Finanzhoheit der Länder erinnert. Eine in der Öffentlichkeit geforderte

Gleichstellung der Erhebungsgrundlagen der Hauszinssteuer war nach den Erfahrungen im Jahre 1926, wo ein entsprechender Gesetzentwurf mit den Stimmen der Rechten und Kommunisten in namentlicher Abstimmung abgelehnt worden war, nicht zu erreichen. Ueberdies war innerhalb der Koalition eine einheitliche Auffassung für eine solche Regelung, die rund 133 Millionen Mark für den Etat erbracht hätte, nicht gegeben. Eine andere Verwendung des Hauszinssteueraufkommens, das jetzt zur Hälfte als Finanzanteil und zur Hälfte für Bauzwecke verwandt wird, zugunsten einer stärkeren Inanspruchnahme für Finanzzwecke in der Form, daß nur 45 Prozent für Bauzwecke und 55 Prozent für den Finanzbedarf verwendet werden sollten, war für die sozialdemokratische Fraktion unannehmbar, da hiermit eine weitere Verschlechterung des Baumarktes und damit eine Steigerung der Arbeitslosigkeit verbunden war. Mit aller Energie

verlangte das Zentrum eine Erhöhung der Hauszinssteuer in Form einer 10prozentigen Mietererhöhung, von der 4 Prozent dem Staat zur Deckung des Etatdefizits, 3 Prozent zur Senkung der Neubausmieten der Jahre 1928 und 1929 und 3 Prozent den Hausbesitzern zuzuführen sollten. Das entsprach einer Mehreinnahme von 330 Millionen.

Für die Sozialdemokratie war die Annahme dieses Vorschlages eine glatte Unmöglichkeit. Aus der Notlage des Staates sollte ein Gehalt für die Hausbesitzer gemacht werden. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion war sich jedoch darüber klar, daß eine Politik des Alles oder Nichts mit dem Endergebnis des Ausschusses aus der Regierung den Interessen der sozialdemokratischen Wähler nicht gedient hätte. Sie entschied sich daher nach einer sorgfältigen Prüfung der Situation für das kleinere Uebel, das sie in dem Vorschlag des Finanzministers erblickte, einen Zuschlag zur staatlichen Grundvermögenssteuer (mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Grundvermögen) in Höhe von 100 Prozent zu erheben, der rund 110 Millionen Mark erbringen sollte. Auch seine Annahme bedeutet zwar eine 4prozentige Mietererhöhung, aber gegenüber der vom Zentrum geforderten 10prozentigen mit einer Belastung von 330 Millionen nur eine solche von 110 Millionen. Für den Fall der Zustimmung fordert die sozialdemokratische Fraktion aber die Aufnahme der landwirtschaftlichen Grundvermögenssteuererhebung der Grundvermögenssteuer auf 70 Millionen.

Nach einem überaus hartnäckigen Kampf unter den Regierungsparteien nahm schließlich das Zentrum von seinem Vorschlag einer 10prozentigen Erhöhung der Mietererhöhung Abstand, so daß eine Einigung der Regierungsparteien auf den Vorschlag des Finanzministers und des sozialdemokratischen Abänderungsvorschlages erfolgte. Der eingebrachte Antrag der Regierungsparteien steht auf Wunsch des Zentrums noch eine gewisse Berücksichtigung des Steuerbedarfs für den Fall der Grundvermögenssteuererhebung zu eigenen Wohn- oder gewerblichen Zwecken vor. Die Entscheidung liegt nun beim Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion kann in Anbetracht der politischen Kräfteverhältnisse mit dem Kompromiß zufrieden sein; es ist ihr gelungen, eine lebensfähige, weit weiter gehende Belastung der Mieter zu verhindern, den Gemeinden durch den Volksschulbau ein besseres finanzielles Bewußtsein zugunsten ihrer Wohlfahrtsarbeiten zu geben und dabei den Antagonismus zur Befriedigung von Privatinteressen abzuwehren.

Hygiene-Ausstellung in Dresden 1930 und Arbeitersport!

Seit der ersten Hygiene-Ausstellung 1911 in Dresden hat Menschheit knapp 2 Jahrzehnte erlebt: Kriege wütheten, und Seuchen zerrissen die Völker, Millionen starben als Folge menschlicher Verhöhnung und wahre menschliche Kultur zu weihen pflegte.

Und jetzt um zweiten Male: Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden. Umtraut von grünenden und blühenden Anlagen hat sich die Ausstellungstadt aufgebaut; überall helle luftige Gebäude, darüber die bunten Farben der Fahnen der jugendlichen Länder.

Nach der internationalen Arbeitersport ist daran beteiligt. In der Halle der Leibesübungen hat er seinen Platz gefunden, und jedem Besucher auffallen durch seine bestimmte Gestalt, allgemeine munterhafte Anordnung und einheitliche Wirkung.

Über eine große weiße Wand laufen 22 rote Strahlen, das 11 Landesstarke und 11 Reichsorganisationen, die sich in Mitteldeutschland, Zentralkommission für Sport und Körperpflege vereinigen. Darüber die Abzeichen der einzelnen Länder und das imposante Haupt des Ganzen: die Sozialistische Sport-Internationale (S.S.I.). An der gegenüberliegenden Wand befinden sich die S.S.I. mit großen Lettern: Die Arbeitersportorganisationen und die S.S.I. fördern durch ihren Tat die Gesundheit und den kulturellen Aufstieg der Welt in aller Völker! Ein höchst einfacher, aber dennoch sehr wirkungsvoller Spruch, der seine Wahrheit durch das Ausstellungsergebnis bestätigt.

Der Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund hat seine 330 000 Mitglieder noch und die Leistungen in der Welt, im Reich, im Ausland, bei den Wettbewerben und Unfallunfällen.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ zeigt ein Abbild seines Heimes am Fichtelberg (Sächsische Schweiz) und wert in wirkungsvoller Weise die Lösung: „Sinnlos ins Meer“.

Der Arbeiter-Athletenbund hat ein Modell seiner Leibesübungs- und Schwimmerschule in Magdeburg ausgestellt. Die Anschauung wird nicht von einer riesigen Eisenhalle. An Stelle dieses Eisenbaus könnte man sich wertvolleres Material in der Anlage stellen.

Die „Volksgesundheit“ legt ein mächtiges Buch auf, man verliert verachtlich zu blättern nach den vielseitigen Leistungen der fortgeschrittenen Organisation.

Der Arbeiter-Samariter-Bund ist ein Meister im Schwimmen; in seinen städtischen Schwimmvereinen unterbreitet Mitgliederbewegung, Disziplinierung, die Tatkraft der Arbeiter, Unfälle, Krankentransport und Pflege.

Die Arbeiter-Turner- und Sportler bieten eine gemischte Schau. Letztere zeigen gute Nachbildungen von Jah-

rennen und den Entwurf eines Vereinshauses, wie es sich wohl jeder Verein gern wünscht.

Die Arbeiter-Kegel, der Arbeiter-Schachbund und der Arbeiter-Schützenbund wirken gemeinsam; ihr Material erzählt von einem großartigen Aufstieg der drei höchsten Arbeiter-Sportorganisationen. Jeder Besucher kann die Entwicklung an Ort und Stelle eingehend prüfen.

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund, die größte Arbeitersportorganisation in Deutschland und in der Internationale, hat die sein modellierte Bundeschule Leipzig aufgebaut. Die anerkannte vorbildliche Werkstätte für proletarische Leibesübungen und Geistespflege, Kraftstation des Bundes, die alle Teile des Leibes während mit wertvollen Energien versorgt, lag der Definitivität eine großartige Wahrheit, die Zahlen kaum erhöhen könnten.

Mancher Verband hätte gewiß noch Besseres zeigen können. Ausstellen ist eine besondere Wissenschaft, die erlernt und erforcht sein will.

Der Gesamteindruck ist überzeugend und wird noch durch die Attrappe einer Fabrikanlage, die die Mitte des Raumes umfaßt, erhöht. Eine Uhr daran zeigt: „Über Feierabend!“ Und der Kranz der roten Buchstaben, der die städtische Arbeitstätte umschließt, antwortet: „Nach der Arbeit zu Sport und Spiel!“

Der Raum der Arbeitersportbewegung hat eine schlichte und doch eine grandiosische Gestaltung, die allgemeine Zielsetzung wird in jeder Beziehung gewahrt. Ständig wirkt vor eine mächtige Figur, die eigentlich mehr das Kraftmeistertum verkörpert, als die edle Sache des Arbeitersports.

Der Reichsausschuss für Leibesübungen fällt gegen die Darstellung des Arbeitersports mächtig ab. Man sieht bemalt Wände, einige Bilder, Plakate gleich Plakaten mit Zahlen der einzelnen Verbände, ein Modell und endlich die „Ade“ des Gegners; die heißt: „Von Volksgesundheit und Volkstraft zur Volksgemeinschaft!“

Draußen über den Turnplatz, der die Halle der Leibesübungen flankiert, plant die warme Matenionne, Kinder jagen nach einem Ball. Das lebendige Beispiel imponiert. Der Friede der Bewegung löst sich und die Freude bringt hinterdrein. Und eben diese bescheidenen Eigenschaften, die sich aus dem Erlebnis dem Auge bieten, brauchen die Menschen, um Hygiene zu treiben.

Was die ungeheure Leistung, die die zweite Hygiene-Ausstellung in Dresden darstellt, ordentlich behauptet werden, besonders von der Arbeitersport und ihren Kulturorganisationen. Die Gedanken müssen Zielsetzung werden: Hygiene ist Wohlfahrt, ist friedliche Arbeit, die alle Länder und Völker verbinden muß; das ist ihr hervorstechend internationaler Wert. Die Gesundheit der gegenwärtigen Menschheit ist die Grundlage für das Leben und die wertvolle Voraussetzung für eine neue Kulturbewegung.

Brig Schreiber.

Die Breslauer Arbeitersportler beherrschen den Stahlhelmaufmarsch die Straßen der Innenstadt

Arbeiter-Schwimmverein „Poseidon“ gewinnt die Jubiläumstafette überlegen 500 Läufer am Start

Die Breslauer Arbeitersportler hatten am gestrigen Sonntag ihren großen Tag. Die alljährlich vom Arbeiter-Sportklub Breslau zum Austrag gebrachten Straßenläufe hatte in diesem Jahre der Schwimmverein „Poseidon“ übernommen, der dieses aus Anlaß seines fünfundsingzigjährigen Bestehens Jubiläumstafette „Rund um die Innenstadt“ zur Durchführung brachte.

Schon in den frühen Morgenstunden besetzten die zu ihren üblichen marschierenden Läufermannschaften, sowie die Turner- und Jugendabteilungen der Breslauer Arbeitersportvereine die Straßen der Arbeiterviertel und der Innenstadt.

Mit Arbeitersportwagen besetzte Wagen wiesen mit Transparenten und Plakaten auf die kommenden großen Arbeitersportveranstaltungen, das zu Pfingsten im Stadion stattfindende internationale Arbeiter-Schwimmfest und das am 26. und 27. Juni in Breslau zur Abwechslung gelangende 3. Silesische Arbeiter-Turn- und Sportfest hin. Sie wurden dabei von den Turner- und Jugendabteilungen, die tausende von roten Fahnen verteilten, auf das attraktivste unterstützt. Reges Leben herrschte auf der Margaretenstraße vor dem Gewerkschaftsgebäude, wo sich Start und Ziel befanden.

Inzwischen hatten sich erfreulicherweise hunderte und Tausende von Angehörigen der werktätigen Bevölkerung an der Strecke eingezeichnet, um Zeuge dieses großen sportlichen Ereignisses zu sein. Ein Zeichen der Verbundenheit zwischen Arbeitersport und Arbeiterstadt. Der Volkswille ist halber sei es denn, daß am Wertheimhaus und auch an anderen Stellen die Mitglieder der schwarz-weiß-roten Ausläufer unter Führung von polizeilichem Schutz recht zahlreichem Zuschauer abgaben.

Die Arbeitersportler selbst hielten auf Ordnung. Kurz nach 10 Uhr wurden die fünfzehn Mannschaften in Bewegung gesetzt. Der Lauf selbst erhielt seine Abwechslung durch das Einsetzen eines Schwimmers, der vom Start bis an die Weststraße 200 Meter zu schwimmen hatte. Dadurch war aber auch die Entscheidung zum Teil gefallen, da die Schwimmer natürlich den besten Mann einsetzten, gegen den die übrigen Mannschaften, die fast durchweg gute Schwimmer zur Stelle hatten, aufkommen konnten. Der auf der Wasserstraße erzielte Vorsprung wirkte sich entsprechend auf der Landstraße aus. Die 250 Meter Vorsprung, der nur vorübergehend geringer wurde, konnten die Schwimmer unangefochten die 1000 Meter Strecke in der guten Zeit von 30:14 Minuten die Jubiläumstafette als Erste beenden. Die 7. Abteilung der Turner-Sportklub Breslau, zuerst hinter den auf über das Land gekommenen Ruderern liegend, arbeitete sich allmählich voran und konnte nach dem fünften Wechsel die Ruderer auf den dritten Platz vorziehen. Während die 7. Abteilung den vierten Platz bis zum Ziel behaupten konnte, mußten sich die Turner vorübergehend am Wapstplatz auf der 1500-Meter-Strecke von der gut angekommenen 5. Abteilung auf den vierten Platz verweisen lassen. Nordost, 1925, Silesia-Riders und Arbeiter-Radfahrer lieferten sich abwechslungsreiche Positionskämpfe, die zum Schluss Nordost, 1925 und Silesia-Riders vorn waren. Anzwischen gelang es der gut angekommenen 4. Abteilung, sich auf den fünften Platz zu schieben. Späterhin mußte die 5. Abteilung die Athleten von Nordost an sich vorbeiziehen. Die Tennis-Abteilung, die sich bis zum Wapstplatz recht gut behauptete, ließ dann merklich nach, um mit den Arbeitersportlern, die erstmalig mit einer 35 Mann starken Mannschaft an der Jubiläumstafette teilnahmen, die Schlußrunde zu bilden.

Ziel vor dem Gewerkschaftsgebäude hatte sich eine nach dem Ziel hinziehende Zuschauerreihe eingefunden, die lebhaften Anteil an der Begeisterung nahm.

Wichtig wurde der Bundesmarsch von den Spielern zu veranlassen. Dann ergriß Bundesgenosse Winder, als Vertreter des Reichsrates und des Schwimmvereins Poseidon das Wort, um kurz auf die Bedeutung der großen Nationalen Demonstration hinzuweisen, die an einem Tage stattfand, an dem die geistigen Gestalten eines zusammengebrochenen Volks aufeinander als Schauplatz für die Großstadtbegeisterung herangezogen wurden. Mit einem begeisterten Aufschrei „Frei Heil!“ auf die sich immer weiter ausbreitende

- Anschließend die Resultate:
1. Arbeiter-Schwimmverein Poseidon 30:14 Min.
 2. 7. Abteilung Freie Turnerschaft Breslau 31:11 Min.
 3. Freie Rudervereinigung Breslau 32:17,4 Min.
 4. Sportvereinigung Nordost 32:27,5 Min.
 5. 5. Abteilung Freie Turnerschaft Breslau 32:34 Min.
 6. Sportverein 1925 33:26,5 Min.
 7. 4. Abteilung Freie Turnerschaft Breslau 33:27 Min.
 8. Silesia-Riders 33:42 Min.
 9. Sportverein Stern 35:7 Min.
 10. Arbeiter-Radfahrer 35:15 Min.

Noch einiges zum Nachdenken.

Der Straßenlauf der bürgerlichen Sportvereine verschoben!

Etwa wegen dem am gleichen Tage stattfindenden Stahlhelmaufmarsch?

März 1920 Kapp-Putz. Die bürgerlichen Sportplätze sind leer. Angelegte sportliche Veranstaltungen fallen aus. Die Mitglieder der bürgerlichen Sportvereine sind zum Teil als Zeitfreiwillige tätig und von der Arbeiterschaft erkannt.

Juni 1930: Stahlhelmaufmarsch. Der Straßenlauf der bürgerlichen Sportler fällt aus. Warum?

Arbeiter, Arbeiterinnen, die ihr heut noch in bürgerlichen Vereinen sind, denkt nach und zieht die Konsequenzen. Werbet Mitglied der Arbeitersportvereine oder kommt mit euren Vereinen zur Arbeiter-Sportbewegung!

Unerwartete Resultate

Strehlen schlägt VfB. — Union verliert gegen Rapid — Südost gegen Stern zum dritten Mal unentschieden — In der Brieger Spielgruppe überstimmt VfB-Ohlau die Spitze

Das herrliche Wetter des gestrigen Sonntages hatte wieder ganz ansehnliche Zuschauerzahlen auf die Plätze gelockt. Traditionsgemäß leisteten sich einzelne Mannschaften wiederum Ueberreichungen. Im einzelnen wird gemeldet:

VfB. — Strehlen 3:5. Man kann den Strehlern allerdings zutrauen, einen Sieg über die an zweiter Stelle der 1. Klasse liegenden Ostschiner hatte man nicht erwartet. Bis zur Halbzeit sah es für Strehlen nicht gerade günstig aus, konnte doch VfB. 2:0 in Führung gehen. Nach dem Wechsel spielte Strehlen wie umgewandelt. VfB. wurde eingeschüchtern, der Ausgleich erzielt und nach drei weitere Tore waren die Ausbeute der eigenen Mannschaft. VfB. konnte nur noch einmal erfolgreich sein.

Rapid — Union 2:1. Wiederum ein Sieg einer zweitklassigen Mannschaft. Union gilt als eine nicht zu unterschätzende Mannschaft, umso überraschender die Niederlage! Spannend war das Spiel von Anfang bis Ende. Trotz der vielen Möglichkeiten gelangt keiner Mannschaft bis zur Halbzeit ein Erfolg. Nach dem Wechsel drückt zunächst Union! Es wird aber nichts erzielt. Ein plötzlicher Durchbruch Raptids bringt durch Halblinks das erste Tor. Leicht wird Union der Ausgleich, da Rapid bei einer Ecke ein Eigentor fabriziert. Der Sieg wird aber bald darauf durch ein unhaltbares Tor des Halbrechten Raptids sichergestellt. Schiedsrichter gut.

Südost — Stern 2:2. Als Abschluß der Werbestspiele hatte sich Südost den Gruppenmeister Stern verpflichtet. Das Spiel hielt das was man erwartet hatte. Der Anstoß Südost wird sofort abgefangen. Stern findet sich außerordentlich schnell und liegt bald in Führung. Die Dauerreihe Südosts ist der schwächste Mannschaftenstapel, so daß der Torhüter schwer zu arbeiten hat, um die wuchtigen Angriffe Sterns erfolgreich zu machen. Die Stürmer Süds versuchen immer wieder den Ausgleich zu schaffen, der endlich durch Südosts erzwungen wird. Aber noch vor dem Wechsel ist Stern abermals erfolgreich. Nach der Pause nimmt das Spiel einen völlig offenen Charakter an. In der Mitte der zweiten

Halbzeit auch die dritte Begegnung beider Mannschaften unentschieden verliert.

Sturm — 1921 5:1. Glänzend war die erste Halbzeit, die 1921 zeigte. Das Resultat von 0:0 ist nicht zu unterschätzender Erfolg. In der zweiten Hälfte des Spieles machte sich die größere Spielerfahrung Sturms bemerkbar. Bald sind drei Tore erzielt. Ein Eingeldbruch 1921 bringt einen Handelfmeter, welcher zum Ehrentor verwandelt wird. Die letzte Viertelstunde spielt Sturm völlig überlegen und kommt zu zwei weiteren Toren.

Sparta — Hundsfeld 6:1. Das größte Interesse beanspruchte im Rahmen eines Vereinswettkampfes das Spiel der ersten Mannschaften. So glatt wie das Resultat, errang Sparta den Sieg nicht. Die 1:0-Führung Spartas wurde in der 20. Minute durch Hundsfeld ausgeglichen und erst kurz vor dem Wechsel erzielt Sparta durch Rechtsaußen das Führungstor. Nach dem Wechsel drängt Hundsfeld, kann aber nichts erzielen, sodas die wiederankommenden Spartaner bis zum Schluß vier weitere Tore erzielen.

Freie Sportfreunde — VfB. 6:0. Die hohe Niederlage ist keineswegs gerechtfertigt, denn VfB. erzwang immer wieder ein offenes Spiel. Eine schlechte Torwächterleistung und die Unfähigkeit des VfB.-Sturmes, Tormöglichkeiten auszunutzen, sind aber schuld.

VfB. — 1924 4:1. Gegen die Sonne spielend, konnte der Bezirksmeister bis zum Wechsel nur ein 1:1 herausziehen. Nach der Pause spielten die VfB.er überlegen, konnten auch noch drei weitere Tore erzielen.

Adler — Freiheit 2:1. Beide Mannschaften lieferten sich bis zur Halbzeit ein offenes Spiel und erzielten je ein Tor. Nach dem Wechsel kann Adler durch Elfmeter den Sieg sichertstellen.

VfB. Ohlau — Spielvereinigung Brieg 6:2. Im Protestspiel standen sich in Ohlau beide Mannschaften gegenüber. Nach 20 Minuten erzielt der Halblinke Briegs das erste Tor. Bald darauf gleicht Ohlau aus. Mit diesem Stande wird gewechselt. Nach der Pause ist Ohlau glatt überlegen und überwindet noch fünfmal den Brieger Schlußmann. Brieg kommt nur noch zu einem Erfolg. Mit diesem Siege führt Ohlau in der Brieger Gruppe mit drei Punkten Vorsprung.

Fußball im Waldenburger Bergland

- Sonnabend, den 1. Juni:
- Fr. Sportfreunde-Waldenburg — Wratistawia-Breslau 1:2.
 - Hochwald-Hermsdorf — Union-Breslau 3:3.
- Sonntag, den 2. Juni:
- Freiburg 1 — Sandberg 1:2.
 - Reipolitz 1 — Felshammer 1:1.
 - Hermsdorf 1 — Etze Nieder-Elbbrunn 0:1.
 - Korhenbach 1 — Waldenburg 1:2.
 - Dittersbach 1 — Landeshut 1:2.

Sport am Simehlfahrtstag

Die Auswahlmannschaft schlägt die Stadtmannschaft 4:2

Was man auf Grund der Umstellung beider Mannschaften vermuten konnte, trat ein. Die Stadtmannschaft litt zum Teil an dem schlechten Verständnis untereinander, so daß sich die herausgearbeiteten Tormöglichkeiten nie verwirklicht ließen. Dazu kam, daß die Auswahl sich überraschend schnell fand und ihre Angriffe in gut geschlossenen Aktionen auf das Tor des Gegners vortrug. Die Stadtmannschaft der Stadteits hatte bestimmt einen ihrer schlechtesten Tage, dazu kam, daß das Verständnis mit dem Torhüter nicht genügend harmonierte und die Folge war die Niederlage. Die reichlich 900 Zuschauer dürften aber trotz alledem auf ihre Kosten gekommen sein, da speziell von seiten der Auswahl ein blendendes Spiel gezeigt wurde.

Der Spielverlauf: Der Anstoß der Stadtmannschaft endet an der Läuferreihe des Gegners und schon zwei Minuten nach Beginn führt die Auswahl. Unverkennbar bleibt die Auswahl im Vorteil. Schwere Deckungsfehler der Stadtmannschaft, der Stadteits bringt das eigene Tor in große Gefahr und unverhofft endet Halbrechts an dem verdutzten Torhüter zum zweiten Tor ein. Immer wieder rafft sich die Stadtmannschaft auf, doch nichts gelingt. Nach der Halbzeit zeichnet Halblinks und Rechtsaußen der Auswahlmannschaft für zwei weitere Tore. Der Halblinke der Stadteits ist es, der vor dem Wechsel ein Tor aufholt. In der Pause werden die Mannschaften umgestellt. Diese Umstellung bewirkt sich jedoch nicht. Wohl ist die Stadtmannschaft etwas besser, das richtigste Verständnis fehlt aber immer noch. Es wird ein offenes Feldspiel gezeigt, bei welchem der Halblinke der Stadteits kurz vor Schluß das zweite Tor erzielt. Vor diesem Spiel standen sich zwei Jugend-Auswahlmannschaften der Gruppen Brieg und Breslau gegenüber. Nach gleichmäßig verteiltem Spiel konnte Breslau knapp 1:0 gewinnen.

Ein zweites Übungsspiel zweier Stadtmannschaften im Stadion Bebelpark am Freitag, dem 6. Juni

Die stärkste Vertretung Breslaus muß ermittelt werden. Soll doch schon die Breslauer Stadtmannschaft am 14. und 15. Juni im Rahmen der Dresdener Hygiene-Ausstellung Werbestspiele gegen die äußerst spielfertige Dresdener Stadtmannschaft austragen. Ebenso erheischt das Kreisfest am 26./27. Juli die stärkste Vertretung, um gegen die Bezirksmannschaften des 14. Kreisfesten Sport zu bieten. Aus diesem Grunde findet am Freitag, dem 6. Juni, 18 Uhr, im Bebelpark ein Übungsspiel zweier Mannschaften statt. Die Aufstellung ist folgende: Grabolle (Sil.-Rid.); Hoffmann (Sturm); Marganus (Stern); Wanzel (Wratistawia); Kiebiß (Dewitz); Hampel (Union); Anoblich (Süd); Kärch (Stern); Kessler (Wader); Werner (VfB.); Kiebiß (VfB.); Ostschin). — Langner (Stern); Leiche (VfB.); Binner (Süd); Rajunko (Wratistawia); Jarzombek (Stern); Flade (Südost); Tau (VfB.); Müller (Gerta); Kretschmar (Stern); Kossad (Sil.-Rid.); Klante (Wader). — Ertrag: Kutsche und Stengel.

VfB. Weißwasser in Breslau: Zum hundertjährigen Jubiläum hat die Vereinsleitung des Freien Sportvereins 1925 die äußerst spielfertige 1. Mannschaft des VfB. Weißwasser verpflichtet. Die Mannschaft gilt als eine der besten des 16. Kreises, so daß VfB., die ebenfalls als äußerst spielfertig gelten, schwer kämpfen muß, wenn sie zu ihrem Jubiläum feierlich sein wollen. Das Spiel kommt am 1. Pfingstfeiertag auf dem Spartaplatz zum Austrag. Man beachte in den nächsten Tagen die Presse.

Handball

Werbewoche

Unfallig der Sportwerbewoche des Fußballvereins Südost führte die Handballabteilung mit allen Mannschaften Werbestspiele durch. Sie schritten verhältnismäßig in fünfzehn Spielen sehr gut ab. Am 25. Mai spielte die zweite Mannschaft von Südost gegen die gleiche der 5. Abt. und gewann 3:2. Die Spieler der gleichen Vereine spielten beide erstmalig. Auch in diesem Spiel konnte Südost mit 5:0 gewinnen. Die 1. Jugend-Südost schlug die gleiche der 5. Abt. 4:1. Das Hauptspiel des Tages wurde das Treffen 5. Abt. — Südost. Hier konnte mit viel Glück die 5. Abt. knapp 5:4 den Sieger stellen.

- Resultate vom Simehlfahrtstag:
- 3. Abt. Sportlerinnen — Südost Sportlerinnen 5:0.
 - Südost Schüler — 6. Abt. Schüler 3:1.
 - 6. Abt. Jugend — Südost 1:1.

Resultate vom Sonntag, den 1. Juni:

Südost Schüller - 4. Abt. Schüller 9:0; 5. Abt. Jugend - Südost Jugend 9:2.

Südost 1 - 8. Abt. 1 2:2. Mit dem Anwurf von Südost geht ein starkes Tempo ein. Velde Torleute bekommen reichlich Arbeit. Eine kleine Ueberlegenheit der 8. Abt. macht sich bemerkbar, welche ihnen durch Freiwurf zum ersten Erfolge verhilft. Langsam kommt Südost in Schwung. Doch die Hintermannschaft und der Tormann der 8. Abt. ist unüberwindbar. Kurz vor Halbzeit ist es wiederum die 8. Abt., die durch gutes Kombinationspiel einen zweiten Erfolg erringt. Nach der Pause geht das Tempo der 8. Abt. merklich nach, so daß Südost etwas überlegen wird. Zwei gut ausgeführte Einzeldurchbrüche bringen Südost bis zum Schluß den Gleichstand. Schiedsrichter gut.

Retourspiele Häslich - 2. Abteilung Freie Turnerschaft Breslau. Bei schönstem Sportwetter standen sich im Ostpark sämtliche Mannschaften der 2. Abteilung und der Freien Turnerschaft Häslich gegenüber. Gegen 300 Zuschauer umkumten das Feld, als um 14.30 Uhr der Schiedsrichter den Ball frei gab. Das Jugendspiel verlief äußerst knapp für Häslich, während bis zur Halbzeit die 2. Abteilung durchaus befriedigend spielte und 3:1 in Führung lag, so konnte sie nicht verhindern, daß Häslich bis zum Schluß knapp 5:4 den Sieger stellte. Nach diesem Spiel lernten sich die 2. Mannschaften ein sehr beachtenswertes, an Feld- und Kombinationspiel reiches Treffen, was bis zum Schluß durchaus fair durchgeführt wurde und unentschieden endete.

2. Abteilung 1 - Häslich 1 9:8 (4:4). Mit größter Spannung wurde das Männerpiel erwartet. Häslich brachte eine durchaus körperlich überlegene Mannschaft aufs Feld, während die 2. Abteilung in neuer Aufstellung antrat. Mit dem Anpfiff des Schiedsrichters entwickelt sich sofort ein kottes Spiel. Schon von der ersten Minute an war zu erkennen, daß der Gegner nicht zu unterschätzen ist. Begünstigt durch Wind und Sonne, gelangt Häslich in kurzer Zeit durch zwei Tore in Vorteil zu kommen. Mit allen Kräften arbeitet die 2. Abteilung. Ihr gutes Stellungsspiel bestimmte dann auch das Resultat. Bis Halbzeit wurde das unentschiedene Resultat erzielt. Nach der Pause zeigt die 2. Abteilung überraschende Leistungen. Vor allem ist es der Mittelläufer, der wieder seine alte Form an den Tag legt. Noch zweimal gelingt es Häslich, erfolgreich zu sein, doch durch das Herausnehmen ihres Tormannes nach dem Wechsel, welches unvorstellbar war, mußten sie sich obiges Resultat gefallen lassen. Schiedsrichter einwandfrei.

8. Abt. 1 - 1897 1 10:1 (1:1). Konnte 1897 bis zur Halbzeit das Spiel offen gestalten, so fielen sie in der zweiten Halbzeit dem Tempo der 8. Abt. zum Opfer und mußten sich dadurch obiges Resultat gefallen lassen. Vorher spielte die 2. Mannschaft von 1897 gegen VfL-Märzdorf. Auch dieses Rückspiel konnte 1897 abermals für sich entscheiden.

Städte-Mannschaft gegen Auswahl-Mannschaft

Am 4. Juni steigt im Bebelpark ein Handball-Propaganda-Spiel Städte-Mannschaft gegen eine Auswahlmannschaft. Die Aufstellung der Mannschaft ist folgende:

Städte-Mannschaft: Richter (5. Abt.), Gniejer, C. (7. Abt.), Tschupp (5. Abt.), Gniejer, F. (7. Abt.), Schmitt (Mochbern), Knothe, D. (Mochbern), Jädel (6. Abt.), Wirth, F. (7. Abt.), Knothe, E. (Mochbern), Jüttner (6. Abt.), Winkler (6. Abteilung).

Auswahlmannschaft: Rinke (2. Abt.), Whilipp (2. Abt.), Gaste (Gandau), Rindler (7. Abt.), Ruffer (Mochbern), Gak (5. Abt.), Baris (5. Abt.), Bauer (1. Abt.), Tschöbe (Mochbern), Jung (Gandau), Klose (7. Abt.).

Ort: Grabholz (Poseidon), Grünig (Poseidon), Weis (1925), Trebrich (7. Abt.), Jungling (Gandau), Ueberich (8. Abt.).

Jeder Spieler schwarze Hose, Blaubau 7. Abteilung. Spielbeginn 18.15 Uhr. Halle stellt der Bezirk. Schiedsrichter zu diesem Spiel: Schiedsrichter Bundesgenosse Nagel, 5. Abteilung, Abteilrichter die Bundesgenossen Wirth und Baris, 7. Abteilung.

Fußball

Mit dem verflorenen Sonntag wurde die Fußballserie beendet. Wie im Vorjahr, so hat sich auch in diesem Jahre die 7. Abteilung der FFB die Gruppenmeisterschaft ungeschlagen erkämpft. Nicht gefolgt sind 3.d.M. und Fichte-Mochbern, welche den 2. Platz mit gleicher Punktzahl belegen. Die Resultate lauten:

Himmelsleiter:

A-Klasse

7. Abt. I - West I 70:56
3.d.M. I - Gandau I 89:56
1. Abt. I - 5. Abt. I kampfl. 1. Abt.
3.d.M. I - Fichte-Mochbern I 73:73
7. Abt. I - 1. Abt. I 76:57
Fichte-M. I - 4. Abt. I 89:59
4. Abt. I - 5. Abt. I kampfl. 4. Abt.

B-Klasse

7. Abt. II - 1. Abt. II 84:51
West II - 3.d.M. II 73:64
Altersportler
3.d.M. I - 7. Abt. II 76:39
3.d.M. I - 5. Abt. I 76:39
5. Abt. I - 1. Abt. I 84:43
7. Abt. I - 7. Abt. II 79:53
7. Abt. I - 1. Abt. I 58:53

Sportlerinnen

1. Abt. I - 4. Abt. I 85:57
3.d.M. I - 4. Abt. I kampfl. 3.d.M.

Sonntag, den 1. Juni:

A-Klasse
7. Abt. - 3.d.M. 75:64
West I - 5. Abt. I kampfl. West
B-Klasse
3.d.M. II - Mochbern II 78:75
Mochbern II - 5. Abt. II kampfl. Mochbern
Gandau II - 3.d.M. II 86:73
Altersportler
5. Abt. I - 7. Abt. II kampfl. 5. Abt.
7. Abt. I - 5. Abt. I 56:55

Vorrunde um die ostdeutsche Verbandsmeisterschaft im Handball am 15. Juni in Breslau

Der Breslauer Handball-Sportgemeinde steht am Sonntag, dem 15. Juni, 17 Uhr, auf dem Wahl-Platz in Klein-Gandau ein besonders interessantes Ereignis in Aussicht. Es stehen sich an diesem Tage im obigen Spiel die Kreismeister des 1. Kreises, Freie Turnerschaft Wedding, Groß-Berlin, gegen den Kreismeister des 14. Kreises, Fichte-Mochbern, gegenüber. Beide Mannschaften verfügen über gutes Spielmaterial. Die Frage, wer Kreis-Verbandsmeister des Ostdeutschen Verbandes werden wird, ist vollkommen offen, da der erwartete Verbandsmeister Weismann des 16. Kreises, Lausitz, schon in der Runde aus dem Wettbewerb geworfen wurde. Er unterlag gegen den Kreismeister des 16. Kreises, Pommern, Grabow-Stettin, 4:2.

Reichtathletische Serientkämpfe der Arbeiter-Athleten

Am Sonntag, dem 15. Juni, ab 8 Uhr vormittags, veranstaltet der Bezirk Breslau des Arbeiter-Athletenbundes auf dem Unterhofmann-Sportplatz in Klein-Mochbern, seine reichhaltigsten Mannschafteislerkämpfe für 1930, die nachfolgende Wettbewerbe aufweisen:
Schießen und Schützinnen-Wettbewerb, 75 Meter, Kugel, 2 1/2 Kilogramm.
Jugend-Wettbewerb, 100 Meter, Kugel, 5 Kilogramm, Diskus, Hochsprung und Weisprung.
Sportlerinnen, 75 Meter, Kugel, 5 Kilogramm, Scheitersprung und Weisprung.
Männer-A-Klasse, Wurfkamp, 200 Meter, Speer, und Weisprung, Weisprung und Weisprung.
Mannschafteislerkämpfe in fünf Teilkämpfen. Die Bezirksvereine werden besucht, mit ihren gemeldeten Mannschaften bestimmt und pünktlich am Freitag, den 14. Juni, an den Bezirksportwart Genossen Fisor, Grabkühner Straße 87, zu senden.

werden besucht, mit ihren gemeldeten Mannschaften bestimmt und pünktlich am Freitag, den 14. Juni, an den Bezirksportwart Genossen Fisor, Grabkühner Straße 87, zu senden.

Kreisfest der schlesischen Arbeiter-Athleten

Zu den schon bekannt gegebenen Resultaten ist zu berichten, daß den 1500-Meter-Lauf der Jugend Starz (VfL Breslau 1911) als Sieger sah, ferner das Hammerwerfen für Alterssportler Weide (1897) mit 16.94 Metern gewann. In der Gesamtwertung aller Wettbewerbe legte die Freie Sportvereinsvereinigung 1897 Breslau mit 144 Punkten, 2. Sportvereinsvereinigung Nordost 93 Breslau 30 Punkte, 3. Eiche-Viernitz und Einigkeit-Athleten mit 28 Punkten, 4. Arbeiter-Athleten Breslau 1911 27 Punkte, 5. Hercules-Brieg und die Freien Tannhausen mit je 23 Punkten, 6. Sandow-Dittersbach und Spartania-Waldenburg mit je 15 Punkten, 7. Athleten-Schweidnitz 9 Punkte, ferner eine Anzahl Vereine mit noch kleineren Punktzahlen.

Schlesische Spielvereinigung

Am 29. Juni 1930 tagte der engere Kreisfußballausschuß in Breslau, um zu verschiedenen wichtigen Angelegenheiten Stellung zu nehmen.

Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte: Berichte, Technikerkurs, Kreisausschreibung und Verschiedenes.

Zu 1. nahm Hg. Konrad das Wort; die vorliegenden Beschwerden wurden dem hinterher tagenden Kreisverhandlungsausschuß überwiesen. Agitorisch sind wir zahlungsmäßig wieder etwas weiter gekommen.

Der Technikerkurs, der Pfingsten in Liegnitz stattfindet, vom 7. bis 9. Juni, wurde von Hg. Neugebauer behandelt. Die bis jetzt gemeldeten Teilnehmer bürgen für eine gute Durchführung.

Die ordentliche Kreisausschreibung findet (erstmals) am 6. Juli 1930 in Breslau im Bezirkslokal des 1. Fußballbezirks Plattenbräu, Friedrich-Wilhelm-Straße, statt. Beginn 9 Uhr mit folgender Tagesordnung: Geschäftliches, Berichte, Kreis-meisterschaft, Anträge und Verschiedenes. Am selben Tage steigt nachmittag in Breslau ein Kreisauswahlspiel (Schlesier-spiel) gegen eine Städte-Mannschaft des 1. Bezirks. Dieses Fußballspiel wird gleichzeitig als Werbepiel für das bevorstehende Kreisfest ausgetragen.

Unter Verschiedenem wurde recht lebhaft über das Kreisfest gesprochen, leider sind die Meldungen fast aller Bezirke sehr spärlich. Also mehr Aktivität, Ihr Bundesgenossen Fußballer, auch wir müssen entsprechend unserer Stärke daran teilnehmen, trotz der wirtschaftlich schweren Lage.

Der Mitteldeutsche Verbandstag tagt gleichzeitig mit dem Bundespartentag.

Werdt alle für das Kreisfest!

Tabellenstand der 1. Halbserie im Handball

Table with columns: Verein, Spiele, gew., verl., unentsch., Punkte, Tore. Subtitle: Sportlerinnen A-Klasse, Tabellenstand vom 6. 5. 1930.

Table with columns: Verein, Spiele, gew., verl., unentsch., Punkte, Tore. Subtitle: Sportlerinnen B-Klasse, Tabellenstand vom 6. 5. 1930.

Table with columns: Verein, Spiele, gew., verl., unentsch., Punkte, Tore. Subtitle: Männer Gruppe Ost, Tabellenstand vom 15. 4. 1930.

Table with columns: Verein, Spiele, gew., verl., unentsch., Punkte, Tore. Subtitle: Jugend A-Klasse der Gruppe Ost, Tabellenstand am 6. 5. 1930.

Table with columns: Verein, Spiele, gew., verl., unentsch., Punkte, Tore. Subtitle: Jugend A-Klasse der Gruppe West, Tabellenstand vom 6. 5. 1930.

Table with columns: Verein, Spiele, gew., verl., unentsch., Punkte, Tore. Subtitle: Jugend B-Klasse, Tabellenstand vom 6. 5. 1930.

Table with columns: Verein, Spiele, gew., verl., unentsch., Punkte, Tore. Subtitle: Männer Gruppe West, Tabellenstand vom 6. 5. 1930.

Table with columns: Verein, Spiele, gew., verl., unentsch., Punkte, Tore. Subtitle: Männer C-Klasse, Tabellenstand am 15. 4. 1930.

Table with columns: Verein, Spiele, gew., verl., unentsch., Punkte, Tore. Subtitle: Fußball-Gesellschaftsspiele am 8. Juni (1. Feiertag).

Table with columns: Verein, Spiele, gew., verl., unentsch., Punkte, Tore. Subtitle: Am 8. Juni (2. Feiertag).

Table with columns: Verein, Spiele, gew., verl., unentsch., Punkte, Tore. Subtitle: 18.00: Trebnitz 1. Jgd. - Hundsfeld 2. Jgd.; Trebnitz; Vereis; 17.00: Rapid 2. Jgd. - Sil.-Riders III; Hahselweg; Silbner; 17.00: Jaffe I - Südost II; Neulitz; Kühnel; 15.00: Jaffe II - Südost II; Neulitz; Streibel, F.; 17.00: 1928 I - Hertha I; Goldschmieden; Weide (1921); 15.00: 1928 II - Hertha II; Goldschmieden; Wöhl (Sturm); 13.30: 1928 III - Hertha III; Goldschmieden; Paul R.; 9.00: 1928 Schüller - Hertha Schüller; Goldschmieden; Vereis; 16.00: 1930 I - Fortschritt I; Schmiedefeld; Schaffer; 15.00: Tasmania I - Märzdorf I; Olschagin; Sprich; 14.00: Tasmania 1. Jgd. - Märzdorf 1. Jgd.; Olschagin; Vereis; 9.00: Wader 1. Schüller - Stern 2. Schüller; Bebelpark; Vereis; 10.00: Wader 1. Jgd. - VfB. 2. Jgd.; Bebelpark; Klein.

3. Schlesische Arbeiter-Turn- und Sportfest 1930 in Breslau

Breslauerschuh, Dienstag, 3. Juni, 19 Uhr, im Gewerkschaftshaus; Sitzung; u. a. Bearbeitung der Festchrift. Technischer Ausschuss. Alle Wettkampfmeldungen müssen wegen der Drücklegung der Teilnehmerliste umgehend an Bundesgenossen Gewald eingelaufen werden.

Reichtathletik-Kampfrichter zum Kreisfest. Sämtliche Wettbewerbe und Vereine melden bald obige Kampfrichter, geprüft und ungeprüft, an Bgdn. Truppte. Anzugeben ist, ob für Sonntag, 28. Juni, den ganzen Tag oder entweder Vor- oder Nachmittag dienst geleistet werden kann.

Arbeiter-Sportkartell Breslau e. V.

Die Geschäftsstelle bleibt am 3. Pfingstfeiertag geschlossen. Kreis-Pressstelle (Sonntagsdienst). Die Feiertags-Berichterstattung findet nur am 2. Feiertage statt. Pfingstsonntag geschlossen.

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

An alle Abteilungen. Im Arbeitersportkartell sind die großen Plätze für unser Kreisfest sofort abzuholen und in den Turnhallen und an sonst geeigneten Stellen auszuhängen. Der Aushang in den Turnhallen ist von der Schulverwaltung genehmigt. Alle Abteilungen müssen sich mit der Quartierfrage noch eingehend befassen, und es ist eine nachmalige Rundfrage bei allen Abteilungsmitgliedern vorzunehmen. Die Abteilungsveranstaltungen müssen jetzt zurückgestellt werden. Jede Abteilung hat für das Festspiel die genügenden Personen frei zu stellen und diese zu den Übungsabenden in der Liegnitzer Halle an jedem Mittwoch zu entsenden. Vereinsversammlung 14. Juni 5. Frauen-Abteilung. Heute Meldebüro für die Pfingstpartie. Bis Donnerstag Jagdgeld bezahlen. Treffpunkt Sonntag früh 1/5 Uhr Striegauer Platz. 8. Männer- und 6. Frauen-Abteilung. Mittwoch, 20 Uhr Restaurant Kirsch, Steinstraße 155: Gemeinsame Monatsversammlung.

Wassersport

Schwimmverein Poseidon Breslau, e. V. Ausgabe der Einladungen für Ordner, Kampfrichter, Startende usw., sowie Ausgabe der Startkarten für Westkämpfer nur Mittwoch, den 4. Juni, 18 Uhr, im Poseidonbad. (Ohne Karte Sonntag kein Eintrag, Mittwoch letzte Probe. - 20 Uhr im Poseidonbad Kampfrichtersitzung. Alle Kampfrichter tragen Sonntag kurze weiße Hose und weißes Schillerhemd.

Freie Rudervereinigung Breslau e. V. Freitag, 6. Juni, 20 Uhr, Gewerkschaftshaus: Monatsversammlung. Vorabend eine Stunde früher. - Jugendabteilung: Sprechabend fällt heute aus.

Fußball

Jugendübungsstaffe. Der Kurusaabend am Freitag fällt wegen dem Auswahlspiel aus. Die Kuraffen haben bei Vorzeichen ihrer Teilnehmertate zu dem Spiel freien Eintritt.

Sportverein Stern. Jeden Freitag nach dem Ersten jeden Monats Volkerverammlung.

Verhandlungsausschuß. Ladung für den 16. Juni 1930, 20 Uhr: Thiel, Paul, Ripke, Freier, Gläser, Kroll, Weiler, Strauß, Kühmann, Rademacher, Doh, Knie. Sämtliche Genossen von VfB. Bälle sind mitzubringen. Dazu Schiedsrichter Simon (Sil.-Riders), 20.30 Uhr: Hans Warte (Wader), dazu Schiedsrichter Jähse (Stern), 20.45 Uhr: Erich Meiner (Sparta), dazu Sotta (Sparta), dazu Schiedsrichter Kesse (Rapid), 21 Uhr: Will Weis (Freie Sportfreunde), Schiedsrichter W. Sprich (Südost), 21.15 Uhr: Rüdiger (Union), Rutsche (Union), Schiedsrichter Hentsch (Sparta).

Ladung für den 18. Juni: 20 Uhr Poseidon (1921) dazu Schiedsrichter Hunger (VfL), 20.15 Uhr: Vereinsvertreter Vorwärts, dazu Weis, Erich (Vorwärts) und Schiedsrichter Scrinet (Sil.-Riders), 20.30 Uhr: Hanschke (Bratislawia) und Schiedsrichter Obmann Sänger, 20.45 Uhr: Erich und Gerhard Spritulla (Fr. Sportfreunde), dazu Vereinsvertreter Freie Sportfreunde, 21 Uhr: Vereinsvertreter Freie Sportfreunde und 1921 dazu Walter Biewald.

Handball

Kreispielausschuß. Donnerstag, 5. Juni, 20 Uhr: Mannschaftsführung. Jeder Verein muß unbedingt wegen Bekanntgabe wichtiger Angelegenheiten vertreten sein, sonst Bestrafung.

Athletik

Freie Sportvereinsvereinigung 1897. Am 1. Pfingstfeiertag spielen die 1. und 2. Handballmannschaft gegen Reichenbach 1. und 2. Anschließend Wanderschaft ins Eulenberggebirge. Meldungen baldmöglichst an Genossen Pöhold 1. - Fußball-Interessenten. Der Spielbericht wird in Kürze auf der Körnerwiege am Südpark eröffnet. Auskunft wird erteilt jeden Mittwoch Turnhalle Brunnenstraße und Freitags am Sauerbrunnen.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität“, Ortsgruppe Breslau

In der am 28. Mai stattgefundenen Monatsversammlung wurde als 1. Vorsitzender Genosse Walter Zeule, als Stellvertreter Genosse Erich Köfel gewählt. Sprechstunden finden Dienstag von 17.30 bis 19 Uhr im Geschäftslokal von Julius Hübnert, Matthäusstraße 100, Telefon 252 30, statt. - 6. Juni 19.30 Uhr Gau-Jugendauschreibung bei Böhm. Jahnstraße - 2. 8. Juni 9. Abt.: 5. Juni, Abendtour, Start 19 Uhr Striegauer Platz. 1. Abt.: 3. Juni, Abteilungsabend bei Echos, Klosterstraße 155, Donnerstag, den 6. Juni, Abendtour nach Kanfern, Start 18.30 Uhr am Vereinslokal. - 3. Abt.: 3. Juni, Abteilungsabend bei Wally, Westendstraße 37. - 4. Abt.: 2. Juni, Abteilungsabend bei Wiesdorf, Wartschstraße 6; Donnerstag, den 5. Juni, Abendtour nach Kanfern, Start 18 Uhr am Waterloo-Platz. - 5. Abt.: 3. Juni, Abendtour nach Kanlich, Start 18 Uhr an der Fährschule. - 6. Abt.: 3. Juni, Abteilungsabend bei Kirsch, Steinstraße 155; Donnerstag, den 5. Juni, Abendtour, Start 19 Uhr am Vereinslokal. - 7. Abt.: 3. Juni, Abteilungsabend bei Hoffmann, Schönstraße 21. - 8. Abt.: 5. Juni, Abteilungsabend bei Baumgart, Brunnenstraße 34. - Jugendabteilung, 2. Juni, erscheint alles im Heim Wofsi, Friedrich-Wilhelm-Straße 45, zum Tischbühnenvortrag. Die Eltern der Jugend sind herzlichst dazu eingeladen. - Heim Nord: 3. Juni, Heimabend in der Westhofschule, Michaelstraße 78/80. - Heim Süd: 5. Juni, Heimabend in der Volksschule Lehmgrabenstraße 28/30.

Touristenverein „Die Naturfreunde“

Gauleitung. Heute, 20 Uhr, Sitzung im Gewerkschaftshaus. Zimmer siehe Tafel. Naturfreunde-Jugend. Montag 20 Uhr Benderschiff Musikklub. Dienstag 20 Uhr, Übungsabend unserer Spielgruppe Benderschiff. Mittwoch 20 Uhr Helmaabend der Jugend bis zu 18 Jahren Benderschiff. Fortgeschrittener-Tanzkreis. Mittwoch, 20 Uhr, Übungsabend der Fortgeschrittenen, Lullenschule. Freie Lichtreunde. Mittwoch, 18 Uhr: Mitglieder-Versammlung; Gewerkschule, Gartenstraße.